



97. Sitzung

Mittwoch, 9. Mai 2001

Vorsitzende: Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt und Erster Vizepräsident Berndt Röder

Inhalt

Mitteilungen der Präsidentin

Abwicklung und Ergänzung
der **Tagesordnung** 4913 A

Aktuelle Stunde 4913 A

Fraktion der GAL:

**Frischer Wind für Wilhelmsburg:
Neue Impulse durch die Zukunftskonferenz** 4913 A

Dr. Martin Schmidt GAL 4913 A, 4919 C

Wolfgang Marx SPD 4914 A, 4919 A, 4921 B

Jörn Frommann CDU 4914 C, 4922 A

Heike Sudmann REGENBOGEN –
für eine neue Linke 4915 C, 4917 C, D

Dr. Willfried Maier, Senator 4916 B, 4921 C

Dietrich Wersich CDU 4918 B

Peter Zamory GAL 4918 D

Karl-Heinz Ehlers CDU 4920 B, 4923 B

Christa Goetsch GAL 4922 C

Dr. Andrea Hilgers SPD 4923 A

Fraktion der SPD:

**Zukunftsthema Familie:
Eine neue Balance für Familie und
Arbeitswelt** 4923 B

Britta Ernst SPD 4923 B

Bettina Pawlowski CDU 4924 B

Sabine Steffen GAL 4925 A

Heike Sudmann REGENBOGEN –
für eine neue Linke 4926 A

Ute Pape, Senatorin 4926 D

Norbert Hackbusch REGENBOGEN –
für eine neue Linke 4927 C

Thomas Böwer SPD 4928 A

Rolf Kruse CDU 4928 B

Fraktion der CDU:

Medienstandort Hamburg in Gefahr
(Nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)

Unterrichtung durch die
Präsidentin der Bürgerschaft:

**Wahl eines stellvertretenden Mitglieds der
Kreditkommission**
– Drs 16/5932 – 4928 D

Ergebnis 4932 D

Bericht des Verfassungsausschusses:

**Gesetz zur Änderung der Verfassung der
Freien und Hansestadt Hamburg
Gesetz zur Änderung des Hamburgischen
Gesetzes über Volksinitiative,
Volksbegehren und Volksentscheid
Änderung der
Volksabstimmungsverordnung**
– Drs 16/5716 – 4929 A

Beschluß 4929 A

Bericht des Verfassungsausschusses:		Uwe Grund SPD	4941 C, 4947 A
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg		Helga Christel Röder CDU	4943 B
- Drs 16/5717 -	4929 B	Heide Simon GAL	4944 B
Beschluß	4929 C	Karin Roth, Senatorin	4945 B
		Besprechung erfolgt	4947 B
Antrag der Fraktionen der SPD und der GAL:		Senatsmitteilung:	
Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der offenen Kinder- und Jugendarbeit		Informations- und Telekommunikationsbranche: Greencard und Aus- und Weiterbildung	
- Drs 16/5944 -	4929 D	- Drs 16/5880 -	4947 B
mit		Brigitte Brockmüller SPD	4947 C
Antrag der Gruppe REGENBOGEN - für eine neue Linke:		Wolfgang Drews CDU	4948 C
Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der offenen Kinder- und Jugendarbeit		Farid Müller GAL	4950 A
- Drs 16/6002 -	4929 D	Norbert Hackbusch REGENBOGEN - für eine neue Linke	4950 D
Holger Kahlbohm SPD	4929 D	Dr. Thomas Mirow, Senator	4951 C
Rolf Harlinghausen CDU	4930 D	Mahmut Erdem GAL	4952 C
Sabine Steffen GAL	4931 C	Beschluß	4952 D
Lutz Jobs REGENBOGEN - für eine neue Linke	4932 A	Antrag der Fraktion der CDU:	
Beschlüsse	4932 D	Finanzielle Leistungsanreize im öffentlichen Dienst	
		- Drs 16/5941 -	4952 D
Große Anfrage der Fraktion der CDU:		mit	
Personalausstattung an den Gerichten		Antrag der Fraktion der CDU:	
- Drs 16/5688 -	4932 D	Mobilität im hamburgischen öffentlichen Dienst	
Dr. Ulrich Karpen CDU	4933 A, 4935 C	- Drs 16/5942 -	4952 D
Rolf-Dieter Klooß SPD	4933 C	Heino Vahldieck CDU	4952 D
Dr. Bettina Kähler GAL	4934 B	Walter Zuckerer SPD	4953 D
Dr. Lore Maria Peschel-Gutzeit, Senatorin	4934 C	Anja Hajduk GAL	4955 C
Besprechung erfolgt	4936 A	Beschluß	4956 C
Senatsmitteilung:		Große Anfrage der Fraktion der GAL:	
Rundstrecke für Inline-Skaterinnen und -Skater		Infektionsschutzgesetz und Konsequenzen für Hamburg	
- Drs 16/5827 -	4936 A	- Drs 16/5702 -	4956 C
Dr. Hans-Peter de Lorent GAL	4936 A	Peter Zamory GAL	4956 C
Jürgen Schmidt SPD	4937 B	Dr. Mathias Petersen SPD	4957 A
Volker Okun CDU	4938 B	Vera Jürs CDU	4957 B
Julia Koppke REGENBOGEN - für eine neue Linke	4939 C	Karin Roth, Senatorin	4957 C
Dr. Ingrid Nümann-Seidewinkel, Senatorin	4940 A	Besprechung erfolgt	4958 A
Beschluß	4940 C	Senatsmitteilung:	
		Medienerziehung zu Medienkompetenz in Hamburger Schulen	
Große Anfrage der Gruppe REGENBOGEN - für eine neue Linke:		- Drs 16/5890 -	4958 B
Armut trotz Arbeit in Hamburg - Umfang und mögliche Ursachen		Elisabeth Schilling SPD	4958 B
- Drs 16/5780 -	4940 C	Wolfgang Beuß CDU	4959 A
Norbert Hackbusch REGENBOGEN - für eine neue Linke	4940 D, 4946 B	Christa Goetsch GAL	4959 D
		Ute Pape, Senatorin	4960 C
		Beschluß	4961 C

A **Beginn: 15.00 Uhr**

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet, und ich bitte, die Türen zu schließen.

Abweichend von der Empfehlung des Ältestenrates sind die Fraktionen übereingekommen, daß die ursprünglich für morgen vorgesehenen Abstimmungen über die Berichte des Verfassungsausschusses, die Drucksachen 16/5716 und 16/5717, das sind die Tagesordnungspunkte 27 und 28, bereits heute nach der Wahl vorgenommen werden sollen.

Wir kommen dann zur

Aktuellen Stunde

Dazu sind drei Themen angemeldet worden, und zwar von der GAL-Fraktion

Frischer Wind für Wilhelmsburg:
Neue Impulse durch die Zukunftskonferenz

von der SPD-Fraktion

Zukunftsthema Familie:
Eine neue Balance für Familie und Arbeitswelt

sowie von der CDU-Fraktion

Medienstandort Hamburg in Gefahr

Ich komme zum ersten Thema. Das Wort hat Herr Dr. Schmidt.

Dr. Martin Schmidt GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Leider kann ich nicht langsamer reden, damit vielleicht noch jemand kommt, während ich rede, weil die fünf Minuten ja nicht verlängert werden, wenn niemand da ist.

Nun zum Thema „Frischer Wind für Wilhelmsburg: Neue Impulse durch die Zukunftskonferenz“. Aber Sie, die hier sind, sollten wenigstens zuhören und nicht quatschen.

(Jürgen Klimke CDU: Zuhören ist das eine, verstehen das andere!)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt (unterbrechend): Herr Dr. Schmidt, wir bitten die Technik, die Mikrofone noch einmal so auszufahren, daß wir besser zu verstehen sind. Probieren Sie es doch bitte noch einmal.

Dr. Martin Schmidt (fortfahrend): Es ist nämlich hier so geschaltet, daß die Opposition nie versteht, was die Regierungsvertreter sagen. Das liegt aber daran, daß Sie nie zugehört haben.

(Carsten Lüdemann CDU: Sind Sie Regierungsvertreter?)

– Ich bin Vertreter der Regierungsfraktion. Das ist richtig. Aber leider geht das vermutlich alles von der Zeit ab. Können Sie mich jetzt alle hören?

(Holger Kahlbohm SPD: Laut und klar!)

– Das ist schon mal etwas.

Warum ist es einer Rede wert, über den Zukunftskongreß zu reden, nachdem über 300 Leute in Wilhelmsburg darüber diskutiert haben, wie es weitergehen soll, denn etwas Handfestes ist dabei noch gar nicht herausgekommen. Am Schluß gab es auch noch eine richtige Organisa-

tionsdebatte, die genauso in der Bürgerschaft hätte stattfinden können. Die Zukunft wird also erst noch entwickelt.

Ich finde es dennoch einer Rede wert, schon um hervorzuheben, daß der Senat einen Bürgerschaftsbeschluß vom Dezember in wenigen Monaten angefangen hat umzusetzen, ohne daß der Bürgerschaftsbeschluß ein Datum enthielt, an dem das alles fertig sein soll. Oder um hervorzuheben, daß in Wilhelmsburg auf der Konferenz auch eine ganze Reihe von türkischen Wilhelmsburgerinnen teilgenommen haben und daß die höchst unterschiedliche Ansichten hatten. Aber hauptsächlich aus zwei Gründen.

Dieser Stadtteil, der erst vor ungefähr 100 Jahren aus einem Dorf zum Industriestandort und Arbeiterwohnviertel geworden ist, enthält in sich alle typischen Konflikte, die gegenwärtig am Ende der Industriekultur in einer Großstadt entstehen: Hohe Arbeitslosigkeit, besonders unter Jugendlichen, hoher Ausländeranteil mit durchaus deutlichen Integrationsproblemen, Wegzug der aufsteigenden Mittelschicht, steigende Verkehrsbelastungen – Autobahnen und andere breite Straßen –, große Industriebrachen, aber entgegen landläufigem Vorurteil keine höhere Kriminalität.

Gegen all diese Dinge muß nun von seiten der Regierung, von seiten der Behörden, viel getan werden, und es passiert auch einiges. Das führe ich aber nicht aus. Darüber kann vielleicht ein Senator reden. Was aber entscheidend für den Erfolg allen behördlichen Handelns ist, daß es nicht immer nur Reparatur sein darf. Die Behörden dürfen nicht – jede für sich, von den Problemen getrieben – einfach immer weiter wurschteln, sondern es muß eine Zukunftsvorstellung da sein. Das Bild – Bild übersetzt man lateinisch mit Vision – des Stadtteils der nächsten Jahrzehnte muß entwickelt werden, und daraus muß sich eine Stadtteilpolitik entwickeln, die auf neue Weise das staatliche Handeln integriert. Der Kongreß hat es geschafft, von dieser Sicht her zu diskutieren. Man konnte hören, welches Potential der scheinbar heruntergekommene Arbeiterstadtteil und sein ländlicher östlicher Teil haben, wohin es gehen kann und wohin es gehen könnte.

Das reicht aber noch nicht, um zu wissen, ob die Krise Wilhelmsburgs eine Krise zum Leben oder eine Krise zum Tod ist, denn wenn nicht eine größere Zahl von Menschen aus Wilhelmsburg das Schicksal des Stadtteils in die Hand nimmt und dabei das Gefühl hat, es lohne sich, dann kann der Staat auch nichts machen. Dann bleibt eine Krise eine Krise.

Auf die Dauer tun das auch die engagiertesten Menschen nur, wenn sie eine Perspektive sehen, die ihnen erlaubt, mit dem Jammern aufzuhören und statt dessen ein gemeinsames Ziel anzusteuern, und wenn sie merken, daß es etwas bringt, sich zu engagieren. Also muß zu dem, was die Regierung sowieso zu tun hat und was an Beteiligungs- und Mitspracheformen, die zum Teil gesetzlich geregelt sind, schon alles praktiziert wird, noch etwas dazu kommen. Die Regierung und die Behörden müssen sich noch weit mehr als bisher unter das Volk mischen und den Leuten aufs Maul schauen.

Der Senat hat durch seinen Beschluß, daß alle Behörden, die irgend etwas mit Wilhelmsburg zu tun haben, sich an der Zukunftskonferenz beteiligen müssen, hierfür neue Maßstäbe gesetzt und sich selbst hohen Zukunftserwartungen ausgesetzt. Das war ein guter Anfang. Ich hoffe, es geht so und noch besser weiter, denn es geht dabei um viel mehr als nur um Wilhelmsburg. Vielleicht kann eines Tages

C

D

(Dr. Martin Schmidt GAL)

- A ganz Hamburg von Wilhelmsburg lernen. Es geht um nicht mehr und nicht weniger als um die praktische Bewährungsprobe eines demokratischen Gemeinwesens, die Legitimation der Regierung in ihren Entscheidungen und die aktuelle Aneignung der Demokratie durch das Volk. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Marx.

Wolfgang Marx SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe feststellen dürfen, daß Herr Schmidt nicht nur ein Verkehrskenner und Baupolitiker ist, sondern auch ein großer Wilhelmsburg-Kenner. Das freut mich sehr. Wohl wissend, daß ich ein parlamentarischer Auslaufmodell bin, möchte ich heute dennoch einige Sätze zum ...

(Glocke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt (unterbrechend): Herr Abgeordneter, darf ich Sie kurz unterbrechen. Das wird nicht zu Ihrem Nachteil sein. Ich empfangen Signale aus dem Plenum, daß nach wie vor die Akustik nicht gut ist und Sie nicht gut zu verstehen sind. Deswegen bitte ich die Technik noch einmal, die Anlage am Rednerpult so auszusteuern, daß der Redner besser zu verstehen ist. Bitte, Sie haben das Wort.

Wolfgang Marx (fortfahrend): Zweiter Versuch. Herrn Schmidt lobe ich jetzt kein zweites Mal, aber wohl wissend, daß ich ein parlamentarischer Auslaufmodell bin, möchte ich heute dennoch einige Sätze zum Zukunftskongreß in Wilhelmsburg sagen und auch zur Wilhelmsburger Zukunft.

B

Die erste Runde der Wilhelmsburger Zukunftskonferenz hat am vergangenen Wochenende gezeigt, daß der Stadtteil so viele Zukunftschancen wie kaum ein anderer Hamburger Stadtteil hat. Trotz großer gegenwärtiger Probleme hat Wilhelmsburg gute Entwicklungsperspektiven. Der Dialog von Bewohnerinnen und Bewohnern, Behördenbediensteten, Stadtteilaktivisten und externen Sachverständigen hat in vielen Bereichen deutlich gemacht, wie die Probleme des Stadtteils gelöst werden können. Wichtig ist, daß die Lösungsansätze in den nächsten acht Monaten bis zur Abschlußkonferenz in den Arbeitsgruppen detailliert und seriös weiterverfolgt werden, da mit den Worten dann auch weitere Taten folgen können. Wichtig ist schließlich nicht nur, was diskutiert wird, sondern viel entscheidender ist dann, was hinten herauskommt. Wenn allerdings den Worten nicht auch Taten folgen, wird Politik in Stadtteilen wie Wilhelmsburg noch größere Akzeptanzprobleme haben als bisher. Die Legitimationsprobleme von Demokratie und politischen Entscheidungen werden dann in Stadtteilen wie Wilhelmsburg noch sehr viel größer sein als bisher. Auf der größten Flußinsel Europas, zwischen HafenCity und Channel Harburg gelegen, muß in Wilhelmsburg von den Bewohnerinnen und Bewohnern gemeinsam mit der Politik und der Wirtschaft dafür Sorge getragen werden, daß die dynamische Entwicklung des nördlichen und des südlichen Hafenrandes auf Wilhelmsburg überspringt. Die Bewerbung des Senats um die IGA 2013 ist dabei ein wichtiger Schritt, um die Elbinsel aufzuwerten.

Von den Ängsten der Menschen in Wilhelmsburg wollen natürlich die CDU und auch die Schill-Partei profitieren.

Besonders schamlos ist dabei die CDU. Im Wahlprogramm fordert zum Beispiel die Hamburger CDU, den Ausländeranteil auf 30 Prozent zu begrenzen. In Wilhelmsburg beträgt der 34 Prozent. Also was soll Politik machen: Zwangsabschiebung nach Blankenese für 2000 Menschen oder dann doch das Mittel der Zwangseinbürgerung?

C

(Dr. Martin Schmidt GAL: Nach Rissen!)

Das wäre auch mal etwas Neues von der Hamburger CDU.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Außer populistischen Forderungen fällt der Hamburger CDU nicht viel ein.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Soviel dummes Zeug können nur Sie reden!)

Ihre Vorschläge an Realpolitik für Stadtteile wie Wilhelmsburg sind so inhaltsvoll wie ein Vakuum. Die SPD-Fraktion wird sich weiterhin darum kümmern, daß es eine Zukunft für Wilhelmsburg gibt, frischer Wind durch den Stadtteil weht und Wilhelmsburg weiterhin schöne Aussichten in Hamburg hat. – Danke.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Frommann.

Jörn Frommann CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Schmidt, spätestens mit dem Beitrag von Herrn Marx haben Sie erfahren, warum der Senat so schnell gehandelt hat. Letztendlich steht der Wahlkampf vor der Tür, neben den tatsächlichen Problemen, die wir in Wilhelmsburg haben.

D

„Frischer Wind für Wilhelmsburg: Neue Impulse durch die Zukunftskonferenz“. Wer den Titel der heutigen Aktuellen Stunde liest, stellt sich zunächst die Frage, wieso frischer Wind und vor allen Dingen für wen? Den Wilhelmsburgern sind die Probleme bekannt. Diese manifestieren sich im wesentlichen in der Arbeit des Ortsausschusses – immerhin in der letzten Legislaturperiode rund 800 Initiativen, in der jetzigen Legislaturperiode bereits rund 900 Initiativen –, in der Arbeit des Beirates, der das Engagement der Bürger bündelt und zu vielen kleinen Verbesserungen im Stadtteil geführt hat, und in dem hohen Engagement der Bürger in Vereinen, Verbänden und Institutionen, die weit über das Normale hinausgehen.

Dennoch haben wir Wilhelmsburger im Jahr 2000 eine Zukunftskonferenz für den Stadtteil gefordert. Worum ging es uns dabei? Im wesentlichen erst einmal um die Umsetzung der Sofortmaßnahmen nach der Kampfhundeattacke, die im wesentlichen das alte Bahnhofsviertel, die Schulen, die Kinder und Jugendlichen vor Ort betrafen. In zweiter Linie – hier zitiere ich den Runden Tisch – ging es um eine „positive Entwicklungsperspektive und Planungssicherheit für die Zukunft mit dem Ziel einer strukturellen Veränderung im Stadtteil“. Was ist daraus geworden? Die SPD hat sich ziemlich schnell aus dem Kreis der Aktiven verabschiedet. Die GAL nahm nur noch sporadisch teil. Dennoch haben alle Parteien im Herbst 2000 unter großen Geburtsschmerzen, die innerhalb der rotgrünen Koalition herrschten, diese Zukunftskonferenz beschlossen. Die Vorbereitungsgruppe sah sich bereits in den Anfängen den Einflüssen der STEB auf diese Planungen ausgesetzt. Am

(Jörn Frommann CDU)

A vergangenen Wochenende hatten wir nun endlich die Chance, die Auftaktveranstaltung zu erleben.

Es ist natürlich nicht alles ganz so positiv abgelaufen, wie es hier dargestellt wird. Viele Wilhelmsburger waren nicht da, und die Wilhelmsburger, die da waren, waren leider alles Vertreter der Initiativen. Mit Herrn Schmidt habe ich im Arbeitskreis Verkehr gesessen, und Herr Schmidt wird festgestellt haben, daß dort neben meiner Person nur noch zwei weitere Wilhelmsburger anwesend waren und 17 Vertreter aus anderen Bereichen.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Da haben Sie falsch gezählt!)

Es führte so weit, daß in der Arbeitsgruppe Arbeit und Wirtschaft von den 20 Teilnehmern acht aus der Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales abgestellt wurden. Das ist schön. Da sehen wir aber auch gleich, wo der frische Wind herrschen muß, nämlich anscheinend in den Behörden. Leider waren kaum Bürger gekommen. Insofern entpuppt sich die Zukunftskonferenz im wesentlichen als laues Lüftchen denn als frischer Wind.

Was braucht Wilhelmsburg eigentlich? Ich zitiere:

„Offenkundig ist, daß die heutige Bevölkerung des Viertels auf soziale Förderungsmaßnahmen und öffentliche Dienste aller Art überdurchschnittlich angewiesen ist. Die Quote der sogenannten Problemfamilien, bei denen mehrfach oder besonders langandauernde soziale Störungen zu verzeichnen sind, ist ungewöhnlich hoch.“

So läßt es sich endlos weiter zitieren. Das ist nicht die Zusammenfassung vom vergangenen Sonnabend, sondern ein Artikel aus der Wilhelmsburger Zeitung vom 19. Mai 1978 anlässlich der Pilotstudie und des ersten Handlungs- und Maßnahmenkonzeptes des damaligen Senates, und wir sehen, es hat sich nichts verändert.

B Bereits 1966 hat Herbert Weichmann erklärt, daß der Senat es als eine seiner wichtigsten Aufgaben ansieht, zu verhindern, daß bei dem Wiederaufbau und der zukünftigen Gestaltung des Gebietes zwischen den Elbarmen – und damit meinte er Wilhelmsburg – die Fehler der Vergangenheit wiederholt werden. Meine Damen und Herren, Sie haben fast 40 Jahre Zeit gehabt, Sie haben nichts erreicht, wir bauen immer noch an den selben Problemen. An den Wilhelmsburgern hat es nicht gelegen, das Engagement ist da. Leider fehlt es auf der Seite der Regierenden. Daran muß gearbeitet werden.

(Beifall bei der CDU – Dr. Martin Schmidt GAL: Oh, nein!)

– Ich weiß, Herr Schmidt, es ist immer wieder dasselbe. Es ist schön und ich begrüße es auch, daß Bürgerschafts-abgeordnete wie Sie sich dann im Stadtteil blicken lassen, soweit es öffentlichkeitswirksam ist. Ich denke, Sie werden auch Ihren Beitrag dazu leisten, auch in den zukünftigen Arbeitsgruppen weiterzuarbeiten. Ich bin aber der Meinung, wenn Herr Senator Maier bei seiner Abschlußrede ausdrücklich sagt, daß die Wilhelmsburger, wenn es nicht gelänge, alle Maßnahmen umzusetzen, bitte nicht böse sein sollten, denn es würde nicht mit Absicht geschehen, daß dies die Wilhelmsburger eher frustriert denn animiert. Für die Zukunft kann ich nur hoffen, daß der derzeit und seit über 40 Jahren regierende rote Senat auf die Oppositionsbank geschickt wird, damit endlich einmal in den Behörden frischer Wind entsteht und neue Ideen eine Umsetzung finden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau C Sudmann.

Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke:* Herr Frommann, ich glaube, Sie haben sich mit Ihrer Äußerung eben selbst ins Knie geschossen. Ich habe auch an dem Zukunftskongreß teilgenommen. Da ich selbst nicht aus Wilhelmsburg komme, habe ich nach dem Kongreß mit sehr vielen Leuten aus Wilhelmsburg gesprochen, auch mit Leuten vom Runden Tisch, wo sie auch Teil sind, wie sie denn diesen Kongreß einschätzen.

Im Gegensatz zu Ihnen, Herr Frommann, sagten mir die anderen Wilhelmsburgerinnen und Wilhelmsburger, daß sie diesen Kongreß als Erfolg empfinden, und zwar vor allen Dingen aufgrund des Umstandes, daß endlich einmal wieder alle Senatsbehörden anwesend waren. Daß es schon als Erfolg gefeiert werden muß, daß die Behörden wirklich vor Ort sind und – wie Herr Schmidt sagte – dem Volk mal aufs Maul schauen und sich auch den Diskussionen stellen müssen, das war ein Erfolg. Es ist gleichzeitig natürlich auch eine Ohrfeige für den Senat, daß sich einige Behörden jahrelang – vornehm ausgedrückt – sehr stark zurückgehalten haben.

Für mich persönlich war der Eindruck – das haben mir auch viele Wilhelmsburgerinnen bestätigt –, daß dieser Zukunftskongreß als Auftakt neue Impulse gebracht hat. Wenn ich an den Vortrag denke, der von dem Landschaftsplaner Fred Niemann gehalten wurde, dann konnte man feststellen, warum viele Leute davon sehr angetan waren. Wie Herr Marx nämlich richtig sagte, ist Wilhelmsburg die größte Flußinsel Europas, aber Wilhelmsburg hat kaum Zugänge zum Wasser. Es wäre wirklich eine einfache Forderung, zu sagen, Wilhelmsburg brauche mehr Uferzugänge. Da fragt man sich, warum das nicht schon lange möglich war. Man fragt sich auch, warum die Zollzäune teilweise völlig unsinnig in der Gegend herumstehen. Das einzige, was sie verhindern, ist nicht der Schmuggel, sondern daß die Wilhelmsburgerinnen und Wilhelmsburger ans Wasser kommen.

Eines ist aber auch deutlich geworden, und das, glaube ich, muß sich noch in vielen Köpfen festsetzen: Wilhelmsburg ist kein Zwischenstadtteil. Auf der Konferenz wurde immer gesagt, Wilhelmsburg liege zwischen der Hafencity und zwischen dem Harburger Binnenhafen, dort gebe es noch sehr viele Möglichkeiten zu entwickeln. Ich finde, wichtig ist, deutlich zu machen, daß Wilhelmsburg ein eigenständiger Stadtteil ist, ein Stadtteil, der viele Entwicklungschancen hat und auch eine gute Entwicklung verdient.

Bei den Themen, die auf dem Kongreß angesprochen wurden, war eins sehr deutlich: Die Menschen, die sich jetzt engagieren, wollen, daß die Themen, die sie behandeln, auch umgesetzt werden. Sie wollen, daß es eine Entscheidungsoffenheit gibt. In der Arbeitsgruppe Verkehr, in der ich auch war, ist eine ganz klare Forderung gewesen: Wenn wir über Verkehr reden, wenn wir darüber reden, wie Wilhelmsburg vom Autoverkehr entlastet werden kann und keinen zusätzlichen, zum Beispiel Schwerlastverkehr, bekommt, muß es auch eine Offenheit über die Planung der Hafenuferspanne geben. Und die Baubehördenvertreter haben leider nicht bestätigen können, daß die Offenheit vorhanden ist, die gesamte Planung in Frage zu stellen.

Wie soll es weitergehen? Wir haben jetzt ein halbes Jahr Zeit, in den sechs Arbeitsgruppen weiterzuarbeiten. Das erste, was für diese Arbeitsgruppen wichtig ist, ist, daß die

(Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke)

- A Arbeitsgruppen kooperativ im Prozeß zusammenarbeiten, sowohl zwischen den Leuten vom Runden Tisch, den Leuten vom Beirat und zwischen den Behörden. Sie müssen alle mitmachen können. Jetzt kommt der Kritikpunkt, der auch am Samstag noch einmal laut wurde. Die Behörde schlägt jetzt vor, namentlich Stadtentwicklungssenator Maier, daß in diesen Arbeitsgruppen, in denen wirklich Menschen sitzen, die sich in ihrer Freizeit ehrenamtlich engagieren, daß diese Leute die Arbeitsgruppen aber auch selbst moderieren sollen, was auf den ersten Blick ja ganz gut klingt. Selbstbestimmtes Diskutieren finden wir immer toll. Da wir aber am Samstag festgestellt haben, daß es sehr viele kontroverse Themen gibt und sehr viele Leute dazu auch ihren eigenen Beitrag leisten müssen, finde ich, daß diese Entscheidung falsch ist. Wer schon einmal eine Moderation gemacht hat – und wir haben es am Samstag erfreulicherweise auch erleben können –, der weiß, daß Moderation heißt, daß ich mich als Moderatorin neutral verhalten muß, daß ich als Moderatorin aus dieser Rolle nicht heraus kann und mich selbst nicht in den Diskussionsprozeß einbringen kann. Es ist für die ehrenamtlichen Wilhelmsburgerinnen und Wilhelmsburger, die sich dort engagieren, eine Zumutung, daß sie sich dann selbst rausziehen sollen, daß sie selbst nicht so engagiert mitdiskutieren können.

Deswegen mache ich noch einmal meinen Vorschlag vom Samstag. Es sind jetzt sehr viele Fachbehörden beteiligt, und ich finde, diese Fachbehörden, die sonst erstaunlicherweise auch immer überall Haushaltsreste finden, die sie dann in Altenwerder oder im Mühlenberger Loch versenken, sollen doch noch einmal gucken, ob sie nicht Gelder finden können, um die externe Moderation, die neutrale Moderation, für die Wilhelmsburger zu gewährleisten.

- B (Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Wir wünschen uns jedenfalls, daß dieses positive Engagement der Wilhelmsburgerinnen nicht nur aufgenommen wird, sondern daß das Engagement auch umgesetzt wird und die Wilhelmsburgerinnen nicht wieder enttäuscht werden, daß nach der Wahl alles gar nicht mehr so gilt wie vor der Wahl.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Meine Damen und Herren! Da die technischen Probleme mit der Anlage so schnell nicht zu beheben sind, wie mir aus den Rückmeldungen deutlich wird, darf ich Sie bitten, noch etwas ruhiger zu sein, damit die allgemeine Lautstärke hier im Saal nicht zu groß ist.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Das ist ja erst ein paar Jahre her! – Jürgen Klimke CDU: Das war ja auch nicht so teuer!)

Das Wort hat jetzt Herr Senator Dr. Maier.

Senator Dr. Willfried Maier: Meine Damen, meine Herren! Herr Frommann hat in einer Sache recht: Es gibt in Wilhelmsburg schon über Jahre eine sehr intensive Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern, die sich für den Stadtteil einsetzen. Das geht über den Ortsausschuß, über den Beirat und durch viele Initiativen hindurch. Das ist gar keine Frage. Darum haben wir auch gesagt, daß das, was wir dort auf Beschluß der Bürgerschaft machen, nicht etwa eine neue Beteiligungsstruktur ist, die wir dort per Bürgerschaft hineinsetzen, sondern es soll der Versuch sein, einen neuen Impuls für das zu geben, was es ohnehin schon

gibt und was, wie ich finde, auch auf gutem Wege ist, denn der Beirat macht eine gute Arbeit. Die Sanierungen am Vogelhüttendeich sind gut vorangekommen. Kirchdorf-Süd sieht heute anders aus, als es noch vor zehn Jahren ausgesehen hat. Da ist etwas passiert.

Gleichwohl ist dieser neue Schub nötig. Es ist ein Experiment, das wir über eine begrenzte Zeit machen. Es ist nicht endlos möglich, eine direkte Zusammenarbeit zwischen Bürgerinnen und Bürgern vor Ort und Vertretern aus allen Behörden zu machen für einen Stadtteil, der im Moment ein besonderes Problem hat. Das kann man nicht ständig für alle Stadtteile machen, weil es natürlich auch sonst noch etwas in den Behörden zu tun gibt, außer Beteiligungsprozesse zu organisieren.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Das gilt immer nur wieder regelmäßig ein halbes Jahr vor der Wahl, und dann ist Schluß!)

– Nein, das hat nichts mit einem halben Jahr vor der Wahl zu tun. Weil Wahlkampf ist, Herr Ehlers, haben wir uns darauf vereinbart zu sagen, im nächsten halben Jahr finden Arbeitsgruppen statt, die nicht den Charakter der öffentlichen Manifestation haben, und erst im Januar gibt es die Abschlußveranstaltung, das heißt, erst in einer Situation, die vom Wahlkampf wieder entlastet ist. Es geht nicht darum, Wilhelmsburger Bürgerinnen und Bürger in die Wahlkampfauseinandersetzung hineinzuziehen, sondern ganz im Gegenteil, sie in gewisser Weise unabhängig davon gemeinsam daran arbeiten zu lassen, wie es weitergehen kann mit ihrem Stadtviertel.

Die Bürgerschaft hat die Sache überschrieben mit „Zwischen HafenCity und Channel Harburg“. Frau Sudmann sagt, „zwischen Stadtteilen“ soll man nicht sagen. Das ist aber nicht besonders klug. Natürlich ist Wilhelmsburg etwas Eigenständiges. Wenn man aber die besondere Chance Wilhelmsburgs im Zusammenhang der Stadt betonen will, dann ist es doch richtig zu sagen, zwei der wichtigsten Zukunftsprojekte Hamburgs sind direkt benachbart, und die besondere Lagegunst dieses Stadtteils hängt damit zusammen. Und man muß auch Bürgermeister Weichmann in Schutz nehmen: Wenn der 1962 gesagt hat, wir werden Wilhelmsburg nicht vergessen, dann konnte er nicht voraussehen, daß sich anschließend die Containerisierung der Häfen vollzog, daß sich die Deindustrialisierung vollzog und sich damit ein völliger Umbruch der Arbeitswelt in Hamburg abspielte. Genau darunter leidet aber doch Wilhelmsburg. Das war doch zu der Zeit noch nicht vorauszusehen. Jetzt überlegen wir, wie unter diesen neuen Bedingungen dieser im Westen ganz industriell strukturierte Stadtteil eine neue Chance bekommen kann, wo ihm seine Nachbarschaften und seine zentrale stadträumliche Rolle helfen kann, diese Chance wahrzunehmen. Natürlich spielt die Nähe zur Innenstadt, zur City, dabei eine große Rolle. Alle, die dazu gesprochen haben, haben gesagt, wir müssen die Lagegunst nutzen und die Uferzugänge öffnen. Darum arbeiten wir im Gebiet des Reiherstiegs daran, einen Gewerbepark neu zu erschließen, der diese Uferzugangsmöglichkeiten an einer Stelle schon einmal öffnet.

Auf dem Kongreß hat weiterhin eine Rolle gespielt, daß man Schluß damit machen muß, diese 46 000 Menschen in Wilhelmsburg auch in ihrer sprachlichen Vielgestaltigkeit nur immer als Problem zu beschreiben, sondern man davon ausgehen muß, daß dort 46 000 Menschen sind mit hohem Arbeitswillen, mit hoher Arbeitskraft, mit vielen Möglichkeiten, zum Beispiel ihrer Vielsprachigkeit. Um die-

(Senator Dr. Willfried Maier)

A ses Potential aber zu erschließen, sind besondere Anstrengungen nötig, muß Besonderes getan werden, damit in den Schulen diese Vielsprachigkeit so genutzt werden kann, daß alle zumindest die eine gemeinsame Sprache Deutsch auch gut beherrschen. Dazu ist schon einiges in Gang gekommen. Die Schulbehörde hat jetzt schon 50 Lehrerstellen über den Durst in die Wilhelmsburger Schulen hineingegeben, um diesen Sprachunterricht zu gestalten. Daß man aber lernen muß, wie man in Schulen mit mehrsprachigen Kindern zurechtkommt, ist in der ganzen Bundesrepublik ein Problem.

(Ole von Beust CDU: Das ist nichts Neues!)

– Das ist nichts Neues, aber nennen Sie mir mal eine Großstadt, wo es geschafft worden ist, damit klarzukommen. Hat das bei Petra Roth schon geklappt? Hat das in einer von Ihnen regierten Großstadt geklappt? Das ist offenkundig ein objektives Problem, mit dem wir zurechtkommen versuchen und an dem wir arbeiten.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Jörn Frommann CDU: Es fehlt doch schon die Grundlage! Da muß angesetzt werden!)

Zum anderen ist gesagt worden, daß ein großes Potential für Wilhelmsburg gerade seine Vielgestaltigkeit, sein industriell geprägter Westen mit zum Teil alten Wohngebieten und ein landwirtschaftlich geprägter Osten der Insel mit zum Teil noch tradiert erhaltenen Kulturlandschaften ist. Wir glauben auch zu wissen, wo der Schlüssel ist, um dafür eine neue Verbindung hinzubekommen, wenn wir jetzt dieses IGA-Projekt auflegen. Das ist doch nicht mehr eine Gartenbauausstellung, wie sie einmal in Pflanzen und Blumen gewesen ist, wo sozusagen Gärten und Blümchen waren, sondern hier geht es darum, in einer Stadtlandschaft, die durch Industrie und Landwirtschaft geprägt ist, im Zusammenhang mit einer Gartenbauausstellung das Besondere, das Einmalige, auch das Kontrastreiche dieser Stadtlandschaft zur Entfaltung zu bringen. Ich finde, es ist eine gute Idee, eine internationale Ausstellung auf dieser Insel zu machen. Darf ich uns loben? Ich darf nicht nur uns loben, ich muß vor allem den Gartenbauverband loben, der diese Idee hatte. Das ist ja auch naheliegend bei den Berufsinteressen, die er vertritt. Aber das in Wilhelmsburg zu machen, ist eine vernünftige Sache.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Jetzt zum Vorwurf, ich hätte gesagt, man solle nicht böse sein, wenn nicht alles umgesetzt werde. Nein, das habe ich nicht gesagt. Ich habe nur gesagt, dieser erste Arbeitsschritt ist sozusagen der Schritt des Wünschens, wo alle anmelden, was sie für richtig und möglich halten.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Wir wünschen uns mehr Redezeit!)

Dann habe ich gesagt, nicht alle Wünsche werden so, wie sie jetzt hier kommen, wahr werden. Ja, soll ich denn unehrlich sein und sagen, das sei anders, und sagen, wünscht man nur, „Papa Senat“ schiebt alles rüber?

(Ole von Beust CDU: Mama Senat!)

– Meinetwegen Mama, Papa, quotierter Senat. Dann habe ich gesagt, wir brauchen eine Arbeitsphase, in der über ein halbes Jahr daran gearbeitet wird, was an diesen Wünschen realistisch ist und wie sie umgesetzt werden können, um dann am Ende in eine Beschlußphase der Konferenz zu kommen und zu sagen, so stellen wir uns das gemeinsam vor, und zwar etwas entlastet von der Wahl-

kampfsituation. Und das wird sicher so sein wie immer, wenn ein politischer Prozeß durchgearbeitet wird, daß nicht alles, was zunächst spontan gewünscht wird, sich als machbar erweist.

(Jörn Frommann CDU: Darum geht es doch auch gar nicht!)

Das ist doch das Selbstverständlichste auf der Welt. Sich darüber überhaupt auszulassen, finde ich ein bißchen komisch.

(Glocke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt (unterbrechend): Herr Senator, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

(Senator Dr. Willfried Maier: Ja.)

Zwischenfrage von Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke.* Gilt das mit den Wünschen, die nicht alle erfüllt werden, auch für die Wünsche des Senats, daß die auch nicht alle automatisch erfüllt werden, wie zum Beispiel die Hafenspanne?

Senator Dr. Willfried Maier (fortfahrend): Es gilt für die Wünsche des Senats genauso, daß nicht alle Wünsche erfüllt werden, sondern auch der Senat mit seinen Planungen in Auseinandersetzungen mit der Bevölkerung handelt. Natürlich sind auch in diesem Hause Senatsprojekte bekannt, aus denen nichts geworden ist. Vielleicht waren einige davon vernünftiger, andere waren unvernünftiger, aber was ist daran bemerkenswert?

(Uwe Grund SPD: Banal!)

Das heißt aber nicht, daß das für die Hafenspanne gilt.

(Heiterkeit im Plenum)

Ich bin dafür, daß wir die Hafenspanne bekommen.

Schließlich zu dem Punkt „Geld für die Moderation“. Liebe Leute, REGENBOGEN ist ja von der Gelddruck-Fraktion. Wir haben in keinen Stadtteil der Stadt regelmäßig einen solch hohen Betrag für Moderation und Beteiligungsprozesse gegeben wie nach Wilhelmsburg. Es gibt dort ein MiT-Büro, eine sozusagen regelmäßige Organisation des Stadtteilbeirats.

Es gibt jetzt diese Zukunftskonferenz. Auch die führt während der Zwischenzeit und auch während des zweiten Prozesses eine Moderation der Gruppenleitungen durch. Wenn man dort dann noch einmal wieder ein paar hunderttausend DM hingibt, um alle Arbeitsgruppen extern zu moderieren, dann faßt man sich irgendwann an den Kopf. Auch aus der Stadt kommt dann die Rückfrage: Was macht ihr denn eigentlich? Warum können die Menschen nicht einmal miteinander reden?

(Glocke)

Warum muß immer jemand dabei sein, der dabei Geld verdient?

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt (unterbrechend): Herr Senator, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage?

(Senator Dr. Willfried Maier: Ja.)

Zwischenfrage von Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke.* Die Moderation, die bisher beim Beirat stattgefunden hat, ist auch vom Senat als wichtig und richtig erachtet worden. Ist es nicht auch richtig und wich-

(Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke)

- A tig, für den jetzigen Prozeß der Zwischenphase eine neutrale Moderation zu ermöglichen?

Senator Dr. Willfried Maier (fortfahrend): Ja, aber eine neutrale Moderation zu finden, ist ziemlich schwierig. In der Situation, in der die Moderation stattfindet, wird sie von einigen, die daran nicht teilnehmen, nicht als neutral betrachtet. Wenn man auf diese Gesichtspunkte ständig eingeht, dann hat nachher jede Bürgerin und jeder Bürger in Wilhelmsburg einen eigenen Moderator.

(Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Nein, nein, nein!)

Ich glaube, irgendwann muß man einmal mit der Interessenvertretung für Kommunikationsberufe Schluß machen und davon ausgehen, daß Menschen, solange es sie gibt, bisher immer in der Lage waren, Politik allein und ohne Moderator zu machen. Dazu sind wir hier in der Lage, und das sind auch die Wilhelmsburger. – Danke schön.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Meine Damen und Herren! Bevor ich dem nächsten Redner das Wort gebe, möchte ich aus gegebenem Anlaß – auch unter Abziehung der Zeit für die zwei Zwischenfragen – noch einmal in angemessener Form darauf hinweisen, daß der Senat der Bürgerschaft zugesagt hat, erhebliche Überschreitungen von Redezeiten in der Aktuellen Stunde, wie sie für Abgeordnete zur Verfügung stehen, vorher anzukündigen. Ansonsten wird das verfassungsmäßige Recht der Senatsmitglieder natürlich in keiner Weise beschnitten.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

B

Das Wort hat Herr Wersich.

Dietrich Wersich CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Am Anfang dieser Debatte muß doch die Erkenntnis stehen, daß die bisherige Politik für Wilhelmsburg gescheitert ist.

(Unmutsäußerungen bei der SPD und der GAL)

Es ist doch keine Binsenwahrheit, daß für dieses Scheitern der bisherigen Politik die SPD als jahrzehntelange Regierungspartei die Verantwortung trägt.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Es gehört doch dazu, sich dessen bewußt zu werden. Wir würden doch heute nicht über die soziale Situation in Wilhelmsburg reden müssen, wenn Sie Ihre Hausaufgaben und Ihre Politik richtig gemacht hätten. Das können Sie doch nicht abstreiten!

(Beifall bei der CDU – *Günter Frank SPD*: So einfach ist das!)

Wir hatten vor zwei Wochen einen bemerkenswerten Vorgang: Wir sind als Fraktion von den Ärzten in Wilhelmsburg zur Kreisversammlung eingeladen worden. Sowohl Kinderärzte, Hausärzte als auch Psychotherapeuten sind ein sehr feiner Gradmesser für soziale Veränderungen im Stadtteil. Sie haben uns ihre Eindrücke sehr eindringlich geschildert, was wirklich los ist: Wie die Arbeit immer schwieriger wird, wie sich die Sozialstruktur verändert, was Sprachbarrieren bedeuten und so weiter. Die Folgen sind unter anderem eine Arztfucht und natürlich die Verschlechterung der gesundheitlichen Versorgung.

Eine gemeinsame Resolution, die die Ärzte uns vorgeschlagen hatten, kam aufgrund des Widerstands der dortigen SPD-Vertreter nicht zustande; das ist sehr zu bedauern.

(*Ole von Beust CDU*: Ja, so sind sie!)

Es ist auch klar, daß das Schicksal von Wilhelmsburg nicht durch gesundheitspolitische Maßnahmen besser wird, sondern umgekehrt. Die richtige Stadtteilpolitik verbessert am Ende auch die Gesundheitssituation. Eine solche Besserung scheitert, weil die wirklichen stadtpolitischen Erfordernisse nicht angegriffen werden. Das liegt daran, weil diese Maßnahmen offenbar nicht in Ihre rotgrüne Ideologie passen.

(Beifall bei *Jörg Frommann CDU*)

Sie wissen, daß die Ansiedlungen von Unternehmen und Arbeitsplätzen, der verpflichtende Deutschunterricht als Grundlage für Bildung und Lebenschancen, eine Zuzugssteuerung, eine Begrenzung des Ausländeranteils bis hin zur Pflege des Stadtbildes, das Entfernen von Schmierereien und Graffiti und die Verfolgung der Alltagskriminalität notwendig sind.

Erst wenn diese Dinge angegriffen werden, kann sich auch die soziale Situation im Stadtteil verbessern. Insofern bin ich davon überzeugt, daß Wilhelmsburg erst von einer völlig neuen Politik profitieren wird, wenn die eben genannten Ziele und Maßnahmen aufgegriffen werden. Es gehört dazu, daß man diese Probleme ehrlich benennt und beherzt angreift, denn sonst kann man auch mit noch so vielen Runden Tischen nichts ändern.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Zamory.

D

Peter Zamory GAL: Herr Wersich, Sie haben richtig berichtet, daß Herr Petersen, Sie und ich von den KV-Ärzten in Wilhelmsburg eingeladen wurden, um Probleme zu besprechen.

Die Resolution, die uns dort vorgelegt wurde, hat sicher überwiegend richtige Kritiken und Beschreibungen erbracht, daß es nämlich notwendig ist, der Verelendung und auch der drohend schlechter zu werdenden medizinischen Versorgung entgegenzutreten. Eine Zielsetzung war, populistische Rechtsparteien soweit es geht aus Wilhelmsburg herauszuhalten beziehungsweise ihren Einfluß zu mindern.

Das Problem war, daß die Ärzte diese richtigen Forderungen auch unter anderem damit verknüpft haben, daß wir sie unterstützen sollen, einen besonderen Punktwert innerhalb der KV-Abrechnung zu erhalten. Der antirassistische Kampf sollte aber nicht mit Gehaltsforderungen verknüpft werden!

(Beifall bei der SPD und der GAL und Zuruf von der GAL: Bravo!)

Deswegen habe ich erklärt, daß die Grünen mit der generellen Linie des vorliegenden Papiers durchaus übereinstimmen, aber damit Probleme haben. Herr Petersen und ich haben dem deshalb so nicht zustimmen können. Das haben wir dort auch gesagt. Das betrifft nicht nur Wilhelmsburg.

Wenn wir uns an die Fragestunde erinnern, in der Herr Scheurell für einen anderen Stadtteil erfragt hat: Was ist,

(Peter Zamory GAL)

- A wenn Ärzte aus einem unterversorgten Stadtteil wegziehen und ihre Niederlassungsmöglichkeit nach Blankenese mitnehmen? Das ist das Problem, dem entgegenzutreten ist und das mit den Kassen und der KV im Zulassungsausschuß besprochen werden muß. Die BAGS hat dort sicherlich eine wichtige Moderatorenfunktion. All dies mit den Problemen in Wilhelmsburg zu verknüpfen, ist problematisch.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Marx.

Wolfgang Marx SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Mir ist nach den Redebeiträgen von den Herren Frommann und Wersich ein wenig unklar geblieben, welche neue Idee die CDU wirklich hat

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Hat sie nicht!)

und was sie konkret nach der Wahl am 23. September anders machen will. Vielleicht sollten Sie das wenigstens für den Wahlkampf ein wenig konkretisieren, denn es könnte ja den einen oder anderen in der Stadt interessieren.

(Dietrich Wersich CDU: Wenn Sie nicht zuhören können, müssen Sie das Reden nachlassen!)

Im Plenum ist nichts davon rübergekommen; vielleicht liefern Sie das irgendwann nach.

Als nächstes möchte ich das ansprechen, was von Herrn Wersich vom Senat eingefordert wird. Der Senat ist anscheinend nach Ihren Allmachtsphantasien für alles zuständig, was in dieser Stadt schlecht oder nicht so richtig läuft. Diese Phantasie kann man haben. Es mag ja auch sein, daß Senatsmitglieder manchmal diese Phantasie haben, aber ich glaube, daß sie unberechtigt ist. Es ist vielmehr so, daß die Wilhelmsburger Probleme viele und sehr komplexe Ursachen haben und daß das Senatshandeln nicht an allem schuld ist, auch wenn Sie es gerne so hätten.

- B Der dritte Punkt: Die Verpflichtung zum Erlernen der deutschen Sprache. Es wird doch von Ihnen so getan, Herr Wersich – Herr Ehlers macht dies mit seinen Zwischenrufen auch –, als ob an Wilhelmsburger Schulen nur noch türkisch unterrichtet würde. Das ist doch völliger Unsinn, wenn man sich ansieht, welche Ausländerinnen und Ausländer es in diesem Stadtteil gibt.

Von den 34 Prozent der Ausländerinnen und Ausländern sind 40 Prozent türkischer Herkunft; der Rest verteilt sich über 50, 60, 70 andere Nationalitäten. Wenn man behauptet, daß es dort eine neue Einsprachigkeit in den Schulen gibt, und daraus suggeriert, daß es sich dabei um die türkische Sprache handelt, dann ist das völliger Quatsch. In den Schulen wird nach wie vor deutsch gesprochen.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Sie haben nichts begriffen!)

Ich habe zwei Söhne, die in Wilhelmsburg zur Schule gehen. Einer davon geht in die 1. Klasse der Schule Buddestraße. Er berichtete mir, daß die Unterrichtssprache nach wie vor deutsch sei, nichts anderes.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Die Lehrerin spricht es!)

Ich komme zum nächsten Punkt, den Frau Sudmann angesprochen hat, was eigentlich mit den Moderatoren geschehen soll. Wenn ich richtig informiert bin – ich war am

Samstag auch bei der Zukunftskonferenz; am Freitag konnte ich nicht teilnehmen, weil die SPD ihren Landesparteitag veranstaltete –, ist es so, daß es die Zusage gibt, daß diejenigen, die als Moderatoren ausgesucht werden, ein Moderatorentaining erhalten. Das ist doch eine hinreichende und ausreichende Qualifizierung, um solche Gruppen zu moderieren.

(Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Die wollen doch selbst mitdiskutieren!)

Anderswo ist es doch häufig so, daß immer die externen Moderatoren problematisiert werden. Wer den Bürgerbeteiligungsprozeß in Wilhelmsburg genauer kennt – Frau Sudmann, Sie kennen dort auch einige Menschen –, der weiß auch, daß es dort manchmal auch Kritik an den Moderatoren gab. Daher halte ich interne Moderatoren, die qualifiziert werden, für eine bessere Lösung.

(Beifall bei der SPD und bei Sabine Steffen GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Dr. Schmidt.

Dr. Martin Schmidt GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Hier werden Themen aus Wilhelmsburg und vom Zukunftskongreß diskutiert; darüber hinaus wird eine ganz andere Debatte geführt, die ich komisch finde.

Herr Marx hat unglücklicherweise an die CDU das entsprechende Stichwort gegeben, warum die CDU-Vertreter hier Wahlkampfreden hielten. Es ist schwierig, daß wir vom Mai bis zur Wahl im September nur polemisch agieren können, wenn wir über Sachthemen reden wollen. Das halte ich für eine Krankheit, die die CDU wieder ablegen sollte.

(Beifall bei Dr. Andrea Hilgers SPD)

Andererseits muß man nicht gleich fragen – wenn man über die Perspektiven des Zukunftskongresses redet –, was die CDU leistet. Wir sind alle in der gleichen Lage, die CDU war mit den Grünen oder der SPD identisch. Wir müssen mehr zuhören, was die Menschen in Wilhelmsburg selbst wollen, und mit ihnen diskutieren. Das haben die Behörden jetzt geübt.

(Ole von Beust CDU: Recht hat er!)

Das Phänomen ist, daß es sich aus den Gesprächen des Kongresses ergeben hat, daß die Lösungsmöglichkeiten für Probleme nicht anders als im sonstigen Leben gesucht werden. Man versucht, zwischen den verschiedenen Ansprüchen Kompromisse oder Kompensationen für bestimmte unangenehme Dinge zu finden.

(Uwe Grund SPD: Das beschließen wir dann ohne Gegenstimmen!)

Für diese Situation, die exemplarisch für den Stadtteil Wilhelmsburg gilt, gibt es ganz bestimmt keine bessere Variante. Herr Wersich teilt uns hier jedoch mit, daß alles ganz anders werden muß. Sie hätten mit einer solchen Rede auf dem Zukunftskongreß vermutlich nur Langeweile hervorgerufen. Was soll denn alles anders werden?

Man kann sagen, in Wilhelmsburg müssen die Ausländer sofort deutsch sprechen können. Wie es sich herausgestellt hat, gibt es mittlerweile zahlreiche Angebote zum Erlernen der deutschen Sprache, die auch angenommen werden. Auf dem Kongreß haben eine ganze Reihe von türkischen Wilhelmsburgerinnen geredet, die alle – wenn ich das einmal bemerken darf – ziemlich gut die deutsche

(Dr. Martin Schmidt GAL)

- A Sprache beherrschen, manchmal sogar besser als in Deutschland geborene Deutsche.

Es ist doch verrückt, wenn Sie – anstatt daß Sie mit uns dort darüber reden, was in welcher wichtigen Frage die Perspektive für Wilhelmsburg sein soll – hier sagen, daß dort seit 40 Jahren die Situation gleich sei. Vor 40 Jahren gab es Kirchdorf-Süd noch nicht. Darum kann es nicht so sein, daß sich seit 40 Jahren die Situation nicht verändert hat. Ich kann mich nicht erinnern, daß die CDU gegen den Bau von Kirchdorf-Süd war.

(Rolf Kruse CDU: Doch! – Karl-Heinz Ehlers CDU: Wir haben den B-Plan abgelehnt!)

– Meine Herren, seien Sie vorsichtig. Sie haben niemals diese Art von Wohnungsbaupolitik dem Grunde nach bekämpft.

(Dietrich Wersich CDU: Falsch informiert!)

Ich gebe zu – ich war damals nicht in Hamburg –, daß ich diese Art von Wohnungsbaupolitik schon damals für falsch gehalten habe. Darin fühle ich mich auch bestätigt. Aber Sie und Ihre Parteifreunde haben diese Art von Trabantsiedlungen in der gesamten Bundesrepublik Deutschland überall mitbetrieben. Sie haben kein Recht, zu sagen,

(Rolf Kruse CDU: Sie haben keine Ahnung!)

daß sich nichts verändert habe.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Ich wußte damals nicht, was man damals Besseres hätte machen können. Ich hatte andere Ansichten,

(Rolf Kruse CDU: Wenn Sie das nicht wissen, wird es nicht richtig!)

- B aber ich gebe zu, daß die gesamte Bundesrepublik Deutschland 20 Jahre lang solche Siedlungen gebaut hat, deren Folgen wir jetzt beklagen und die mühsam geheilt werden müssen. Deswegen gibt es hier eine neue Entwicklung.

Sie haben ganz bestimmt vor 40 Jahren das Ende des Industriezeitalters von Wilhelmsburg nicht vorausgesehen; das konnten Sie gar nicht, weil Sie viel zu sehr in diese Industriepolitik vernarrt waren.

Wilhelmsburg ist in seinem städtischen Teil real eine Folge des Freihafens. Erst nachdem 1888 der Freihafen geschaffen wurde, ist das Dorf Wilhelmsburg zu einer Stadt geworden, weil es sich dann gelohnt hat. Diese Politik, die nun beendet wurde, ist doch nicht von der CDU bekämpft worden. Ich wüßte nicht, wann. Also hören Sie einmal auf mit dem Satz: Es muß alles neu werden. Sie haben an allen Ecken und Enden diese Stadtpolitik mitbetrieben und waren in Hamburg in allen wichtigen industriepolitischen Fragen immer an der Seite der SPD. Wenn etwas zu beklagen ist, dann – ich drücke es einmal vorsichtig aus – die allgemeine Entwicklung.

Deswegen würde ich vorsichtig sein, und ich fordere Sie auf, mit uns gemeinsam eine vernünftige Debatte zu führen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Ehlers.

Karl-Heinz Ehlers CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir sind gern bereit, mit Ihnen eine vernünftige

Debatte zu führen, wenn Sie bereit sind, unabhängig von der Frage, wie lange die GAL im hiesigen Parlament vertreten ist, ein wenig Geschichtsforschung in der Frage zu betreiben, wie eigentlich die Entwicklung in Wilhelmsburg in der Vergangenheit gelaufen ist.

Herr Schmidt, daß Sie es nicht wissen, heißt ja nicht, daß es so gewesen ist und die CDU keine Vorschläge gemacht hat. Der Sachverhalt, daß Sie, Herr Marx, keine Vorschläge gehört haben, heißt auch nicht, daß keine gemacht wurden.

(Petra Brinkmann SPD: Doch, das heißt es!)

Das muß an Ihrem Gehör liegen, Herr Marx,

(Beifall bei der CDU)

denn dieses ist in der Vergangenheit und in der heutigen Debatte klargestellt worden. Die CDU hat nicht das Wort „von dem Boot erfunden, das voll sei, was den Ausländeranteil in Wilhelmsburg angeht“. Sie haben es erfunden, diejenigen als Rechtsradikale und Ausländerfeinde zu diffamieren, die auf die Probleme dieses Stadtteils hingewiesen haben.

(Beifall bei der CDU – Ole von Beust CDU: Richtig!)

Das ist Ihr Problem und Ihr Versagen in der Stadtentwicklungspolitik. Ihr Versagen besteht darin, jeden zu diffamieren, der darauf hingewiesen hat, daß es Schulen in Wilhelmsburg gibt, in denen nur noch von der Lehrerin deutsch gesprochen wird, sonst aber von keinem in der Klasse.

(Lachen und Zurufe von der SPD und der GAL: Ach, nein!)

– Das ist der Sachverhalt. In Wilhelmsburg gibt es diese Klassen, in denen sich kein deutsches Kind befindet

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Schauermärchen!)

und auch kein Deutsch gesprochen wird.

(Luisa Fiedler SPD: Wo? – Erhard Pumm SPD: In welcher Schule? – Glocke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt (unterbrechend): Ich bitte um etwas mehr Ruhe für den Redner.

(Luisa Fiedler SPD: Sagen Sie, in welcher Schule!)

Karl-Heinz Ehlers (fortfahrend): Sie können bei der Senatorin abfragen,

(Lachen bei der SPD und der GAL)

daß es diese Schulen in Wilhelmsburg gibt. Sie haben, Frau Fiedler, durchaus eine Beziehung zu diesem Stadtteil über den ehemaligen Bezirksamtsleiter;

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Pfu! – Uwe Grund SPD: Schmutzfink!)

– Sie sollten es wissen.

Ihnen ist zu dieser Problematik lediglich die Einführung des muttersprachlichen Unterrichts eingefallen, den Sie nicht als Lernen der Sprache des Landes verstanden haben, in dem man lebt, sondern als Lernen der Sprache des Landes, aus dem man kommt. Das haben Sie gefördert. Und das ist genau der falsche Weg gewesen.

(Beifall bei der CDU)

C

D

(Karl-Heinz Ehlers CDU)

- A Beispielsweise besteht Ihr Versagen darin – Sie können einmal dort hingehen, wenn Sie noch den Mut haben –, das Haus der Jugend in Wilhelmsburg den jungen, erwachsenen Türken preiszugeben. Das wäre die Konsequenz gewesen.

(Luisa Fiedler SPD: Scheingefecht!)

– Gehen Sie doch da hin!

Dieses Haus ist systematisch preisgegeben und nicht als Haus der Jugend aller dort wohnender Jugendlicher okkupiert worden,

(Dr. Hans-Peter de Lorent GAL: Was heißt denn preisgegeben?)

sondern es ist ein Haus türkischer Jungerwachsener. Es ist Ihr Problem, hier nicht gegengesteuert zu haben.

(Beifall bei der CDU – Dr. Andrea Hilgers SPD: Peinlich!)

Ihr Versagen besteht darin, zu glauben, die Integration könne man dadurch fördern, daß man ohne Ende Geld hineinpumpt, ohne sich darum zu kümmern, was eigentlich inhaltlich in diesen Objekten gemacht wurde.

Sie haben nicht eingefordert, daß Integration ein Prozeß ist, den man von beiden Seiten betreiben muß. Sondern Sie haben Integration immer begriffen als das Geldhineinpumpen von einer Seite, das jemand, der auf der anderen Seite steht, gerne nimmt, aber nicht im Traum daran denkt, daß Integration auch etwas ist, was von ihm ausgehen muß. Das war Ihr Versagen in diesem Stadtteil.

(Beifall bei der CDU)

- B **Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt:** Das Wort hat Herr Marx.

Wolfgang Marx SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Zu Anfang würde ich Ihnen vorschlagen, Herr Ehlers, daß Sie sich nach dieser Debatte bei Frau Fiedler entschuldigen.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Wofür denn? – Gegenruf von Dr. Andrea Hilgers SPD: Denk mal nach! – Gegenruf von Karl-Heinz Ehlers CDU: Hat sie mit ihm nichts zu tun?)

Im übrigen möchte ich darauf hinweisen, daß Frau Fiedler seit zehn Jahren Lehrerin an der Gesamtschule Wilhelmsburg ist.

(Beifall bei der SPD)

Wilhelmsburg hat viele Probleme. Aber ein besonders großes ist es, daß es Abgeordnete wie Herrn Ehlers gibt, die so über Wilhelmsburg öffentlich reden: voller Unkenntnis und jede Menge Vorurteile weiterverbreitend.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Überlegen Sie sich erst einmal, welches Haus der Jugend in Wilhelmsburg Sie meinen.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Das ist eine Beschimpfung derjenigen, die die Tatsachen nennen!)

Wenn Sie das Wilhelmsburger und nicht das Kirchdorfer Haus der Jugend meinen –

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Ich meine das Wilhelmsburger!)

Sie sind da sehr sachkenntnisreich –, dann wissen Sie sicher auch, daß es täglich 300 Besucher aus circa 20 Nationen hat; nicht mehr und nicht weniger. Der Altersdurchschnitt liegt deutlich unter 18 Jahren. Gehen Sie hin und schauen Sie es sich an.

Zum Abschluß Ihrer Rede konnte man feststellen, Herr Ehlers, daß Sie Herrn Kühn arbeitslos gemacht haben. Hoffentlich wirkt sich das nicht künftig auf Ihre Ergebnisse bei Landesparteitagen der CDU aus.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Karl-Heinz Ehlers CDU: Davon verstehen Sie ja am meisten!)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Meine Damen und Herren! Zu der Rednerreihenfolge: Der Senat hat jetzt das Wort, danach Herr Frommann und Frau Goetsch. Herr Senator Dr. Maier bitte.

Senator Dr. Willfried Maier: Nur noch eine kurze Bemerkung. Herr Ehlers, Sie kritisieren, daß es so etwas wie muttersprachlichen – Muttersprache als Herkunftssprache – Unterricht gibt.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Ja!)

Diese Frage ist dem Senat auch schon aufgefallen.

(Rolf Kruse CDU: Donnerwetter!)

– Stellen Sie sich das vor.

Daraufhin sind bei kompetenten Sprachwissenschaftlern, die mehr als wir beide davon etwas verstehen, Untersuchungen in Auftrag gegeben worden. Diese sind zu dem Ergebnis gekommen, daß der beste Lernerfolg für das fremdsprachliche Kind dann besteht, wenn das Kind die Herkunftssprache nicht völlig verliert, sondern die Möglichkeit hat, darin seine Identität auszubauen, also weiter lernt, womit es begonnen hat.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Es spricht doch im Hause und sieht im Fernsehen nichts anderes!)

– Im Fernsehen lernt man keine grammatikalischen Strukturen, auch nicht in der eigenen Sprache. Um diese zu begreifen, ist Sprachunterricht nötig.

Die Wahrnehmung ist, daß das junge türkische Kind zum Beispiel die deutsche Grammatik leichter lernt, wenn es zunächst begriffen hat, wie die türkische funktioniert, die es spontan in Ansätzen in seinem Sprachgebrauch mitgebracht hat.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Sie haben ein zweites Thema angesprochen und gesagt: Einwanderer wollten sich nicht integrieren. Man liest manchmal amerikanische Literatur über Deutsche oder Italiener, die nach Amerika auswanderten. Dieses Spontanverhalten der Einwanderer, sich als Gruppe untereinander zu stabilisieren, ist doch völlig normal!

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Ist völlig normal!)

Es gibt keine einzige Einwanderung in der Neuzeit, in der sich nicht am Ende dieses Einwanderungsprozesses – namentlich dann, wenn er von dem jeweiligen Einwanderungsland gefördert wird – letztlich die Sprachkultur durchsetzt, die innerhalb des Landes herrscht, in das man auswandert.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Ja!)

Das wird bei allen Schwierigkeiten auch für die heute nach Deutschland Zugewanderten so sein, denn alle haben

(Senator Dr. Willfried Maier)

- A natürlich längst begriffen, daß für ihre Kinder ohne Kenntnis der deutschen Sprache keine Aussicht auf ein erfolgreiches Leben bestehen wird.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Wissen Sie, wie groß der Spanischanteil in den Vereinigten Staaten ist?)

Darum kämpfen sie alle dafür. Daß sie aber auch häufig frustriert sind und einmal Dampf ablassen, ist auch wahr. Aber es bedeutet, daß wir unser Angebot in dieser Hinsicht verbessern müssen. Das kostet leider nun einmal Geld. Wenn jemand wie Sie herkommt und sagt, daß wir dafür endlos Geld hineinpumpen, dann ist das einerseits ein Kompliment, aber andererseits verstehe ich nicht, was Sie wollen. Die Leute sollen die Sprache lernen, aber es soll kein Geld dafür ausgegeben werden. Wie stellen Sie sich das vor? Wollen Sie unterrichten?

(Beifall und Heiterkeit bei der GAL und der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Frommann.

Jörn Frommann CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Maier, ich gebe Ihnen recht. Im Ansatz ist es sicher klug, sich einmal über den Teich zu orientieren und sich die Einwanderertendenzen anzusehen.

Wenn Sie sich jedoch den Stadtteil Wilhelmsburg ansehen, dann entspricht dieses nicht ganz der Realität. Ich empfehle vielmehr, die Hamburger Seiten der hiesigen Presse zu lesen. Denn das Problem sind doch nicht diejenigen Ausländer, die bereit sind, die deutsche Sprache zu lernen, sondern diejenigen, die es nicht wollen, nicht tun und auch nicht tun werden. Da müssen wir ansetzen, weil wir genau diesen Menschen die Chancen verbauen.

- B (Beifall bei der CDU)

Herr Marx, wir haben eben bei Ihnen ganz konkret dieses ewige „Weiter so“ erlebt. Sie schreiben – wo wir schon einmal beim Thema Wahlkampf sind – ein Programm für die Wahl 2001, in dem im Prinzip wortwörtlich das drinsteht, was Sie vor vier Jahren auch schon gefordert haben. Sie tun so, als wenn im Stadtteil nichts passiert wäre. Das wollen die Menschen nicht mehr hören, sondern endlich Taten sehen.

Frau Fiedler, Ihr Ehemann hat damals

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Nicht noch einmal, jetzt reicht es!)

ein vierzigseitiges Papier entwickelt, aus dem deutlich hervorgeht, welche Probleme uns Ende des Jahrhunderts erwarten.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Frauen definieren sich nicht über ihre Männer, das hört hier auf!)

Genau an diesem Punkt befinden wir uns. In Wilhelmsburg gibt es eine hohe Arbeitslosigkeit, und 30 Prozent der Schüler haben keinen Schulabschluß. Sich hier hinzustellen und so zu tun, als wenn das alles gottgegeben wäre, entspricht doch nicht der Realität.

(Beifall bei der CDU)

Ich glaube, Sie haben einfach die Ängste der Bürger vor Ort nicht verstanden. Die SPD ist auf ein „Weiter so“ einfach angewiesen, wenn sie an der Regierung bleiben will. Aber jenseits dieser Regierungsverantwortung in Hamburg gibt es eine Ebene der Kommunalpolitik. Dort müßte es doch zumindest möglich und machbar sein, daß man zum

Wohle der Gesamtbevölkerung an einem Strang zieht. Das scheint nicht so zu sein. C

Letztendlich noch ein Wort zum Thema Ausländer. Aus unserer Sicht ist es so, daß eine Integration betrieben werden muß. Gerade die CDU in Wilhelmsburg hat hier eine gute Vorreiterrolle übernommen.

Festzuhalten bleibt jedoch: Eine Ausländerfreundlichkeit setzt gleichzeitig eine Inländerfreundlichkeit voraus. Wenn das nicht machbar ist – und so ist es in Teilen dieses Stadtteils –, muß man sich nicht wundern, wenn die Menschen zu rechtsradikalen Parteien wandern. Dazu haben Sie Ihren Beitrag geleistet. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Goetsch.

Christa Goetsch GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Polemik kennt bei Ihnen keine Grenzen und keine Scham.

(Dr. Stefan Schulz CDU: Sie haben wohl nicht zugehört!)

Ich selbst kenne Wilhelmsburg sehr gut. Ich habe 1977 dort mein Referendariat absolviert.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Donnerwetter!)

– Dieser Stadtteil hat sich seitdem weiß Gott verändert, Herr Ehlers.

Aber nicht nur, daß bei Ihnen Polemik und Scham keine Grenzen kennen, Sie nutzen auch Ängste und diskriminieren die Kinder, Schüler, die Jugendlichen D

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Sie verdrängen permanent!)

und die Arbeit der Kolleginnen, der Erzieherinnen, der Sozialpädagoginnen und der türkischen Kolleginnen und Kollegen in diesem Stadtteil.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Dann müssen Sie mal hingehen!)

Sie müssen sich Ihre Worte einmal auf der Zunge zergehen lassen: Das Haus der Jugend ist den jungen Türken preisgegeben worden.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Junge Erwachsene habe ich gesagt!)

– Es ist vollkommen egal, ob die jung, mitteljung oder ganz jung sind. Diese Kinder und Jugendlichen sind Türken, die in Wilhelmsburg geboren wurden. Sie zeigen damit deutlich Ihr Gesicht, wie Sie demnächst das Einwanderungsgesetz umsetzen wollen. In Ihren Köpfen befinden sich nur ökonomische und demographische Gründe.

Diese jugendlichen Türken sind ein Bestandteil dieser Gesellschaft. Es ist gerade in den Schulen in Wilhelmsburg sowie in der gesamten Stadt ein Aufbruch zu bemerken. Ich kenne die Schulen sehr gut. Was Sie behauptet haben, ist eine – Lüge darf man hier wohl nicht sagen ...

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Unwahrheit! – Karl-Heinz Ehlers CDU: Sie müssen mal häufiger nach Wilhelmsburg gehen!)

(Christa Goetsch GAL)

A In Städten wie Amsterdam, Rotterdam, London und Paris, wo ich gerade am vorletzten Wochenende war, und New York würde man über Ihren Monolinguisimus und Ihren Ethnozentrismus lachen.

(Beifall bei der GAL)

Damit können Sie keinen Pfifferling in dieser Stadt gewinnen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Dr. Hilgers.

Dr. Andrea Hilgers SPD: Herr Ehlers und Herr Frommann, da Sie es offensichtlich nicht begriffen haben, hier noch einmal deutlich: Wie Sie heute hier mit der Kollegin Fiedler umgegangen sind, ist ein weiteres Beispiel für Ihre frauenfeindliche Haltung,

(Beifall bei der SPD und der GAL – Lachen bei der CDU)

die sich nicht zuletzt in Ihrer Liste deutlich zeigt. Wenn Sie es noch nicht begriffen haben – Ihre Beteiligung von Frauen deutet auch nicht darauf hin, daß Sie es in Zukunft begreifen werden –, daß Frauen nicht über ihre Männer, geschweige denn über ihre Ex-Männer definiert werden, kann ich Ihnen wirklich nicht helfen. Also: Sechs, setzen und noch mal üben.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Herr Ehlers, Sie haben das Wort.

B

Karl-Heinz Ehlers CDU:* Wieso darf man nicht daran erinnern,

(Dr. Hans-Peter de Lorent GAL: Das ist nicht das einzige, was Sie nicht begreifen!)

daß jemand eine Situation aus einem Stadtteil kennen müßte,

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Sie ist dort Lehrerin!)

aus einer Vergangenheit mit dem Bezirksamtsleiter von Harburg. Wo ist das Problem?

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Sie sind das Problem!)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Meine Damen und Herren, wird zu diesem ersten Thema der Aktuellen Stunde weiter das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall.

Dann rufe ich jetzt das zweite Thema der Aktuellen Stunde von der SPD auf

**Zukunftsthema Familie:
Eine neue Balance für Familie und
Arbeitswelt**

Das Wort hat Frau Ernst.

Britta Ernst SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Vielleicht leitet das eine Thema auch zu dem anderen über.

Berufstätigkeit und Kindererziehung sind in der Bundesrepublik immer noch schwer zu vereinbaren, und dies führt zur Benachteiligung von Familien mit Kindern. Das ist kein

Naturgesetz, sondern das Ergebnis von jahrzehntelanger verfehlter Frauen- und Familienpolitik.

C

Internationale Vergleiche belegen einen direkten Zusammenhang zwischen der Höhe der Frauenerwerbstätigkeit und der Geburtenrate. Es ist genau anders herum, als es sich konservative Familienpolitik immer vorgestellt hat. Dort, wo Frauen berufstätig sind, bekommen sie viele Kinder und die Geburtenrate steigt. Dort, wo die Frauenerwerbstätigkeit gering ist, führt dies zu sinkenden Geburtenraten. Das heißt, es ist deutlich erkennbar, daß konservative Familienpolitik, die auf diesen Zusammenhang falsch gesetzt hat, gescheitert ist.

(Beifall bei der SPD)

Ein Ländervergleich belegt diesen Zusammenhang sehr deutlich. Schauen wir uns Spanien, Italien, Österreich, Deutschland und Japan an – im übrigen haben alle diese Länder eine faschistische Vergangenheit –, so finden wir eine typische Dreieinigkeit, nämlich eine niedrige Frauenerwerbstätigkeit, eine geringe Betreuung von Kindern bei Ganztagsangeboten und eine sinkende Geburtenrate. Bei den anderen Ländern stellt sich der Zusammenhang genau anders dar.

Die Debatte über Familie, die wir in den letzten Monaten verfolgen, zeigt, daß es eine große Unzufriedenheit gibt. Menschen wollen nicht länger vor die Alternative gestellt werden: Erwerbstätigkeit oder Kindererziehung. Junge Frauen sind heute die am besten ausgebildete Generation, die wir je hatten. Diese Frauen lassen sich auch nicht durch Prämien an Haus und Herd fesseln und zum Kinderkriegen überzeugen. Im Gegenteil, sie erwarten von der Politik, daß die Rahmenbedingungen bereitgestellt werden, um Berufstätigkeit und Kindererziehung zu vereinbaren. Auch der Fachkräftemangel in diesem Land zeigt, daß wir es uns nicht leisten können, auf dieses Potential zu verzichten.

D

(Vizepräsident Berndt Röder übernimmt den Vorsitz.)

Die neue Bundesregierung hat einen neuen, familienfreundlichen Kurs eingeschlagen.

(Rolf Kruse CDU: So neu ist der auch nicht mehr!)

Das Kindergeld wurde erhöht wie noch nie. Bis jetzt sind es 50 DM pro Kind, und nach der Einigung mit den Bundesländern wird es eine weitere Erhöhung geben, wenn die neue Steuerschätzung nicht völlig katastrophal ausfällt. Das heißt, es wird für jedes Kind in dieser Republik 300 DM geben. Das ist ein großer finanzieller Kraftakt. Im übrigen ist es für Familien, die wenig Geld haben, viel Geld.

(Beifall bei der SPD)

Wir sollten auch nicht vergessen, daß die Sozialdemokraten der alten Bundesregierung die Kindergelderhöhungen im Bundesrat noch als Gegenleistung abgetrotzt haben.

Die Familienpolitik der Bundesregierung kann sich auch auf anderen Feldern sehen lassen: Steuerliche Entlastungen von Familien, Verbesserung beim BAföG, beim Wohngeld und beim Erziehungsgeld.

Aber es geht hier nicht nur ums Geld. Die für Frauenförderung zuständige Abteilungsleiterin bei VW berichtet, daß es ihr trotz professioneller Dolmetschdienste nicht gelungen sei, ihren französischen Kolleginnen das Wort „Rabenmutter“ zu übersetzen. Daß Berufstätigkeit und Mutterschaft sich nicht ausschließen, müssen in der Bundesrepublik

(Britta Ernst SPD)

A noch viele lernen; auch das ist Bestandteil moderner Familienpolitik.

Die neue Bundesregierung hat dabei geholfen, daß Eltern ihre beruflichen Interessen mit Kindererziehungen verbessern können. Mit der Regelung der Elternzeit können Eltern in den ersten drei Jahren endlich gleichzeitig ihre Arbeitszeit reduzieren. Außerdem wurde die Elternzeit viel flexibler gestaltet, was auch den Anforderungen der modernen Arbeitswelt entspricht.

Es geht noch weiter. Über die Elternzeit hinaus gibt es einen Rechtsanspruch auf Teilzeit, auch das ist ein Angebot für mehr Flexibilität von Eltern. Was jetzt noch notwendig ist, ist natürlich auch Sache der Länder, darüber werden wir heute noch diskutieren: der weitere Ausbau von Ganztagsangeboten sowie von Kindertageseinrichtungen.

Was passiert jetzt? Nicht nur, daß die CDU in ihrer sechzehnjährigen Regierungszeit vieles versäumt hat, so viel, daß das Bundesverfassungsgericht in einem Urteil nach dem anderen bescheinigt, daß ihre Familienpolitik nicht mehr verfassungsgemäß war. Die CDU ist auch in der Opposition nicht in der familienpolitischen Realität angekommen.

Der von Frau Merkel 1999 mühsam initiierte familienpolitische Kongreß ist im Spendensumpf untergegangen. Schade eigentlich, denn es war ihr Versuch, ihn einem modernen familienpolitischen Leitbild nahezubringen. Statt der Konzepte, die Frauen nicht zwischen Kind und Erwerbstätigkeit zu zerreißen, zeigt die CDU auch in der Opposition, daß sie die Wirklichkeiten des neuen Jahrtausends noch nicht erreicht haben.

B Wir konnten in den letzten Wochen beobachten, wie sich die Mitglieder der CDU mit finanziellen Forderungen getoppt haben: 1000 DM Herr Stoiber, 1200 DM Frau Merkel. Aber Menschen können unterscheiden, was Sprüche sind und was konkrete Politik ist. Sie haben in den 16 Jahren etwas versäumt,

(Glocke)

und diese hohen finanziellen Forderungen sind unglaublich. Vielleicht liegt bei der CDU mal die eine oder andere Million auf einem Konto; für den Bundeshaushalt gilt das jedoch nicht.

(Glocke)

In einem letzten Satz kann ich Ihnen sagen, daß Sie bei der Aufstellung der Kandidaten für die nächste Bürgerschaft gezeigt haben, daß sie nicht bereit sind, mehr als 20 Prozent Frauen und Müttern Platz in Ihrer Abgeordnetenschaft zu machen. Das zeigt auch, welchen Stellenwert Frauen für Sie haben. – Danke.

(Glocke)

Vizepräsident Berndt Röder: Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit ist bei weitem überschritten.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Pawlowski.

Bettina Pawlowski CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der letzte Satz war völlig überflüssig.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Aber wichtig!)

Das hatte nichts mit dem Thema zu tun. Weil Sie ja so frauenfördernd und so sehr für die Familien sind, gehe ich einmal dazu über, welche Politik Sie in Hamburg für die Frauen und Familien machen.

(Beifall bei der CDU)

Im vergangenen Jahr beschlossen Sie, 27 Millionen DM im Kita-Bereich einzusparen. Wenn wir an Frauen und Arbeit denken, sind Kitas, wie wir alle wissen, das erste wichtige Element, das wir brauchen. Darauf baut sich auf, daß die Frauen arbeiten können.

Dann kam die Kita-Card, die wir hinsichtlich der Flexibilisierung teilweise mit unterstützt und seit Jahren gefordert haben. Endlich haben Sie es auch begriffen und versuchen, es nun umzusetzen.

(Lachen bei der SPD – *Dietrich Wersich CDU:* Sehr richtig!)

Dann kam es bei der Kita-Card zur Erhöhung der Elternbeiträge. Darüber gibt es ein Gerichtsurteil, das weiß ich, aber es gibt kein anderes Bundesland, in dem die Eltern so viel Geld für die Unterbringung ihrer Kinder aufbringen müssen wie in Hamburg. Das können Sie nicht bestreiten.

(Beifall bei der CDU)

Das führte eindeutig dazu – das konnte man in der „Bild“-Zeitung verfolgen –,

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Die lügt!)

daß Eltern sich verschuldet haben – es gab ein Eltern-Telefon, bei dem Sie sich die Wahrheit in Hamburg einmal hätten anhören können –, daß die Beiträge in den Bezirken über Monate nicht errechnet wurden und manche Leute bis zu 10 000 DM nachzahlen müssen, was sie nicht aufbringen können. Das ist die Realität, meine Damen und Herren;

(Beifall bei der CDU)

setzen Sie sich damit einmal auseinander. Somit hat sich auch für uns der Senat bezüglich der Kita-Card disqualifiziert.

Ferner nannten Sie das Stichwort Kindergeld; so weit so gut. Wir fordern Familiengeld nicht erst jetzt, sondern schon seit langer Zeit.

(*Petra Brinkmann SPD:* Seit 1998; ganz schön lange!)

Wir haben auch die 600 DM Erziehungsgeld ins Leben gerufen; nur zur Erinnerung, falls Sie ein so schwaches Gedächtnis haben.

Außerdem möchte ich Ihnen noch sagen, was eine echte Mogelpackung ist: In den Familienbeiträgen, die für die Kitas errechnet werden, wird das Kindergeld mit eingerechnet. Das heißt, Sie ziehen es auf der anderen Seite wieder heraus; das ist nachweisbar. Die 30 DM zu bekommen ist gut, es ist auch Geld, aber wie Sie es sich auf der anderen Seite wiederholen, ist den Eltern schon klar; ganz zu schweigen von den Ganztagschulen, die nach den Kitas kommen – da fehlen genug – und ein nicht gewollter Ausbau des Pädagogischen Mittagstisches sind.

Ich finde es interessant, daß Sie hier eine innovative Familienpolitik verkaufen, die für mich aber genau die Politik „Frauen zurück an den Herd“ bedeutet. Dabei entsetzt es mich,

(Bettina Pawlowski CDU)

A (Lachen bei der SPD)

daß Sie dafür sorgen, daß Frauen ihre Kinder nicht mehr in die Kitas bringen oder sie abmelden, weil es für sie einfach nicht mehr lohnt, arbeiten zu gehen. Dafür kann ich Ihnen sehr viele Beispiele nennen. Wir tragen eine solche Politik „Frauen zurück an den Herd“ nicht mit. – Vielen Dank.

(Lachen bei der SPD – Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Steffen.

Sabine Steffen GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn ich mich recht erinnere, war das Thema, das wir heute hier zu dieser Zeit diskutieren, die neue Balance für Familie und Arbeitswelt und nicht die Kita-Card; das noch mal zum letzten Beitrag.

Was heißt das, neue Balance zwischen Familie und Arbeitswelt? Was wollen wir erreichen? Das ist ein umfassendes Thema; Frau Ernst hat den Aspekt schon einmal unter frauenpolitischen Gesichtspunkten beleuchtet. Das, denke ich, läßt sich aber durchaus erweitern, weil das Thema damit nicht erschöpft ist. Neue Balance bedeutet für uns Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Wahlmöglichkeiten für Elternteile inklusive – und das dann vorrangig – bestmöglicher Versorgung ihrer Kinder in der Kinderbetreuung als auch in Schulen. Dazu gehören dann natürlich auch Ganztagschulen.

Was ist notwendig? Einerseits muß man dabei bedenken, daß wir im großen und ganzen nicht mehr die klassische Familie vor uns haben. Wie wir wissen, beträgt die Scheidungsrate in unserem Land 42 Prozent; dazu muß man nicht mehr viel sagen. Wir haben es also mit einem Großteil alleinerziehender Elternteile zu tun; immer noch mehr alleinerziehende Elternteile, die in anderen Partnerschaften leben, und immer noch mehr alleinerziehende Mütter als Väter, aber auch das ist zu berücksichtigen, wenn man an die Rahmenbedingungen heran will.

B

Welches sind die Rahmenbedingungen, um die wir uns kümmern müssen? Es sind die besseren Rahmenbedingungen für Familien, um auch eine bessere Balance herzustellen. Dazu gehört schon das Kindergeld, das auf 300 DM erhöht wird, und ab dem dritten Kind dann für jedes weitere 50 DM und mehr. Die Erhöhung um diese 30 DM wird kommen. Das kostet die Stadt Hamburg dann immerhin 30 Millionen DM. Das ist kein kleiner Betrag, wie ich meine, denn wir alle wissen, wie es um den Haushalt bestellt war und ist. Insofern ist das ein kräftiger Einsatz, den die Stadt leisten wird.

Es geht aber auch um steuerliche Erleichterungen. Es wird ein Fürsorgefreibetrag von 4200 DM beschlossen, die Erhöhung des Kinderfreibetrages, und außerdem können berufstätige Eltern – in diesem Zusammenhang ist dann auch die Förderung der Kinderbetreuung für Berufstätige zu sehen – bis zu 3000 DM steuerlich absetzen, wenn sie die Kosten nachweisen. Das war einerseits. Andererseits heißt die Balance von Familie und Arbeitswelt aber auch, daß wir uns diesem Thema einmal von einer anderen Seite nähern müssen. Das heißt beispielsweise Erziehungsarbeit anzuerkennen und Erziehungsarbeit, die in Familien geleistet wird, ernst zu nehmen.

Es gilt ferner zu berücksichtigen, daß es Menschen gibt, die sich bewußt dafür entschließen, nicht zu arbeiten und Erziehungsarbeit in der Familie zu leisten. Auch dieses

muß anerkannt werden. Das ist also etwas, bei dem es noch viel zu tun gibt. C

(Norbert Hackbusch REGENBOGEN – für eine neue Linke: Verlogenes Pack! – Glocke)

Vizepräsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter Hackbusch, ich rufe Sie zur Ordnung.

(Beifall bei der Anja Hajduk GAL)

Sabine Steffen (fortfahrend): Ein weiterer Punkt ist, die Einkommensarmut von Familien mit Kindern zu verhindern. Dazu ist ein Kindergrundversicherungssystem angedacht, das von den Grünen im Bund verfolgt wird. Auch darüber gilt es sich Gedanken zu machen, denn Einkommensarmut ist eine strukturelle Größe, die eine schlechte Rahmenbedingung für Familienförderung und die Frage Balance zwischen Familie und Arbeitswelt betrifft.

Außerdem wären da noch die Angebote der Familienförderung zu verbessern. Das heißt doch, wenn ich Erziehungsarbeit ernst nehmen will, muß ich frühzeitig dafür sorgen, daß diejenigen, die erziehen wollen, auch erziehen können. Dazu wäre es vielleicht denkbar, anzuregen, auch den Begriff Erziehung in Schulfächern gezielter einzuführen. Zum Teil wird es im Unterricht bereits gemacht, aber dieses explizit auszuweiten und schon Jugendliche heranzuführen, was es heißt, Erziehungsverantwortung zu übernehmen, wenn sie später Familien gründen wollen, ist etwas, was Rahmenbedingungen für den gesellschaftlichen Wert von Familie verändern kann.

Ferner ist die Frage der Interessenlage von Familien, von Kindern und Eltern zu berücksichtigen – dazu kommen wir noch. Wie ist denn die Beteiligung bei Planungen und Entwicklungen? Dazu haben wir hier in der Bürgerschaft schon einmal eine Drucksache diskutiert. Wir haben auch festgestellt, daß der Senat schon viel, aber noch nicht überall Globalrichtlinien verabschiedet hat, die gerade die Belange von Kindern und Jugendlichen in allen Politikbereichen betreffend berücksichtigen sollen; anzudenken wäre doch aber so etwas wie eine Kinderfreundlichkeitsprüfung. Wir sollten uns diesem Thema noch einmal widmen, D

(Glocke)

um das zu vertiefen.

Ich komme zum Schluß. Wenn wir uns dem Titel der heutigen Debatte widmen, eine bessere Balance zwischen Familie und Arbeitswelt herzustellen, gehört dazu einerseits die Möglichkeit, gute Rahmenbedingungen für Berufstätige und Frauen zu schaffen.

(Glocke)

Vizepräsident Berndt Röder (unterbrechend): Frau Abgeordnete, ein so langer Schluß ist nicht zulässig. Sie sind schon eine halbe Minute über die Zeit.

Sabine Steffen (fortfahrend): Andererseits gehört dazu aber auch, daß gesellschaftliche Rahmenbedingungen ermöglicht werden, die Spaß machen, wenn man Familie hat.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Sudmann.

(Thomas Böwer SPD: Ich denke, Herr Hackbusch redet!)

A **Heike Sudmann** REGENBOGEN – für eine neue Linke: * Herr Hackbusch spricht nach mir, keine Sorge. Aber auch ich werde für die Unterhaltung sorgen.

Zunächst einmal können wir erfreulicherweise feststellen, daß es eine große Einigkeit von rechts nach links zu geben scheint, die die Vereinbarkeit von Familie und Arbeitswelt, vor allem auch die Berufstätigkeit von Frauen, fördern will.

Es scheint teilweise auch eine Einigkeit im Denken zu geben, daß wir – die Bundesregierung und die Hamburger Regierung – wesentlich mehr Geld für Kinder ausgeben sollten. Es sollte mehr Geld bei den Familien mit Kindern ankommen.

Diese Einigkeit möchte ich ein wenig in Frage stellen. Es gibt sehr viele Untersuchungen, die belegen, daß in den Beziehungen oder – ich nenne es mal – Teilfamilien, in denen mehr Geld vorhanden ist, die Zahl der Kinder rapide abnimmt. Auf einen Nenner gebracht heißt das: Je mehr Geld Paare haben, desto weniger Kinder haben sie, bis hin zu gar keinen Kindern. Das heißt also, daß man bei diesem Problem da ansetzen muß, wo Kinder – ich sage es mal in Anführungsstrichen – Schwierigkeiten für die Eltern darstellen. Das ist der Punkt, wenn Kinder nicht untergebracht werden können, wenn beispielsweise die Berufstätigkeit der Eltern daran scheitert, daß es keine Möglichkeit gibt, die Kinder angemessen zu versorgen, zu betreuen und sie auch im Sinne des KJHG angemessen zu bilden.

Deswegen finde ich es erstaunlich, wenn die SPD jetzt – immer zu Wahlkampfzeiten kommen die großen Erkenntnisse – feststellt, daß die strukturellen Angebote verbessert werden sollten. Ganztagschulen sowie das Kindertagesbetreuungsangebot sollten ausgebaut werden. Richtig, kann ich dazu nur sagen, aber warum brauchen Sie immer dreieinhalb Jahre, um so etwas zu erkennen. Warum können Sie das nicht schon am Anfang der Legislatur erkennen und auch umsetzen? Da haben Sie ein heftiges Manko.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Frau Steffen sprach eben eine Kinderfreundlichkeitsprüfung an. Ich finde, eine Kinderfreundlichkeitsprüfung sollten Sie gerade jetzt anlegen, wenn Sie im Wahlkampf – als SPD oder wahrscheinlich auch als GALier – fordern werden: Wir wollen mehr Geld in die Kindertagesbetreuung stecken, indem wir mehr Angebote für die Kinder berufstätiger Eltern zur Verfügung stellen. Das ist zwar für die betroffenen Kinder kinderfreundlich, aber es ist kinderunfreundlich für die Kinder, deren Eltern nicht berufstätig sind, die aber auch ein größeres Angebot der Kindertagesbetreuung brauchen. Deswegen kann man Ihnen als Zeugnis nur bescheinigen, daß das kinderunfreundlich ist, und mit dieser einseitigen Maßnahme fallen Sie durch.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke – Dr. Andrea Hilgers SPD: Falsch verstanden!)

Um die Berufstätigkeit der Eltern und insbesondere die der Frauen zu fördern, sind hier schon verschiedene Punkte unter dem Stichwort Gender-Mainstreaming diskutiert worden; diesen Begriff, den kaum jemand versteht und den man immer wieder erklären muß.

Wir können es auf eine kurze Formel bringen. Es geht darum, daß in den Firmen – in diesem Fall kann man in Hamburg recht gut anfangen –, in den Bereichen, in die öffentliche Gelder fließen, darauf geachtet wird, was eigentlich getan wird, damit Frauen weiter berufstätig sein können, ob die Maßnahmen, die ergriffen werden, denn auch

vorteilhaft für Frauen sind. Das wäre eine Förderpolitik, die auch dazu beitragen könnte, etwas zu tun.

Hamburg tut aber wenig, auch bei dem Punkt Kindergeld-erhöhung. Es ist schön, darüber zu reden, daß bei den Kindern mehr Geld ankommen soll, aber ich frage mich, wo der Hamburger Beitrag bleibt, daß mehr Kindergeld bei den Kindern ankommt, deren Eltern Sozialhilfe beziehen. Fast jedes fünfte Kind in Hamburg bekommt Sozialhilfe. Das Kindergeld aber wird mit Ausnahme der 30 DM der letzten Erhöhung komplett in der Sozialhilfe angerechnet. Das heißt, diese Kinder und ihre Eltern haben nicht einen Pfennig mehr in der Tasche. Wenn sie da sozialdemokratisch etwas tun wollen, heißt das, daß das Kindergeld in der Sozialhilfe endlich anrechnungsfrei wird.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Es gibt noch einen weiteren Punkt, den Herr Hackbusch gleich noch ausführen wird – wofür er den Ordnungsruf bekommen hat –, zu dem Sie sagen, daß Sie auch die Erziehungsarbeit besser berücksichtigt wissen wollen. Das ist in der derzeitigen Rentenreform, die von der SPD und den Grünen ausgeheckt wird, überhaupt nicht der Fall; es ist verlogen, wenn sie so argumentieren.

Ich möchte noch einen letzten Satz zur Kandidatinnenaufstellung sagen; dieses Mal aber nicht zur CDU, darüber brauchen wir nicht zu reden. Wenn die SPD so fortschrittlich ist – Herr Zuckerer grinst schon, weil er weiß, was kommt – und sagt: Wir finden, daß auch Frauen alle Berufe ergreifen sollen und in allen Berufen tätig sein können, dann frage ich mich, warum eigentlich die SPD seit Jahrzehnten immer wieder einen Bürgermeisterkandidaten hat; auch die SPD soll gute Frauen haben, die diese Arbeit machen können.

(Dr. Holger Christier SPD: Sechs Senatorinnen und eine Präsidentin haben wir!)

Wenn Sie aber sagen, wir haben einen guten Bürgermeister, der das Amt weitermachen soll, werden Sie immer weiter einen Bürgermeister haben. Liebe SPD, bevor ihr auf die schlechte Wahl der CDU schimpft, wäre es doch ein genialer Schritt gewesen, mal eine Bürgermeisterin-Kandidatin zu haben. Daran können Sie arbeiten. – Vielen Dank.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt Senatorin Pape.

Senatorin Ute Pape: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Erhöhung des Kindergeldes von 200 DM auf bald 300 DM, die Senkung des Einkommensteuersatzes und die Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums sind finanzpolitische Kraftakte historischen Ausmaßes. Die Verdoppelungen, Frau Sudmann, der Ausgaben für Kindertagesbetreuung in den letzten zehn Jahren in Hamburg sind Markenzeichen rotgrüner Regierungen für Familienpolitik in Berlin und Hamburg.

(Beifall bei der SPD)

Während das Bundesverfassungsgericht der vorherigen Regierung unter christdemokratischer Regentschaft gravierendste Mängel bei der Familienfinanzierung bescheinigt hat, sind seit dem Regierungswechsel in Berlin insgesamt 36 Milliarden DM zugunsten von Familien umverteilt worden. Deshalb sind viele Menschen nun froh, daß in Berlin und Hamburg Rotgrün regiert und auch weiter re-

C

D

(Senatorin Ute Pape)

A gieren wird. Denn diese Regierung steht für eine moderne zukunftsweisende Politik für die Familien und für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und für Frauen und Männer.

Fakt ist, so die jüngste statistische Erhebung des Statistischen Landesamtes, daß heute jedes vierte der insgesamt 273 000 minderjährigen Kinder in der Hansestadt in einer Ein-Eltern-Familie aufwächst. Bei 51 Prozent der Ehepaare mit Kindern sind beide Partner berufstätig.

In den vergangenen zehn Jahren hat sich die Erwerbstätigkeit von Frauen nur unwesentlich erhöht. Eines aber hat sich gravierend verändert, nämlich die Erwerbstätigkeit von Müttern von schulpflichtigen Kindern; die hat deutlich zugenommen. Bei schulpflichtigen Kindern sind 59 Prozent der Mütter berufstätig, bei Kindern unter sechs Jahren sind es 47 Prozent der Mütter; das waren 1990 erst 39 Prozent.

Diesen veränderten Rahmenbedingungen von Familien hat Politik Rechnung zu tragen. Das tun wir hier in Hamburg in beispielgebender Weise. Erstens haben wir zunächst gegen den Widerstand der CDU die Verlässliche Halbtagsgrundschule eingeführt. Sie ist eine große frauen- und familienförderliche Maßnahme, die sich einer sehr hohen Akzeptanz der Eltern, die dieses in allen Befragungen bestätigt haben, erfreut.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens haben wir in Hamburg zum Wohle der Kinder, aber auch zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, zur Verbesserung der Bildungs- und Betreuungsangebote der Kinder ein vergleichbar hohes Angebot an Ganztagschulen, und wir werden uns auch in Zukunft von niemandem etwas vormachen lassen, sondern mittelfristig für alle Familien, die das brauchen oder möchten, in Hamburg eine Ganztagschule, eine warme Mittagsmahlzeit und ein nachmittägliches Betreuungsangebot in zumutbarer Entfernung anbieten.

(Beifall bei der SPD)

Drittens: Die Kindertagesbetreuung in Hamburg wurde im vergangenen Jahr in beispielloser Weise ausgebaut, nämlich durch Verdoppelung der Mittel, die wir einsetzen, und 20 000 Plätze zusätzlich. Damit haben wir Versorgungsgrade – Frau Pawlowski, das haben Sie offensichtlich in Ihrer Rede übersehen –, die so hoch sind, daß die Bundesfamilienministerin kaum wagt, es für andere als Richtgröße zu empfehlen. Das ist ein Angebot, das quantitativ und qualitativ besser ist als das jeder anderen westdeutschen Großstadt. Nur Berlin hat aus historischen Gründen ein höheres Angebot.

Das kostet allerdings auch etwas. Ich habe hier bereits vor vierzehn Tagen gesagt, daß bei uns das Prinzip gilt: starke Schultern werden stärker belastet als schwache.

Unser Leistungsangebot ist gut, aber wir wollen hier in Zukunft auch noch besser werden. Ein kinder- und familienfreundliches Hamburg hat viele Gesichter. Kinderfreundliches Hamburg heißt auch, daß man Tempo-30-Zonen dort einrichtet, wo Kinder gegen eine Autofahrerlobby zu schützen sind.

(Beifall bei der SPD)

Kinderfreundliches Hamburg heißt ebenfalls, daß wir Wohnraum für Familien schaffen wollen. Kinderfreundliches Hamburg heißt beispielsweise, Kinder bei der Gestaltung von Spielplätzen, Jugendclubs und Skaterbahnen

oder Jugendliche im Bereich von Jugendparlamenten als C
Anwälte in eigener Sache einzubeziehen.

Wie kinderfreundlich eine Stadt, eine Gesellschaft ist, zeigt sich an der Wertschätzung den Kindern gegenüber. Kinder sind zuerst eine menschliche Bereicherung. Hierfür entscheiden sich Menschen, die Mütter und Väter werden. Das kann aber nicht heißen, daß der Staat deswegen alle finanziellen, erzieherischen und sozialen Aufgaben für die Kinder wahrnimmt. Keine Ganztagsbetreuung und Ganztagschule kann das Elternhaus ersetzen. Wir werden aber im Rahmen des Möglichen alles dafür leisten, daß Kinder zu keinem Armutrisiko werden und daß die Familien in Hamburg Zukunft und Perspektive haben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Es gibt eine weitere Wortmeldung von dem Abgeordneten Hackbusch.

Norbert Hackbusch REGENBOGEN – für eine neue Linke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich finde, so einfach darf man der SPD das Wahlkampftema nicht durchgehen lassen.

(*Erhard Pumm SPD:* Dafür haben Sie eine gelbe Karte bekommen!)

Herr Pumm, auch Sie müßten es doch in gewisser Weise genau wissen. Die Sozialdemokratie steht auf und sagt, sie sei die kinderfreundlichste Kraft überhaupt in dieser Stadt. Sie habe sich um nichts anderes gekümmert, und die Beschlüsse auf Bundesebene würden genau das unterstreichen. Wie sind denn die Beschlüsse mit den 30 DM, wenn die D
Steuerschätzung im Mai nichts anderes ergibt. Was ist mit den Beschlüssen, die vorher gefällt worden sind? Da gibt es die Beschlüsse im Zusammenhang mit der Unternehmenssteuerreform; Frau Nümann-Seidewinkel wird jetzt schon graue Haare wegen der Auswirkungen haben. Keiner kennt die Auswirkungen. Die Auswirkungen werden für die Stadt viel höher sein, und das wird einfach so entschieden. Beim Kindergeld ist es noch völlig unklar, was dabei herauskommt und ob man das bezahlen kann. Sie versprechen, nehmen großartige Worte in den Mund, aber das Geld dafür haben Sie gar nicht zur Verfügung, sondern Sie erzählen nur davon.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Das gleiche gilt doch im Zusammenhang mit den Kindertagesstätten. Wie ist denn die Politik in Hamburg in der letzten Zeit im Zusammenhang mit den vorhandenen Geldern gewesen? Sind die für die Kinder ausgegeben worden? Sind sie für die Kindertagesstätten oder für die Schulen ausgegeben worden? Sind sie für die Alleinerziehenden und da gerade für die Sozialhilfeempfänger mit Kindern ausgegeben worden? Das sind sie nicht. Die Gelder wurden zusammengesammelt, um das EADS-Loch zu füllen. Dort haben Sie das Geld hingepackt. Da haben Sie alle Reste, die im letzten Haushalt vorhanden waren – und wie wir vorgestern erfahren haben – auch noch die Reste aus diesem Haushalt hineingepackt. Hier großartig von Kinderfreundlichkeit zu reden und dort im Zusammenhang mit dem Hafen und der EADS alles hineinzuschieben, halte ich für falsch, für nicht richtig; das andere Wort darf ich nicht benutzen.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

A **Vizepräsident Berndt Röder:** Das Wort bekommt der Abgeordnete Böwer.

Thomas Böwer SPD:* Das reicht aus, Herr Hackbusch.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Präsident! Herr Hackbusch, Sie sollten aufpassen und rechnen können.

Erstens: Hamburg gibt für den Kindertagesstättenbereich jährlich 584 Millionen DM aus. Wenn Sie Ihren Lockvergleich anbringen, so haben wir in dem Zusammenhang auch das in drei Jahren erledigt.

(*Dr. Hans-Peter de Lorent GAL:* Das ist ein bißchen viel!)

Zweitens: Wenn Sie meinen, wir würden in der Frage der Familienpolitik hier eine Wahlkampfnummer ablaufen lassen, dann ignorieren Sie in der Tat die Aufräumarbeiten, die die rotgrüne Bundesregierung aufgrund des Verfassungsurteils von 1998 überhaupt leisten mußte.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Es ist nämlich an dieser Stelle eine Aufräumarbeit notwendig gewesen, weil die Familienpolitik der CDU nicht nur schlecht war, sondern sie war schlichtweg verfassungswidrig. Es ist doch ein Punkt, wenn eine christlich-demokratische Fraktion auftritt und sagt, Familienpolitik ist für uns ein zentrales Thema. Wo ist denn Ole? Wo ist der Fraktionsvorsitzende der CDU, der regelmäßig bei den familienpolitischen Themen in diesem Parlament schwänzt und nicht dabei ist?

(Beifall bei der SPD)

B Wenn wir aus dem Hamburger Haushalt zusätzlich 30 Millionen DM mobilisieren, um das Kindergeld mitzufinanzieren, und sagen, ab dem Jahre 2002 werden wir im Zusammenhang mit der Berufstätigkeit und der Kindertagesbetreuung eine Hamburger Garantie abgeben, dann ist das kein Wahlkampfschlager, sondern ein ernstes Versprechen an die Hamburgerinnen und Hamburger. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Kruse für maximal zweieinhalb Minuten.

Rolf Kruse CDU:* Herr Präsident! Es könnte sein, daß die Regelung eintritt, nach dem Senat haben alle noch fünf Minuten Redezeit. Aber sei's drum.

Herr Bürgermeister! So schön war es mit den 30 DM auch nicht. Erst einmal haben Sie mit dem Bund verhandelt, wieviel Hamburg bezahlen will oder nicht. Richtig ist – und da muß man als CDU ganz klar sagen –,

(*Erster Bürgermeister Ortwin Runde:* Gut waren wir!)

daß die Familien in den letzten 30 Jahren in Deutschland nicht gut behandelt worden sind. Dies zeigen die Urteile des Verfassungsgerichts. Das bedeutet aber nicht, daß man jetzt eine gescheite Politik macht. Es ist klar, daß das typische Kommunalpolitik ist, wenn wir über Kindertagesheime reden. Jede kleine deutsche Stadt – schauen Sie nach Baden-Württemberg – hat selbstverständlich ihre Kindertagesheime, ihre Kinderhorte und was dazu gehört.

(*Dr. Andrea Hilgers SPD:* Na, na! – *Ingrid Cords SPD:* In Baden-Württemberg! – *Thomas Böwer SPD:* 2 Prozent!)

– Nein, Herr Böwer, 3 Prozent staatliche und 90 Prozent kirchliche. Das ist die Wahrheit. C

Es bleibt die Frage, wie ich diejenigen Frauen oder Männer behandle, die die Erziehung für ein, zwei oder vielleicht sogar drei Kinder zu Hause leisten wollen, und wie behandle ich sie im Arbeitsverhältnis. Ich finde, Familien müssen das Recht haben, sich ohne materielle Einbußen durch Arbeitsleben oder Erziehungsleistungen frei zu entscheiden. Ich glaube, daß wir in der Rentendebatte gemeinsam noch viel zu tun haben, um hier – egal, wer die Erziehungsarbeit übernimmt – für den Alterslohn, nämlich die Rente, ein gerechtes System zu haben, das nicht denjenigen oder diejenige bevorzugt, die sich für Berufsarbeit entscheidet. Das wird nach meiner festen Überzeugung eine gemeinsame, wichtige Aufgabe der nächsten Jahre sein, wenn Rente als Generationsvertrag überhaupt noch tragen soll. Dagegen sind 30 DM, die gut sind, eher die berühmten Kopperschen Peanuts.

(*Heide Simon GAL:* Wie wollen Sie das finanzieren?)

– Das würde ich Ihnen gern erklären, wenn ich mehr als zwei Minuten Zeit hätte.

Wir brauchen insgesamt ein tragfähiges, frei entscheidendes Konzept, das Familien Chancen eröffnet. Bei dem neuen Modell, das Herr Riester jetzt mit Entnahme aus der zweiten Rente vorsieht, möchte ich die Leute mit Kindern sehen, wo einer erzieht, der noch für Wohnungsbau arbeiten muß. Dies ist auch wieder Berufsarbeit gegen Familienarbeit.

(*Dr. Holger Christier SPD:* Das ist doch eure Forderung!)

Wir müssen überall aufpassen. Darum möchte ich Sie bitten. D

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Damit sind wir am Ende der Aktuellen Stunde.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 3 auf: Drucksache 16/5932: Wahl eines stellvertretenden Mitglieds der Kreditkommission.

**[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:
Wahl eines stellvertretenden Mitglieds der
Kreditkommission – Drucksache 16/5932 –]**

Der Stimmzettel mit dem Wahlvorschlag liegt Ihnen vor. Er enthält Felder für Zustimmung, Ablehnung und Stimmenthaltung. Kreuzen Sie aber bitte nur ein Kästchen an. Mehrere Kreuze beziehungsweise weitere Eintragungen führen zur Ungültigkeit. Ich bitte Sie, jetzt Ihre Wahlentscheidung vorzunehmen.

(Die Wahlhandlung wird vorgenommen.)

Meine Damen und Herren! Sind alle Stimmzettel abgegeben und eingesammelt? – Das ist erkennbar der Fall. Dann schließe ich die Wahlhandlung.

Die Wahlergebnisse werden ermittelt und im weiteren Verlauf der Sitzung bekanntgegeben.*

* Ergebnis siehe Seite 4932 D.

(Vizepräsident Berndt Röder)

- A Ich rufe nunmehr den Tagesordnungspunkt 27 auf: Drucksache 16/5716: Bericht des Verfassungsausschusses über die Drucksache 16/2966: Gesetz zur Änderung der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg mit 16/2967: Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Gesetzes über Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid und 16/2968: Änderung der Verordnung zur Durchführung des Hamburgischen Gesetzes über Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid.

[Bericht des Verfassungsausschusses über die Drucksachen

16/2966: Gesetz zur Änderung der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg (Interfraktioneller Antrag)

16/2967: Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Gesetzes über Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid (Interfraktioneller Antrag)

16/2968: Änderung der Verordnung zur Durchführung des Hamburgischen Gesetzes über Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid (Interfraktioneller Antrag)

– Drucksache 16/5716 –]

Meine Damen und Herren! Ich darf zunächst einmal um etwas mehr Ruhe bitten. Ich weise darauf hin, daß heute in zweiter Lesung lediglich über das die Verfassung ändernde Gesetz abgestimmt werden soll. Die Abstimmungen über das Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Gesetzes über Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid und die Änderung der Volksabstimmungsverordnung sollen in der Sitzung am 30. Mai erfolgen.

Ich komme sodann zu Ziffer 6.1 der Drucksache 16/5716. Es handelt sich um das Achte Gesetz zur Änderung der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg. Dieses Gesetz hat die Bürgerschaft in ihrer Sitzung am 25. April 2001 in erster Lesung beschlossen.

B

Nach Artikel 51 unserer Verfassung sind zu einem die Verfassung ändernden Gesetz zwei übereinstimmende Beschlüsse der Bürgerschaft erforderlich, zwischen denen ein Zeitraum von mindestens 13 Tagen liegen muß. Ich stelle fest, daß zwischen dem 25. April und heute mehr als 13 Tage liegen. Außerdem müssen beide Beschlüsse bei Anwesenheit von drei Vierteln der gesetzlichen Mitgliederzahl und mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Abgeordneten gefaßt werden.

Das Sitzungspräsidium hat sich davon überzeugt, daß mindestens 91 Mitglieder der Bürgerschaft anwesend sind.

Wer nun das Achte Gesetz zur Änderung der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg in der am 25. April 2001 beschlossenen Fassung in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Für das Gesetz haben mehr als zwei Drittel der anwesenden Mitglieder gestimmt. Damit ist es auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Ich rufe sodann den Tagesordnungspunkt 28 auf: Drucksache 16/5717: Bericht des Verfassungsausschusses über die Drucksache 16/2980: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg und anderer Gesetze.

[Bericht des Verfassungsausschusses über die Drucksache 16/2980:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg – Drucksache 16/5717 –]

C

Ich mache darauf aufmerksam, daß heute in zweiter Lesung lediglich über das die Verfassung ändernde Gesetz abgestimmt werden soll. Es handelt sich um Artikel 1 des Gesetzes zur Änderung der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg und anderer Gesetze, das nunmehr Neunte Gesetz zur Änderung der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg.

Die Abstimmung über die weiteren Gesetze ist für die Sitzung am 30. Mai vorgesehen. Wir kommen zur Abstimmung des Neunten Gesetzes zur Änderung der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg. Dieses Gesetz hat die Bürgerschaft in ihrer Sitzung am 25. April 2001 mit den vom Verfassungsausschuß vorgeschlagenen Änderungen in erster Lesung beschlossen.

Nach Artikel 51 unserer Verfassung sind zu einem die Verfassung ändernden Gesetz zwei übereinstimmende Beschlüsse der Bürgerschaft erforderlich, zwischen denen ein Zeitraum von mindestens 13 Tagen liegen muß. Ich stelle fest, daß zwischen dem 25. April und heute mehr als 13 Tage liegen. Außerdem müssen die beiden Beschlüsse bei Anwesenheit von drei Vierteln der gesetzlichen Mitgliederzahl mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Abgeordneten gefaßt werden. Das Sitzungspräsidium hatte sich bereits eben überzeugt, daß mindestens 91 Mitglieder der Bürgerschaft anwesend sind.

Wer jetzt das Neunte Gesetz zur Änderung der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg in der am 25. April 2001 beschlossenen Fassung in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Für das Gesetz haben mehr als zwei Drittel der anwesenden Mitglieder gestimmt. Es ist damit auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

D

Ich rufe sodann den Tagesordnungspunkt 56 auf: Drucksache 16/5944: Antrag der SPD-Fraktion und der GAL-Fraktion zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der offenen Kinder- und Jugendarbeit.

[Antrag der Fraktionen der SPD und der GAL: Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der offenen Kinder- und Jugendarbeit – Drucksache 16/5944 –]

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 16/6002 ein Antrag der Gruppe REGENBOGEN – für eine neue Linke vor.

[Antrag der Gruppe REGENBOGEN – für eine neue Linke: Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der offenen Kinder- und Jugendarbeit – Drucksache 16/6002 –]

Die SPD-Fraktion beantragt, diesen an den Jugend- und Sportausschuß zu überweisen. Die Drucksache 16/5944 möchte die SPD-Fraktion nachträglich an den Jugend- und Sportausschuß überweisen.

Wird das Wort gewünscht? – Der Abgeordnete Kahlbohm wünscht es und hat es.

Holger Kahlbohm SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Hamburger Jugendpolitik ist wegweisend und nimmt unter den Bundesländern eine Spitzenstellung ein. Vor vierzehn Tagen konnte das mein Fraktionskollege Tho-

(Holger Kahlbohm SPD)

- A mas Böwer bereits zur Kindertagesbetreuung darlegen und eben gerade Frau Ernst zum Zukunftsthema Familie.

Heute steht das Thema Beteiligung von Kindern und Jugendlichen zur Diskussion. Von vielen noch gar nicht richtig wahrgenommen, hat Hamburg auch auf diesem Gebiet bereits Erhebliches geleistet und zahlreiche Projekte durchgeführt.

Was in Hamburg in diesem Bereich läuft, Herr Harlinghausen, wirbelt zwar nicht soviel Wind auf wie andernorts vielleicht die Einsetzung von Kinderbeauftragten oder die feierliche Verabschiedung von Erklärungen. Dafür ist das, was konkret in Projekten passiert, vorbildlich und kann sich wirklich sehen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Aus den Aktivitäten, die mit Unterstützung der behördenübergreifenden Arbeitsgruppe „Kinder-Leben in Hamburg“ realisiert wurden, will ich drei Projekte herausgreifen.

Erstens: Die Umgestaltung von Schulhöfen. Mit Unterstützung des Hamburger Forums „Spielräume“ wurden entsprechend den Nutzungswünschen der Schüler die Schulhöfe so umgestaltet, daß Kinder und Jugendliche mehr mit ihnen anfangen können, als nur in Pausen langweilig darauf herumzustehen und gelangweilt in die Luft zu gucken. Zugleich gewinnen diese Flächen an Attraktivität für den ganzen Stadtteil.

Zweitens: Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei der Standortwahl für einen Jugendclub in Bahrenfeld. Hier wurden Jugendliche in die Jugendhilfeplanung und die Entscheidung des Jugendhilfeausschusses aktiv einbezogen.

- B Dritzens: Ein Projekt aus dem Bereich Verkehr, das in Barmbek-Nord durchgeführt wurde. Hier haben Kinder die Verkehrssituation aus ihrer Sicht dargestellt und Gefahrenpunkte benannt. Wir alle wissen, daß vor allem Kinder dabei eine ganz eigene Wahrnehmung haben. Ich würde mir allerdings wünschen, daß ihre Sichtweise in der Verkehrsplanung auch stärker berücksichtigt wird. Jedenfalls hat sich gezeigt, daß in diesem Bereich Lernprozesse bei allen Beteiligten angeschoben wurden.

Ich habe diese drei Beispiele herausgegriffen, weil sie richtungweisend sind. Zunächst erfüllen sie wichtige Voraussetzungen dafür, daß Kinder und Jugendliche erfahren, daß ihre Meinung gefragt ist und daß sie gemeinsam etwas bewirken können. Die Projekte sind konkret, zeitlich überschaubar und ergebnisorientiert. Drei Hauptziele der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen können so verwirklicht werden.

Erstens: Kinder und Jugendliche sollen erleben, daß sie ein wichtiger Teil der Gesellschaft sind und ihre Meinung in Entscheidungen berücksichtigt werden.

Zweitens: Sie sollen den selbstbewußten Umgang mit Erwachsenen und Behörden lernen und im Miteinander mit anderen Kindern und Jugendlichen demokratische Praxiserfahrung sammeln.

Drittens: Die Vermeidung von Fehlplanungen und unnötigen Kosten durch die frühzeitige Einbeziehung der Sichtweise von Kindern und Jugendlichen.

Die Projekte zeigen einen Ausschnitt aus der ganzen Bandbreite der möglichen Bereiche, in denen Beteiligung sinnvoll und erforderlich ist und in welchen Formen sie umgesetzt wird.

Forderungen, die im Antrag der CDU – ich erinnere an die Drucksache 16/5854 – erhoben werden, sind schon umgesetzt und praxiserprobt, so die aktive Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen in den Prozeß der Jugendhilfeplanung oder die Darlegung von Strategien zur Beteiligung junger Menschen durch die Einrichtungen oder Qualifizierung der Beteiligungsstrukturen innerhalb der Kinder- und Jugendarbeit.

Die CDU hat ihren Antrag auch gar nicht erst zur Debatte angemeldet. Ich meine, aus gutem Grund, denn, lieber Herr Harlinghausen, wir sind schon lange da. Sie kommen mal wieder zu spät. Herr Harlinghausen, es gibt hier eine Broschüre „Kinder-Leben in Hamburg“. Mit ihr können Sie sich darüber informieren, was bereits alles läuft. Ich würde sie Ihnen gerne überreichen, falls Sie sie noch nicht haben. Dann würden Sie auch sehen, daß es bei der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen nicht nur um die Angebote der Einrichtungen der Jugendarbeit selbst geht, sondern um die Beteiligung in allen für sie wichtigen Entscheidungen und Bereichen, sei es im Schulbereich, in der Grün- und Bauplanung oder im Verkehrsbereich. Gott sei Dank sind die Mitarbeiterinnen der Jugendhilfeeinrichtungen da schon weiter als Sie, denn die machen solche Projekte mit den Jugendlichen.

Nun zu unserem Antrag. Es geht darum, das Begonnene auf breiter Basis fortzuführen, Erfahrungen weiterzugeben und zu weiteren Projekten zu ermutigen. Dabei wollen wir, daß die Ansätze, die im Rahmen von „Kinder-Leben in Hamburg“ erfolgreich entwickelt werden, insbesondere in Gebieten der sozialen Stadtteilentwicklung und in Neubaugebieten weiter vorangetrieben werden und die regelmäßige Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in den Einrichtungen, zum Beispiel durch Beiräte, verstärkt wird. Es ist die besondere Aufgabe der Bürgerschaft, das Thema Beteiligung von Kindern und Jugendlichen aufmerksam zu begleiten und darauf zu achten, daß die beteiligten Behörden in ihren Anstrengungen nicht nachlassen. Wir haben dies schon in der Vergangenheit immer wieder getan und setzen diese gute Tradition mit unserem Antrag fort.

Jugend- und Familienpolitik erschöpft sich nicht in der Verteilung finanzieller Zuwendungen. Sie hat viele andere wichtige Aufgaben. Eine davon ist, daß Kinder und Jugendliche partnerschaftlich und weitgehend gleichberechtigt behandelt und beteiligt werden. Das Hineinwachsen in die Gesellschaft, Bildung, Ausbildung, das tägliche Leben junger Menschen, alles das darf nicht allein von uns Erwachsenen bestimmt werden. Die Sicht- und Denkweise aller, auch die der Kinder und Jugendlichen, ist erforderlich. Wir brauchen selbstbewußte, gut ausgebildete junge Menschen, die sich in einer demokratischen Gesellschaft zurechtfinden und behaupten können. In diesem Sinne bitte ich um Annahme und nachträgliche Überweisung unserer Drucksache, ebenso auch um Überweisung des Zusatzantrages von REGENBOGEN. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Harlinghausen.

Rolf Harlinghausen CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Herr Kahlbohm, Sie haben allerdings in den letzten Jahren sehr viel Papier produziert.

Seit 1992 ist die innerbehördliche Arbeits- und Lenkungsgruppe „Kinder-Leben in Hamburg“ darum bemüht, die

C

D

(Rolf Harlinghausen CDU)

- A Belange von Kindern und Jugendlichen in der Stadtentwicklung zu berücksichtigen. Es gibt seit 1993 das Konzept „Spielraum Stadt“, seit 1994 den Arbeitskreis zur Förderung der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen, seit 1995 Hamburgs Forum „Spielräume“, seit 1996 die Aktion „Körbe für Kids“, die Steuerungsgruppe „Große Bauvorhaben“ und noch viele andere Gruppierungen, die sich formal mit den Wünschen und Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen in dieser Stadt beschäftigen. Arbeitskreise und Runde Tische soweit das Auge reicht. Und immer wieder konstituieren sich neue Diskussionsplattformen, auf denen so lange geredet wird, bis auch das letzte Kind, das von etwaigen Maßnahmen profitieren könnte, längst erwachsen ist, denn der vorliegende Antrag signalisiert nur wieder, was wir schon längst alle wissen. Passiert ist im vergangenen Jahrzehnt seit Beginn der Konstituierungswelle von behördenübergreifenden Arbeitsgruppen so gut wie gar nichts. Trotz all der Mühen, zahlreicher Studien und Untersuchungen sind es bis jetzt eben nur formale Bemühungen gewesen. Der Senat mußte eingestehen, daß noch immer nicht alle Stadtteile mit ausreichend Spiel- und Freizeitflächen versorgt sind. Drei Jahre nach Konstituierung der innerbehördlichen Arbeitsgruppe lag das Verhältnis zwischen Einwohnern und Spielplatzhaus sowie Jugendclub noch immer bei 15 000 zu 1. In Neubaugebieten, wie beispielsweise Neu Allermöhe-West, ergab sich bereits in der Planungsphase, daß Kinder- und Jugendeinrichtungen mit erheblicher Verzögerung fertiggestellt werden würden, nämlich erst nach Schaffung von Wohnraum und Gewerbeflächen, also wieder einmal als letztes. Interessenvertretungen für Kinder finden nur unzureichend statt. Die Vorgaben im öffentlich geförderten Wohnungsbau sehen für Kinder gerade einmal acht Quadratmeter Wohnfläche vor, weniger als einem Auto zugestanden wird.
- B Die CDU weist schon lange auf diese konzeptionelle und miserable Prioritätenverlagerung des Senats hin. Noch immer liegt kein normiertes Verfahren für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, zum Beispiel in städtebaulichen Entscheidungsprozessen, vor und ist – so liest man immer wieder in den Antworten des Senats – auch gar nicht vorgesehen.

Die CDU weist schon lange auf diese konzeptionelle und miserable Prioritätenverlagerung des Senats hin. Noch immer liegt kein normiertes Verfahren für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, zum Beispiel in städtebaulichen Entscheidungsprozessen, vor und ist – so liest man immer wieder in den Antworten des Senats – auch gar nicht vorgesehen.

Die Fachbehörden arbeiten nicht mit dem Nachwuchs zusammen – siehe Drucksache 16/863. Auf bezirklicher Ebene sind Kooperationen zwar erwünscht, werden aber nicht umgesetzt. Gerade in den Bereichen Verkehrs- und Stadtplanung fehlen geregelte Verfahren, wie sich die Betonherren in dieser Stadt mit den Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen auseinanderzusetzen haben und wie sie sie darüber hinaus möglicherweise auch noch beteiligen.

Die CDU forderte eine Effizienzsteigerung der Jugendarbeit – siehe Drucksache 15/1793 – durch selbständige Verwaltung in Teilbereichen durch Jugendliche selbst, sprach sich für die Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen in der Bedarfsplanung von Häusern für Jugendliche aus – siehe Drucksache 16/1221 – und sah auch das eigenverantwortliche Arbeiten der Jugendlichen selbst vor. Die Anträge wurden allesamt abgelehnt, bis auf einen, und der läßt seit über zwei Jahren auf seine Beantwortung warten, nämlich die Drucksache 16/2058.

Schon lange forderte die CDU die generelle Miteinbeziehung von Kinderbelangen in die Planung unter Einbindung eines sogenannten Jugendvorstandes, und zwar nicht nur bei der Entwicklung neuer Stadtviertel an sozialen Brenn-

punkten, sondern in einem engmaschigen Raster für den gesamten Großraum Hamburg. Eine der Forderungen der CDU zielte auf die Einrichtung von Jugendräumen im Leerbestand von Wohnungsbaugesellschaften. Dieser Antrag wurde ebenfalls abgelehnt.

Heute findet sich eine Vielzahl der von der CDU formulierten Forderungen fein aufgelistet in dem vorliegenden Antrag wieder. Diese Fleißarbeit, Herr Kahlbohm, muß belohnt werden. Inhaltlich treten SPD und GAL mit diesem Antrag dem Senat auf die Füße. Auch die Koalitionsfraktionen halten die Darstellungen in der Senatsmitteilung über die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen für so schlecht, daß sie den Senat mit einem Antrag politisch in die Pflicht nehmen wollen. Wir unterstützen das Bemühen von SPD und GAL, ihrem Senat eine politische Vorgabe zu machen, auch wenn zu den einzelnen Antragspunkten noch so manches zu sagen wäre. Den Zusatzantrag vom REGENBOGEN unterstützen wir ohne Einschränkung. Er greift das auf, was damals bei der AG KJHG schon sehr bemängelt wurde und sich nun als dringender Handlungsbedarf erwiesen hat. Zu hoffen ist, daß auch die Regierungsfaktionen diese Einsicht und den Mut zeigen, gleich und ohne Verzögerung zuzustimmen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Berndt Röder: Frau Abgeordnete Steffen, wenn ich das Herannahen als Wortmeldung interpretieren darf, dann bekommen Sie das Wort.

Sabine Steffen GAL:* Danke schön. Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Harlinghausen, das alleinige Antragstellen in bezug darauf, Räume zu schaffen, heißt natürlich noch nicht, daß Kinder und Jugendliche in angemessener Weise beteiligt werden.

(Beifall bei Karin Rogalski-Beeck SPD)

Auch wenn Sie jetzt eine Reihe Ihrer abgelehnten Drucksachen aufgezählt haben, geht das natürlich am eigentlichen Thema vorbei, weil die Zurverfügungstellung von Räumen zwar gut gedacht sein mag, aber nicht heißt, daß es dann auch wirklich das ist, was Kinder und Jugendliche wollen.

(Rolf Harlinghausen CDU: Einem davon haben Sie als GAL zugestimmt!)

– Das heißt ja auch nicht, daß alle Anträge, die Sie stellen, schlecht sind.

Warum ist uns die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Bedeutung so wichtig? Deshalb – und das ist heute schon am Anfang zu dem Thema Wilhelmsburg von dem Abgeordneten Schmidt gesagt worden –, weil Beteiligung ermöglicht, daß man eine Perspektive sieht, und weil man merkt, daß es etwas bringt, wenn man sich einmisch. Das ist bei Kindern und Jugendlichen, die die Bürgerinnen und Bürger der Zukunft in diesem Land sind und die dieses Land mitgestalten sollen, besonders wichtig, weil man nämlich lernen muß, wie man gestaltet. Man kann nur lernen, wie man gestaltet und daß es sich lohnt, daß man sich einmisch, wenn man die Beteiligungsmöglichkeiten von Anfang an wahrnimmt und ergreift. Wer sich beteiligen kann, der fühlt sich ernstgenommen, wer sich beteiligen kann, der lernt Verantwortung zu übernehmen, und wer sich beteiligen kann, der lernt auch, Gestaltungsspielräume zu nutzen und sich mit seinem Umfeld und den Dingen und dem, was es zu tun und zu entscheiden gibt, zu identifizieren und das Bestmögliche zu versuchen. So ist

(Sabine Steffen GAL)

- A auch der Antrag, den Herr Kahlbohm schon im einzelnen vorgestellt hat – deshalb will ich das nicht wiederholen –, zu verstehen. Jugendliche sind konkret zu beteiligen. Das, was der REGENBOGEN-Antrag ausdrückt, ist inhaltlich überhaupt nicht falsch – das würde ich auch so sehen –, ist aber genau das, Herr Harlinghausen, was Sie versucht haben, in Ihrer Rede zu kritisieren, nämlich nur ein weiteres formales Merkmal, die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen abzusichern. Das schadet nicht, aber es nützt auch nichts, wenn man nicht vor Ort, und zwar konkret in den Einrichtungen, in den Bezirken, in den Stadtteilen, den Jugendlichen die Möglichkeit gibt, auch mitzuwirken. Das soll dieser Antrag bewirken, und das ist wichtig.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD – Rolf Harlinghausen CDU: Und wer muß die Rahmenbedingungen dafür schaffen?)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Jobs.

Lutz Jobs REGENBOGEN – für eine neue Linke.* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist wichtig. Das finden alle gut. Dementsprechend gibt es hier auch wenig Kontroverse in der Debatte, obwohl das Wie natürlich Anlaß für eine Kontroverse sein muß, denn das Motto des Senates bei diesem von allen so wichtig erachteten Thema kann dann nur heißen: Puzzle statt Plan. Es ist nichts gegen Puzzle-Spiele zu sagen, nur sind diese ausgesprochen frustrierend, wenn beim Puzzle Teile fehlen oder niemand weiß, wo einige Teile liegen. Genauso sieht es auch mit der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Stadt aus, denn wenn Kinder und Jugendliche in dieser Stadt mitgestalten wollen, dann müssen sie – und nicht nur sie – ganz viele Hürden nehmen, bevor das klappt.

Zur Erläuterung. Erstens müssen Kinder und Jugendliche erst einmal Erwachsene davon überzeugen, daß es gut und richtig wäre, auch die Meinung von Kids anzuhören. Dann müßten im zweiten Schritt diese Erwachsenen loslaufen und einen Entscheidungsträger, zum Beispiel für den Bau einer Straße oder eines Spielplatzes, davon überzeugen, daß sie die Vorstellungen von Kindern anhören und berücksichtigen sollen. Damit dann nicht genug. Die Erwachsenen müssen auch noch in dem Wust von unterschiedlichen Programmen verschiedener Behörden herausfinden, wer nach welchen Spielregeln Geld für ein mögliches Beteiligungsprojekt vergeben könnte, dann wieder die Überzeugungsarbeit leisten und dann wieder den ganzen Weg laufen. Daß bei diesem „Spiel“ manches Kind und auch mancher Erwachsene nicht zum Ziel kommen, ist genauso leicht vorstellbar, wie es natürlich auch völlig falsch ist, so vorzugehen. Aber vielleicht ist das auch ein bißchen im Sinne der Verantwortlichen, denn der rotgrüne Senat hat – und das ist aus dem vorliegende Antrag der Regierungskoalition deutlich geworden – viele Vorteile von dem Spiel. Die Broschüre, die irgend jemand meiner Vordredner hier liegenlassen hat, macht es deutlich.

(Wolf-Dieter Scheurell SPD: Das was Herr Harlinghausen vorgelesen hat!)

Es gibt immer einzelne Projekte, die aufgezählt und gelobt werden. Diese Projekte sollen jetzt alle noch ein bißchen größer und schöner werden. So schafft man sich dann für Wahlkampfzeiten – und dafür ist das Ding wohl auch gedacht – eine lange Liste von guten Taten, ohne viel tun zu müssen und vor allem ohne Gefahr zu laufen, daß Kinder

und Jugendliche regelhaft – und darum geht es uns ja – bei Dingen mitreden dürfen, weil Rotgrün weiterhin ganz alleine bestimmen will.

Die Zeiten, in denen Kinder und Jugendliche für Beteiligungsspiele à la Hamburg dankbar sein müßten, sind eigentlich vorbei, denn es gibt ja inzwischen Kinderrechtskonventionen,

(Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt übernimmt den Vorsitz.)

in denen festgeschrieben ist, daß Kinder und Jugendliche ein Recht darauf haben, bei allen sie betreffenden Entscheidungen beteiligt zu werden. Deshalb ist es auch an der Zeit, dieses Recht in Landesgesetzen verbindlich zu verankern. Dann müssen Kinder und Jugendliche nämlich nicht erst lange dafür kämpfen, daß ihnen überhaupt zugehört wird, sondern die Entscheidungsträger in Politik und Verwaltung sind in der Pflicht, Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, mitzugestalten und auch mitzubestimmen. Damit Beteiligung in Hamburg endlich über das bißchen Kosmetik hinausgeht, was gemacht wird und auch gut ist, und richtig nach vorne kommt, haben wir einen Zusatzantrag gestellt, der einen Weg aufzeigt, wie dies vernünftig vorangebracht werden kann. Damit Sie jetzt nicht einwenden, es müßten erst Erfahrungen damit gemacht werden, bevor Sie dem zustimmen, kann ich Ihnen nur sagen, daß das bereits in anderen Bundesländern gemacht wird. Schleswig-Holstein macht es vor, und dort klappt es. Also hören Sie auf mit dem Puzzle-Spiel, machen Sie endlich einen vernünftigen Plan für eine verbindliche Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auch in Hamburg.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Meine Damen und Herren! Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Wir kommen dann zur Abstimmung, zunächst zum Antrag der Gruppe REGENBOGEN, Drucksache 16/6002. Wer ihn an den Jugend- und Sportausschuß überweisen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig so erfolgt.

Wer den SPD- und GAL-Antrag aus der Drucksache 16/5944 annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wer stimmt einer nachträglichen Überweisung der Drucksache 16/5944 an den Jugend- und Sportausschuß zu? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch das ist einstimmig so geschehen.

Bevor ich den Tagesordnungspunkt 7 aufrufe, möchte ich Ihnen das **Ergebnis der Wahl** vortragen. Bei der Wahl eines stellvertretenden Mitglieds der Kreditkommission sind 104 Stimmzettel abgegeben worden; alle waren gültig. Herr Volker Ernst erhielt 88 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen. Damit ist Herr Volker Ernst gewählt.

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 7 auf, die Drucksache 16/5688: Große Anfrage der CDU-Fraktion zur Personalausstattung an den Gerichten.

[Große Anfrage der Fraktion der CDU: Personalausstattung an den Gerichten – Drucksache 16/5688 –]

Wer möchte das Wort? – Herr Professor Karpen, Sie haben es.

A **Dr. Ulrich Karpen** CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Großen Anfrage meiner Fraktion geht es um eine relativ spezielle, letztlich gerichtsverfassungsrechtliche Frage, nämlich um die Besetzung und Belastung von Hilfsstrafkammern. Gleichwohl beleuchten die Antworten des Senats etwas für die Justiz Hamburgs sehr Wichtiges: erstens die völlige Überlastung der Strafjustiz, die mit den Strafsachen nicht mehr fertig wird, zweitens das krampfhaft Bemühen des Senats, zu verschleiern und zu vertuschen, daß die Richterpersonaldecke viel zu dünn ist, und drittens, wie gehabt, einen nachlässigen hochfahrenden Umgang mit dem Parlament.

Dazu einige Bemerkungen. Neben regulären Großen und Kleinen Strafakammern war und ist eine größere Zahl von Hilfsstrafkammern eingerichtet worden. In sie werden die Fälle abgeleitet oder abgeschoben, die in den normalen Kammern überlaufen. Das signalisiert eine Überlastung der Hauptkammern, die der Senat aber bestreitet. Ein großer Teil der Kammern ist nicht mit drei, sondern nur mit zwei Berufsrichtern besetzt. Der Senat antwortet, diese reduzierte Besetzung sei durch das Rechtspflegeentlastungsgesetz von 1993 möglich. Diese Antwort ist irreführend, zumindest unvollständig. Tatsache ist, daß nach Paragraph 76 des Gerichtsverfassungsgesetzes, wie die Behörde sehr wohl weiß, für die Eröffnung der Verfahren, für jeden Beschluß, für jede Haftentscheidung drei Richter notwendig sind, die auch das Urteil unterschreiben müssen. Hier wird uns Abgeordneten Sand in die Augen gestreut.

Wir haben ferner gefragt, warum in so vielen Kleinen Strafakammern der Vorsitz von Richtern geführt wird, die zugleich Vorsitzende Richter einer Großen Strafakammer sind. Dieser Vorsitzende Richter ist bei der Verhandlung aber praktisch nie da und läßt sich von einem Beisitzer vertreten. Diese Vertretung ist unzulässig und ein Verstoß gegen die Verfassungsbestimmung des Artikels 101 Absatz 1 Satz 2 Grundgesetz, die jedem den gesetzlichen Richter garantiert. Nur ein verhinderteter Vorsitzender darf durch einen Beisitzer vertreten werden, nicht ein Vorsitzender, der im Nebenzimmer einer anderen Beschäftigung nachgeht.

Was ist der Grund für diese erkennbar unzulässige Praxis? Natürlich soll gespart werden. Ein permanenter Vorsitzender in der Kammer erhalte eine R-2-Besoldung. Um das zu verhindern, leiht man sich pro forma einen Vorsitzenden aus, der praktisch nie da ist, und läßt die Verhandlung durch einen R-1-Beisitzer führen. Ich weiß, Frau Senatorin, daß die Strafsenate des OLG nur darauf warten, daß ein Prozeßbeteiligter diesen Rechtsverstoß rügt. Wie im Beschluß des 3. Senats vom Januar 2000, den Sie kennen, würde das Gericht diese Praxis stoppen.

Und nun Ihr von der Status-Kommission zu Recht gerügter nachlässiger Umgang mit dem Parlament. Sie hatten eine Große Anfrage zu beantworten. Dazu hatten Sie Wochen Zeit. Wir hatten nach der Zahl der Kammern gefragt, die am chancenausgleichenden Rotationssystem teilnehmen. Ihre Antwort:

„Die Beantwortung dieser Fragen würde eine umfassende Analyse aller bisherigen Verfahrenseingänge erfordern. Dies ist selbst innerhalb der für die Beantwortung einer Großen Anfrage zur Verfügung stehenden Zeit mit vertretbarem Verwaltungsaufwand nicht möglich.“

Das ist sehr dreist, Frau Senatorin. Es hat mich eine Viertelstunde gekostet, die Zahlen zu ermitteln. Schreiben Sie bitte mit.

Am 1. Januar 2000 – das war der Beginn der Rotation – konnten 20 Große Strafakammern an der Rotation teilnehmen. Zwölf rotierten ohne Einschränkung, acht waren entlastet und konnten nicht voll mitrotieren. Am 1. Januar 2001 rotierten acht ohne Einschränkung, zwölf nur eingeschränkt, da entlastet. All das, meine sehr verehrten Damen und Herren, zeigt eine heillose Unordnung im Dickicht von Großen und Kleinen, ordentlichen und Hilfsstrafakammern, ein Hin- und Hermanövrieren von Richtern und Strafverfahren, das nur dem einzigen Zweck dient, zu sparen, zu sparen und das uns und der Öffentlichkeit gegenüber zu verschleiern. Und das soll eine transparente Regierung sein? – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Klooß.

Rolf-Dieter Klooß SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wieder einmal unternimmt die CDU den, allerdings auch durchschaubaren, Versuch, mit Hilfe einer Großen Anfrage zu beweisen, daß Effektivität und Qualität der Rechtsprechung in Hamburg in unannehmbare Weise durch die Konsolidierungsbemühungen beeinträchtigt werden oder gar der Rechtsstaat in Gefahr gerät. Sie zeichnen, und das wissen Sie auch, mit Ihren Interpretationen der Senatsantwort ein Zerrbild der Situation an den Gerichten. Mit diesem Versuch sind Sie in dieser Legislaturperiode schon mehrfach gescheitert, zum Beispiel als es um die Belastungssituation der Gerichte ging.

Ihre Anfrage und die Haushaltsberatungen haben aber ergeben, daß Hamburg trotz angespannter Haushaltssituation bei den Verfahrensdauern im Bundesgebiet durchaus gut mithalten kann. Auch waren in zahlreichen Bereichen Verfahrensverkürzungen erkennbar. Anstatt das Engagement der Richterschaft und der Mitarbeiter zu würdigen, die nicht nur Tag für Tag die steigenden Anforderungen bewältigen, sondern daneben einen hohen Arbeitseinsatz im Modernisierungs- und Rationalisierungsprozeß erbringen, bringt die CDU durch Pauschalvorwürfe die Justiz insgesamt in Mißkredit.

Ich will mich auf keine kleinkarierte Statistikdiskussion einlassen. Daß Sie von der CDU-Opposition allerdings justizpolitische Diskussionen nur noch im Hinblick auf Stellen führen, offenbart einmal mehr Ihre Einfallslosigkeit. Anstatt mit uns gemeinsam über tiefgreifende Modernisierungsschritte Justiz 2000 hin zu Justiz 2010 zu diskutieren, fällt Ihnen außer nicht finanzierbaren Stellenaufstockungsforderungen nichts ein.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

So kann man nur reden, wenn man Opposition ist und keine Verantwortung für die gesamte Stadt trägt. Aber machen Sie nur weiter so, regierungsfähig wird man so nicht.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Den Vorwurf, schludrig gearbeitet zu haben, kann ich Ihnen auch nicht ersparen. Sie hätten vor der Formulierung Ihrer Anfrage etwas genauer in das Gerichtsverfassungsgesetz gucken müssen. Auf zwei Berufsrichter reduzierte Große Strafakammern sind dort ausdrücklich ermöglicht worden, und zwar durch das Rechtspflegeentlastungsgesetz des Bundes. Auch die Möglichkeit, den Vorsitz in Kleinen Strafakammern Richtern zu übertragen, die den Vorsitz einer Großen Strafakammer innehaben, beruht auf dem Rechtspflegeentlastungsgesetz, von dem Hamburg nun in

(Rolf-Dieter Kloß SPD)

- A ressourcenoptimierender Weise Gebrauch macht. Oder raten Sie einmal, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der CDU, wer der Urheber dieses Gesetzes ist, das ja aus Ihrer Sicht von großem Übel für die Hamburger Justiz ist. Genau unter Ihrer CDU/FDP-Bundesregierung ist das entsprechende Rechtspflegentlastungsgesetz 1993 verabschiedet worden.

(Petra Brinkmann SPD: Ach ne! – Karin Rogalski-Beeck SPD: Sieh da, sieh da!)

Ihre damalige Bundesregierung hat also die Bedenken, die durch Ihre Anfrage jetzt suggeriert werden, nicht geteilt, sonst hätte sie die entsprechenden Rechtsgrundlagen nicht schaffen dürfen. Es ist daher in hohem Maße unredlich, Hamburg heute vorzuwerfen, von gesetzlichen Möglichkeiten in verantwortbarer Weise Gebrauch zu machen, die Sie beziehungsweise Ihre damalige Regierung eingeführt haben.

Die CDU offenbart mit dieser Anfrage erneut, daß sie es mit der in Artikel 97 Grundgesetz verbürgten richterlichen Unabhängigkeit nicht so genau nimmt. Dem Präsidium des Landgerichts obliegt die Personaldisposition. Es muß gewährleisten, daß die Handlungsfähigkeit einer jeden Strafkammer gegeben ist. Ich habe an der Urteilsfähigkeit und Verantwortbarkeit solcher Entscheidungen des Präsidiums keinen Zweifel.

Auch Ihr ständiger Versuch, dem Präsidium des Amtsgerichts und der Justizsenatorin einen Strick aus der Neuordnung der Geschäftsverteilung im Bereich der Wirtschafts- und Betäubungsmittelstraftaten zu drehen, muß scheitern. Es sind, das sollten Sie und auch Ihre sogenannten Berater wirklich einmal zur Kenntnis nehmen, keine Richterstellen entfallen. Die Entscheidung über die Geschäftsverteilung und ihre Motive sind allein Sache des Amtsgerichtspräsidiums. Auch in diesem Falle habe ich keine Zweifel, daß hier verantwortungsbewußt entschieden wurde. Sie unterstellen dem Gerichtspräsidenten gesetzes- oder verfassungswidriges Handeln. Das ist so absurd, daß der Stein, den Sie da aufgehoben haben, auf Ihre Füße fällt. Wer Grundprinzipien der deutschen Justiz, die grundgesetzlich verbürgte richterliche Unabhängigkeit, in seinem politischen Tun und Sagen nicht beachtet, der ist justizpolitisch weder regierungs- noch oppositionsfähig. Sie haben leider nichts dazugelernt. – Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Dr. Kähler.

Dr. Bettina Kähler GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Professor Karpen, Ihr Versuch, zu zeigen, daß die Strafjustiz kurz vor dem Kollaps stehe, ist ein weiteres Mal mißraten. Erstens ist das, was Sie als unzulässige Praxis bezeichnen, ein ganz normales Mittel, das das Gesetz vorsieht. Und zweitens haben Sie die Zahlen, die Sie erfragt haben, nicht richtig gelesen, denn daraus geht hervor, daß der Bedarf an diesen Hilfsstrafkammern offenbar abnimmt. Die meisten sind aufgelöst worden und die „abgeleiteten“ Verfahren, die in diese Hilfsstrafkammern gegangen sind, sind seit 1995 in etwa gleich geblieben, und das trotz des stattgefundenen Personalabbaus.

Insofern ist die These von der völligen Überlastung der Strafjustiz nicht zu halten. Das deckt sich im übrigen auch nicht mit den Erkenntnissen aus der Praxis. Alle Leute, die

damit zu tun haben, zum Beispiel die Anwälte, wissen das. Es läuft an vielen Stellen gut, an anderen Stellen aber weniger gut. Insofern kann von Zusammenbruch wirklich keine Rede sein.

Zum Stichwort nachlässiger Umgang mit dem Parlament: Wenn Sie die Zahlen, die Sie in der Anfrage erfragen wollten, innerhalb einer Viertelstunde selber herauskriegen können, dann frage ich mich, warum Sie Anfragen stellen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Das ist dann irgendwie vergebliche Mühe. Im übrigen gilt das, was Herr Kloß sagt. Es ist wirklich müßig, im Zusammenhang mit der Justiz immer nur die Stellensituation zu diskutieren. Die ist sicherlich wichtig und entscheidend, aber es ist auch entscheidend, was drumherum ist, nämlich die Frage der Organisation, der Modernisierung, der Inhalte der Rechtsprechung, der Qualität und so weiter und so fort. Das würde eine viel größere und auch anspruchsvollere Debatte erfordern, als nur zu sagen, da ist ein Verfahren auf eine Hilfsstrafkammer abgeleitet worden und das geht nicht in Ordnung; da müßten Sie sich schon etwas mehr einfallen lassen. – Danke.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Senatorin Dr. Peschel-Gutzeit.

Senatorin Dr. Lore Maria Peschel-Gutzeit: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordnete! Die Personalausstattung in den Gerichten und insbesondere im Strafbereich ist in den letzten Monaten häufiger Gegenstand von Großen und Kleinen Anfragen gewesen. In diesem Zusammenhang wird bisweilen vermutet – wir durften das heute schon wieder hören –, daß die enge Personalsituation die Gerichte zwingt, zunehmend Hilfsstrafkammern zu bilden, damit die Hauptverhandlung innerhalb eines halben Jahres stattfinden kann und Untersuchungsgefangene nicht ohne Verhandlung aus der Haft entlassen werden müssen.

Das alles stimmt nicht. Ich habe bereits in zurückliegender Zeit in diesem Hause immer wieder dargestellt, daß die hamburgische Justiz in den Strafbereichen von Amts- und Landgericht handlungsfähig ist. Hamburg verzeichnet in den letzten Jahren gerade keinen Einbruch in der Rechtsgewährung, auch wenn, was niemand leugnet, die Ressourcen knapper geworden sind. Wenn die Präsidien der Gerichte Hilfsstrafkammern einrichten, was sie nach dem Gerichtsverfassungsgesetz können und dürfen und was sie im übrigen schon immer getan haben, zeigt dies sehr deutlich, wie flexibel die Gerichte auf die unterschiedlichen Belastungssituationen mit der Einrichtung von Hilfsstrafkammern und der Besetzung von Kammern reagieren. Mein Dank hierfür gilt zunächst der guten und engagierten Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unseren Gerichten.

(Beifall bei der SPD)

Besonders danke ich den Richterinnen und Richtern, die mit der erheblichen Belastung, die unstreitig ist, professionell und mit gutem Ergebnis umgehen und fertig werden. Hamburgs Justiz arbeitet nun einmal, auch wenn die Opposition es gerne anders hätte, stabil und leistungsfähig.

Übrigens konnte die Zahl von 27 Großen Strafkammern auch im laufenden Jahr 2001 gehalten werden. Die Hand-

(Senatorin Dr. Lore Maria Peschel-Gutzeit)

A lungsfähigkeit der Großen Strafkammern wird auch nicht dadurch beeinträchtigt, daß nicht alle Großen Strafkammern permanent mit drei Berufsrichtern besetzt sind. Das Landgericht nimmt, das ist hier schon dargestellt worden, in diesem Zusammenhang die Möglichkeiten wahr, die ihm durch ein nun acht Jahre altes Entlastungsgesetz geboten werden. In bestimmten Fällen – nur da geschieht es natürlich – können Verhandlungen in einer reduzierten Besetzung mit nur zwei Berufsrichtern und zwei Schöffen durchgeführt werden. Soweit das nach dem Gesetz nicht möglich ist und drei Richter tätig werden müssen, geschieht das natürlich auch.

Was nun die sogenannten Hilfsstrafkammern angeht, die die CDU so besonders erwähnenswert findet, gab es zu Beginn des Jahres 2001 wesentlich weniger Große und Kleine Hilfsstrafkammern als zum selben Zeitpunkt des Vorjahres; Hilfs- und Unterstützungsmaßnahmen konnten also deutlich zurückgefahren werden. Übrigens handelt es sich bei den Verfahren, die auf Hilfsstrafkammern übertragen werden – auch das ist hier schon erwähnt worden – fast ausschließlich um aktuelle Haftsachen, die einer besonderen Förderung bedürfen. Das ist völlig in Ordnung und überhaupt nicht zu beanstanden, denn die Alternative, eine eventuell vorzeitige Haftentlassung mangels Terminierung, will niemand, ich übrigens auch nicht.

Alles in allem zeigt sich, daß die Selbstverwaltungsgremien des Landgerichts, die unter anderem über die Bildung von Hilfsstrafkammern, die Einführung, Fortführung und Veränderung des Rotationssystems und die Geschäftsverteilung und damit auch über die Besetzung der Kammern entscheiden, und zwar autonom und ohne jede Einflußnahme von Dritten, ausgezeichnet funktionieren. Sie reagieren flexibel auf veränderte Anforderungen mit dem Ziel, Überlastungssituationen der einzelnen Kammern zu verhindern und der Gefahr von vorzeitigen Haftentlassungen zu begegnen. Die gleiche Flexibilität in der Personalposition beobachten wir auch im Zivilbereich des Landgerichts.

B Lassen Sie mich noch ein Wort zu den Betäubungsmittelstrafverfahren sagen, die vor dem Amtsgericht Hamburg-Mitte verhandelt werden. Wir alle haben erlebt, daß es einen kleinen Sturm im Wasserglas gegeben hat. Einige betroffene Richter haben gemeint, sich an die Öffentlichkeit wenden zu sollen. Diese Betäubungsmittelstrafverfahren wurden ehemals in Dezernaten für Wirtschafts- und Drogenstrafsachen verhandelt und durch einen Beschluß des amtsgerichtlichen Präsidiums dem Dezernat für allgemeine Strafsachen zugeordnet. Die richterliche Kapazität – und das ist das Entscheidende – wurde, wie hier schon ausgeführt, durch diesen Präsidiumsbeschluß nicht eingeschränkt. Der Senat ist davon überzeugt, daß hierdurch keine Einbußen in der Qualität der Rechtsprechung entstehen, denn über derartige Betäubungsmittelstrafverfahren entscheiden in den Stadtteilgerichten und den Berufungskammern des Landgerichts Richter, die auch in allgemeinen Strafsachen urteilen. Bisher ist von niemandem der Vorwurf erhoben worden, daß die Urteile dieser letzten Gremien etwa schlechter seien als die der bisherigen Wirtschaftsstrafabteilung. Weder der Senat noch die Justizsenatorin haben im übrigen die Möglichkeit oder auch nur die Absicht, Präsidiumsentscheidungen zu beeinflussen; das ist eine verfassungsrechtliche Selbstverständlichkeit.

Aufgabe der Politik ist es, die Gerichte mit den erforderlichen Ressourcen auszustatten, um sie in den Stand zu versetzen, ihre Aufgaben zu erfüllen. Das ist uns trotz aller Härten des Konsolidierungsprogramms bisher gelungen,

und das wird unter der Verantwortung dieses Senats und dieser Koalition auch so bleiben.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Professor Karpen.

Dr. Ulrich Karpen CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Da unschwer zu erwarten war, daß die Justizsenatorin alles paletti finden würde, möchte ich mich meinem Kollegen Kloß zuwenden. Herr Kloß, ich glaube, Sie haben das falsche Manuskript herausgeholt. Ich habe kein Wort über die richterliche Unabhängigkeit gesagt, die ein hohes Gut ist. Ich habe kein Wort über die BTM- und Wirtschaftsstrafkammern gesagt. Im übrigen bin ich es leid, daß ich für meine Fraktion zu den Drucksachen sehr detailliert etwas ausführe und Sie immer sagen – mittlerweile sekundiert durch die Frau Doktor auf der linken Seite –, das sei alles ein Zerrbild, ich malte schwarz/weiß und so weiter.

(*Dr. Hans-Peter de Lorent GAL: Mehr schwarz! – Dr. Holger Christier SPD: Mehr weiß!*)

Sie haben auch gesagt, ich redete nur über Stellen. Herr Kloß, Sie sind Jurist, soweit ich weiß. Sie wissen, daß Jurisprudenz durch den Kopf eines Rechtsanwalts, eines Richters und auch eines Hochschullehrers geht, und deswegen ist das das entscheidende Kriterium. Sie haben gesagt, die Justiz sei in Ordnung; sie ist nicht in Ordnung. Herr Schöndube, der Vorsitzende des Bundes Deutscher Kriminalbeamter, und Staatsanwalt Kuhn haben in diesen Tagen gesagt, bei den DNA-Analysen, etwa bei Speichelproben, sei Hamburg weit abgeschlagen. Hamburg hat die rote Karte fest in der Hand.

Mit einer Verfahrensdauer von durchschnittlich 30 Monaten liegt Hamburgs Sozialgerichtsbarkeit 100 Prozent über dem Bundesdurchschnitt. Im Arbeitsbereich der Gerichtsvollzieher fehlen 20 Stellen, da gibt es kein Vertun. Die Eingänge von Zivilsachen beim Landgericht sind in diesem Jahr 30 Prozent höher als im letzten Jahr; die Stellen werden gleichwohl weggespart. Ich weiß, daß im Gericht die Parole ausgegeben wird: Tut, was ihr könnt, den Rest laßt liegen!

Amtsrichter Harm Beyer hat vor zwei Tagen gesagt – ich zitiere –:

„Ich habe den Eindruck, daß die Bürger immer unzufriedener sind mit Einzelfallentscheidungen. Die Lage ist ernst. Die Qualität der Urteile wird aufgrund der Verfahrensbelastungen immer schlechter. Die Fehlerquote wird immer größer, die Einzelfallgerechtigkeit bleibt oft auf der Strecke. Früher mußte ich 400 Verfahren im Jahr machen, jetzt muß ich 800 machen. Die Justiz entwickelt sich zu einem reinen Regelungsbetrieb.“

Und Sie sagen, ich malte ein Zerrbild. Das Amtsgericht Wandsbek muß einräumen, Verhandlungs- und Verkündungstermine zwei, drei, vier Monate aussetzen zu müssen. Ein Anwalt dort sagt, die Justiz komme wegen der Einsparungen zum Erliegen.

Meine Damen und Herren! So kann es nicht weitergehen. Hamburg braucht eine neue Justizpolitik: Schluß mit dem Sparprogramm im Bereich der Inneren Sicherheit, von der Polizei über die Staatsanwaltschaft bis zu den Gerichten, Wiederherstellung des Gefühls der Rechtssicherheit für jeden Hamburger Bürger, kein kurzer Prozeß zwar, aber be-

(Dr. Ulrich Karpen CDU)

- A schleunigte Strafverfahren. Wir dürfen das Vertrauen in den Rechtsstaat nicht vor die Hunde gehen lassen. – Danke sehr.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Damit ist die Große Anfrage 16/5688 besprochen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 21 auf, Drucksache 16/5827: Senatsmitteilung zum Thema Rundstrecke für Inline-Skaterinnen und -Skater.

**[Senatsmitteilung:
Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen
der Bürgerschaft vom 10. November 1999
(Drucksache 16/3237) – Rundstrecke für
Inline-Skaterinnen und -Skater –
– Drucksache 16/5827 –]**

Von wem wird das Wort begehrt? – Herr Dr. de Lorent, Sie haben das Wort.

Dr. Hans-Peter de Lorent GAL.* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Bürgerschaft hat 1999 dieses Ersuchen beschlossen. Es sollte bis zum Sommer beantwortet werden, und da es ein bißchen länger gedauert hat, ist auch ein bißchen mehr in diese Senatsdrucksache hineingekommen, als wir eigentlich gefragt haben; aber es ist inzwischen auch viel passiert. Wir haben gesagt, wir möchten gerne, daß Hamburg zur Hochburg für Inline-Skating wird, und haben im Jahr 2000 einige demonstrative Aktivitäten für die 250 000 bis 300 000 Hamburgerinnen und Hamburger, die auf Inline-Skates durch diese Stadt fahren, befördert.

B

Lassen Sie mich die Bestandsaufnahme ein bißchen aufgliedern. Ich stimme im großen und ganzen im Grundsatz der Senatsmitteilung zu, möchte Sie aber auf ein paar Probleme aufmerksam machen und auch einen Handlungsbedarf aufzeigen.

Erfreulich ist, daß durch diese Aktivitäten und durch das Zutun vieler mittlerweile in Hamburg für Inline-Skater eine ganze Menge passiert. Sie wissen – das steht auch in der Senatsdrucksache –, daß die Hamburger Sportjugend alle vierzehn Tage die sogenannte Tuesday-Late-Night durchführt, die insbesondere an junge Teilnehmer adressiert ist, die alle vierzehn Tage um die Binnenalster fahren. Es wird auch in diesem Jahr, so hoffe ich, alle vierzehn Tage von der Hamburger Inline-Skating-Schule angeboten, sonntags zwei Stunden um die Außenalster zu fahren. Und der dritte Punkt, den wir besonders unterstützt, gefordert und gefördert haben, ist, daß Hamburg eine attraktive Form der Eroberung der Straßen durch den Sport erlebt, nämlich sogenannte Blade-Nights, die es in anderen europäischen Großstädten schon mit einer enormen Beteiligung gibt. In Berlin und Paris nehmen bis zu 50 000 Teilnehmer daran teil. Es gehört schon ein bißchen Kurzsichtigkeit dazu, wenn man nicht erkennen will, daß Blade-Nights eine ungeheure touristische Attraktivität sind. Wir wissen aus Berlin, daß die Hälfte der Teilnehmer nicht Berliner sind, sondern Leute, die extra dorthin fahren, an der Blade-Night teilnehmen und dann am Wochenende in Berlin bleiben. Es würde Hamburg gut zu Gesicht stehen, wenn auch hier so etwas stattfindet. Dies ist ein touristischer Faktor, der auch Standort- und wirtschaftliche Interessen bedient.

In anderen Städten wird das zum Teil in Kooperation mit der Stadt durchgeführt; die Beispiele sind in der Senatsdrucksache genannt worden. Wir haben mit der Innenbehörde einige Gespräche geführt, und ich möchte in diesem Zusammenhang etwas machen, was von der GAL relativ selten gemacht wird, nämlich Innensenator Wrocklage ausdrücklich loben, der sich in dieser Frage sehr kooperativ verhalten hat.

C

Es sind dem Verein „Green-City-Hamburg“, der für die Blade-Nights gegründet wurde, relativ geringe Auflagen gemacht worden. Aber, meine Damen und Herren, es ergibt sich hier ein grundsätzliches Problem, auf das ich hinweisen möchte. Trotz des Entgegenkommens der Innenbehörde und des Absenkens der Auflagen kostet eine solche Veranstaltung, die circa 15 bis 20 Kilometer durch die Stadt geht, einen privaten Veranstalter ungefähr 50 000 DM. Diesen Betrag muß er aufwenden, um die gesamten Sicherheitsvorschriften, beispielsweise die Absperrmaßnahmen, realisieren zu können. Das Problem zeigt sich, wenn ein Verein eine solche Veranstaltung durchführen will. Auch wenn er mit professionellen Organisatoren zusammenarbeitet, besteht die Schwierigkeit, daß man keine oder schwer Sponsoren findet, die eine solche Veranstaltung absichern. Etwas Ähnliches erlebt auch die Hamburger Inline-Skating-Schule. Auch die Veranstaltung um die Außenalster trägt sich offensichtlich nur sehr schwer, weil es mittlerweile kompliziert geworden ist, für Sportveranstaltungen, die aus vielen Gründen von allen für gut und unterstützenswert gehalten werden, die entsprechende Unterstützung zu bekommen, wenn man sie auf private Füße stellt. Sponsoren, die Sport unterstützen, sind engagiert. HEW-Cyclassic und Beiersdorf unterstützen den Marathon. Es ist kompliziert. Darum möchte ich die Gelegenheit nutzen, einen leidenschaftlichen Appell an die Bürgerschaft zu richten, nicht nur Veranstaltungen zu begrüßen und davon zu profitieren, sondern auch Möglichkeiten zu suchen, solchen Veranstaltungen Unterstützung zukommen zu lassen. Mein Appell richtet sich auch an die Politik. Bei aller Unterstützung durch Senator Wrocklage könnte ich mir vorstellen, daß möglicherweise der Senat und auch der Bürgermeister noch andere Verbindungen haben, Sponsoren zu interessieren, daß eine solche Veranstaltung, die für andere europäische Großstädte wichtig ist, auch in Hamburg etabliert werden kann.

*(Lutz Jobs REGENBOGEN – für eine neue Linke:
Wer zahlt das denn in anderen Städten?)*

– In anderen Städten gibt es eine Mischung. Da ist zum Teil die Stadt stärker engagiert. Berlin beispielsweise hat sich über Jahre etwas geleistet, was wir hier mit begrenztem Erfolg versucht haben. In Berlin gab es eine Absprache mit der Regierung, die Blade-Nights als Demonstration durchzuführen. So konnten die Kosten für Absperrung und für die Begleitung vom Staat und nicht von dem privaten Veranstalter getragen werden. Dieses Kapitel möchte ich heute aussparen und nicht auf schmerzliche Erfahrungen im letzten Jahr zurückkommen.

D

Zur festen Rundstrecke möchte ich folgendes sagen. Wir haben in der Billwerder Bucht eine lokale Prüfung durchgeführt. Dort haben wir gemeinsam festgestellt, daß es an manchen Stellen objektive Schwierigkeiten gibt, was die Sicherheit betrifft. Der Belag ist zum Teil nicht günstig. Ich erwarte, daß es eine Einsicht gibt, eine Rundstrecke für Inline-Skaterinnen und -Skater in Hamburg zu etablieren.

(Beifall bei Volker Okun CDU)

(Dr. Hans-Peter de Lorent GAL)

A Man müßte anders herangehen und sagen, der Ausgangspunkt muß sein, daß wir dieses wollen, und dann können wir auch die Probleme beseitigen. Es gibt im Bereich Kaltehofe eine sehr attraktive Strecke um das ehemalige Elbwasserwerk, wo allerdings etwas gemacht werden muß. Die Strecke ist ungefähr 3,5 Kilometer lang, sie liegt landschaftlich wunderbar und hat eine gute Verkehrs-anbindung. Durch die S-Bahn – Haltestelle Tiefstaak – ist sie auch von der Innenstadt gut zu erreichen. Wir haben bei der GAL-Fraktion einigen Zuspruch von örtlichen Initiativen bekommen. Viele Leute, die in dieser Region wohnen, sagen, es wäre gut und notwendig, für den Bereich Rothenburgsort etwas Attraktives zu machen. Hier wäre mit relativ geringen Mitteln eine Rundstrecke zu etablieren. Eine Alternative wäre, eine andere Strecke zu finden und dort die Voraussetzungen zu schaffen. Ich erwarte von der neuen Regierung in Hamburg, von dem neuen Senat, daß in dieser Richtung etwas in den Koalitionsvertrag aufgenommen und daß beschlossen wird, wo und unter welchen Bedingungen und mit welchen Mitteln eine solche Rundstrecke für Hamburg etabliert werden kann.

Lassen Sie mich zum letzten Punkt kommen. Das ist vielleicht der brisanteste, weil er mit Verkehrspolitik zu tun hat. Herr Reinert ist leider nicht anwesend, und alle Verkehrspolitiker dachten, Inline-Skating ist ein softes Thema, das nur die Sportler interessiert. Inline-Skating ist aber auch ein wertvolles, sanftes, ökologisch sinnvolles und gesundheitlich positives Verkehrsmittel. Es gibt Probleme. Wenn Sie durch die Stadt gehen, werden Sie merken, daß Inline-Skating und Fußgängerinteressen häufig nicht kompatibel sind. Für Radwege und Fahrbahnen sind Inline-Skates laut Straßenverkehrsordnung nicht erlaubt.

B Es gibt drei Untersuchungen, die in dem Zusammenhang interessant sind. Es gibt im Bundesministerium für Verkehr einen Forschungsauftrag. Bis zum Jahre 2001 soll dieses Thema untersucht werden. Die Grünen haben im Bundes-tag eine Anhörung zu dem Thema gemacht. In Frankfurt hat es einen Modellversuch gegeben, Inline-Skates als Verkehrsmittel in verkehrsberuhigten Zonen zuzulassen. Darüber steht etwas in der Drucksache. Man müßte etwas genauer untersuchen, welche Erfahrungen dort gemacht worden sind und welche Probleme es dort gegeben hat. Ich gehe davon aus, daß die GAL-Fraktion auf diesem Gebiet in Hamburg initiativ werden und auswerten wird, welche Erkenntnisse hier vorliegen. Ich bin davon überzeugt, Hamburg hätte und hat gute Chancen, zur Hochburg für In-line-Skaterinnen und -Skater zu werden. Nötig sind dabei aber auch in der nächsten Legislaturperiode Einsatz und Initiative der Politik, aber auch der Hamburger Wirtschaft, denn Breiten- und Freizeitsport ist ein interessanter und wichtiger Wirtschaftsfaktor.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Schmidt.

Jürgen Schmidt SPD: Frau Präsidentin, meine verehrten Damen und Herren! Wir alle merken es mit großer Freude, in Hamburg ist Frühling, und deswegen wollen die Hamburgerinnen und Hamburger an die frische Luft. Viele schnallen die harten Gummierollen an und düsen durch unsere schöne Stadt. Dafür gibt es erfreulicherweise Möglichkeiten. Ich bin nicht ganz so pessimistisch wie mein Vorredner. Bei ihm klang Enttäuschung mit, daß nicht alle Bäume in den Himmel wachsen können. Darauf will ich gleich noch einmal zurückkommen.

C Es ist nicht das erste Mal, daß wir uns hier mit dem Thema Inline-Skating befassen. Damit unterstreichen wir zum einen die besondere Bedeutung, die dieses weitgehend offene Sportangebot für die Sportstadt Hamburg besitzt, und weisen zum anderen auf die schwierige Problematik der Nutzerkonkurrenzen auf öffentlichen Flächen einer Metropole hin. Herr de Lorent hat das eben auch ausgeführt.

Inline-Skating ist schon lange nicht mehr bloßer Trendsport, sondern die große Zahl der Läufer und die Teilnahme aller Altersklassen beweisen, Skating ist mehr und mehr zu einem neuen Volkssport geworden. Dies ist unter Bewegungs- und Gesundheitsgesichtspunkten ausdrücklich zu begrüßen. Vergleichsweise wenig Skater sind in Vereinen organisiert. Skaten ist ähnlich wie das Joggen als Jedermann-Sport beziehungsweise als allgemeine Freizeitbeschäftigung anzusehen. Über 100 000 Hamburgerinnen und Hamburger – es ist auch nicht falsch, wenn Herr de Lorent von 250 000 spricht – wissen das zu schätzen, und es werden jedes Jahr mehr. Bundesweit schnüren – so die vorliegenden Angaben – annähernd zwölf Millionen Menschen den rasanten Stiefel, womit klar ist, die Skater-Gemeinde braucht Platz.

D Wir haben uns mit dem Ersuchen für einen festen Skater-Rundkurs eingesetzt und dabei beispielsweise eine Rundstrecke um die Billwerder Bucht vorgeschlagen. Dieser Streckenverlauf ist – das wurde eben schon ausgeführt – gewissenhaft geprüft worden, und zwar nicht nur hinsichtlich der Fahrbahnbeschaffenheit, sondern auch hinsichtlich der Verträglichkeit anderer Verkehrsmittel. Die Prüfung kommt leider zu dem Ergebnis, es geht nicht. Gleichwohl gibt es unverändert die Ansage, Skating auf Initiative von Veranstaltern auf Straßen zu ermöglichen, aber es ist uns auch klar, daß Skating-Veranstaltungen nicht durch die fragwürdige Inanspruchnahme des Demonstrationsrechts auf Kosten des Steuerzahlers organisiert werden sollen. Das hieße nämlich, von einer Tasche in die andere Tasche zu wirtschaften. Herr de Lorent, wenn Sie Berlin erwähnen, darf ich darauf hinweisen, daß derartige Veranstaltungen in Demonstrationsform dort inzwischen Vergangenheit sind, weil auch dort die Kostenfrage eine ganz beachtliche Rolle spielt. Sie haben die Zahlen genannt. Auf diese Art und Weise darf man so etwas nicht durchführen.

Vielleicht veranlaßt diese erneute Diskussion Firmen, Radio- und Fernseh-Sender zu einer weiteren Bereitschaft, als Sponsoren tätig zu werden. Wir Sozialdemokraten haben die Skater-Initiativen ideell und finanziell aus Troncmitteln des vergangenen Jahres unterstützt. Die Skater müssen also nicht quasi auf dem Trockenen rollen. Erstens laufen bereits seit einer Woche die Blade-Nights jeden Dienstag rund um die Binnenalster. Hier geht ein ausdrückliches Lob an die Hamburger Sportjugend. Ich freue mich, einen Beitrag zum Gelingen geleistet zu haben. Zweitens gilt dies im verstärkten Maße auch für den Kurs rund um die Außenalster. Die Veranstalter, die Hamburger Inline-Skating-Schule, steht in den Startlöchern. Im Juni soll es losgehen. Damit wird eine Idee verwirklicht, die wir Sozialdemokraten als erste bereits 1999 anlässlich einer vergleichbaren Debatte in die Bürgerschaft eingebracht haben. Ich halte diesen Rundkurs um die Alster nach wie vor für Deutschlands attraktivste Skater-Strecke. Einmal sonntags, in jedem Sommermonat ein echter Magnet, besteht diese Möglichkeit nicht nur für die Skater-Szene und -Freaks, sondern für jedermann einschließlich Familien. Gleichzeitig wird damit die Werbewirksamkeit Hamburgs erhöht.

(Jürgen Schmidt SPD)

- A Es werden – davon bin ich überzeugt – viele Auswärtige kommen. Diese citynahe Strecke wird eine große Akzeptanz finden, die sehr wichtig ist, wenn wir mit einem Streckenangebot viele verschiedene Skater-Gruppen erreichen und bündeln wollen. Machen wir uns nichts vor, eine Strecke so weit hinausgeschoben, wie Sie sie erwähnt haben, hat natürlich die Problematik der Akzeptanz der ganzen Stadt. Es mag für kleine Gruppen interessant sein, aber mit der Strecke um die Außenalster ist es überhaupt nicht vergleichbar.

Außerdem ist in der Planung – Sie werden es vielleicht gelesen haben –, am 15. Juli ein HafenCity-Inline-Marathon durchzuführen. Dies wäre, wenn er möglich wird, der erste Marathon, bei dem die Skater im Mittelpunkt stehen und nicht nur die rasende Vorhut für die eigentlichen Marathonisten bilden. Auch hier zeigt sich, Skating ist nicht nur für Trendsetter und Profis da, sondern bereits seit langem ein Volkssport für jedermann. Wir hoffen, daß genügend Sponsoren diesen Marathon ermöglichen werden. Im Sinne des Jedermann-Sports ist es zu begrüßen, wenn die steile Köhlbrandbrückenabfahrt aus dem Streckenverlauf herausgenommen wird. Dies wäre ein sehr wichtiger Schritt für die Sicherheit der Teilnehmer.

In diesem Zusammenhang nochmals die Aufforderung, die mein Fraktionskollege und Arzt Dr. Mathias Petersen von dieser Stelle aus wohlbegründet ausgesprochen hat: Setzt beim Skaten einen Helm auf.

(Jürgen Klimke CDU: Und Knieschützer!)

Zum Thema Sicherheit zählen auch die wiederholten Konflikte mit anderen Verkehrsteilnehmern. Die verkehrsrechtliche Einordnung beweist sich in der Praxis als schwierig. Im weiteren Sinne gehört dazu aus nicht weiter auszuführenden Gründen auch, Flächen auf dem Ohlsdorfer Friedhof nicht zu nutzen.

- B

Nach gängiger Rechtsauslegung gelten Rollschuhläufer als Fußgänger mit Spielzeug und gehören daher auf den Gehweg. Angesichts der erreichbaren Geschwindigkeit ist das nicht unproblematisch. Deshalb erhoffen wir uns mehr Klarheit vom Forschungsvorhaben des Bundesverkehrsministeriums, dessen Ergebnisse noch in diesem Jahr vorgelegt werden sollen.

Die Antwort des Senats zeigt, die Ampeln in der Stadt stehen für weitere Skating-Angebote auf Grün. Die beiden neuen Anregungen – rund um den Stadtpark und rund um Niendorf – sind sicher sehr interessante Angebote für gezielte Skater-Tage und Skater-Events. Deshalb sind jetzt die Sportverbände, -vereine beziehungsweise private Veranstalter am Zuge, entsprechende überzeugende Ideen und Konzepte auf die Rollen zu bringen, damit Hamburg rollt und rollt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei Dr. Hans-Peter de Lorent GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Okun.

Volker Okun CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es steht an zur Beratung die Drucksache 16/5827 zum Inline-Skating, die Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft. Nun will ich eingangs einräumen, daß meine beiden Vorredner, insbesondere der Kollege von der GAL, Herr de Lorent, bereits ausgeführt haben, daß es in den letzten Jahren seitens der Stadt einige Bewegung ge-

geben hat. Der Druck ist groß und immer größer geworden. Die Stadt mußte handeln. Es ist nicht zu verkennen, sie hat es auch in einigen wichtigen Bereichen getan. Insofern ist das nur die Wiederholung. Ich kann und will mich aber in meinen Ausführungen auf eine Frage konzentrieren, die seit längerer Zeit Gegenstand der Anträge im Parlament gewesen und die nach wie vor ungelöst ist. Es ist wert, sich darauf zu konzentrieren.

C

Es ist richtig, daß die Bürgerschaft den Senat im November 1999 bereits ein zweites Mal – das ist bei den Ausführungen des Kollegen Schmidt deutlich geworden – aufgefordert hatte zu prüfen, ob und unter welchen Bedingungen in Hamburg ein Rundkurs für Skater eingerichtet werden kann. Die Etablierung eines Rundkurses ist die entscheidend ungelöste Frage. Mit der Antwort hat sich der Senat eineinhalb Jahre Zeit gelassen. Das ist auch für eine gründliche Prüfung dieser Frage eindeutig zu lange. Das muß kritisch angemerkt werden. Bereits im September 1996 hatte der Senat auf eine entsprechende Initiative der Bürgerschaft diesem Hause mitgeteilt, daß gelegentliche Sperrungen von Straßen im Rahmen einer Sondernutzung möglich seien. Er hatte sich aber bereits zu dem Zeitpunkt in seiner Formulierung vor der Entscheidung gedrückt, wo auf Dauer für die Inline-Skater ein Rundkurs eingerichtet und wo Skating ausgeübt werden kann.

Für uns steht fest, Inline-Skating ist und bleibt eine wesentliche Bereicherung des Freizeitsports und fördert überdurchschnittlich gesundheitliche Werte. Die Zahl der aktiven Skater weiß keiner genau, es handelt sich eben um Freizeit- und Individualsport. Zwischen 100 000 und 300 000 liegt sicherlich die Wahrheit. Von kompetenter Stelle wird eine Zahl von 200 000 genannt. Es muß insofern allerdings insgesamt von einer stabilen Bedeutung dieses Freizeitsports für Hamburg ausgegangen werden.

D

Auch im Hinblick auf den von uns kritisierten Mangel im Schulsport ist das Projekt Safer-Skating ein Ansatz – ich habe bereits früher darauf hingewiesen – zum Ausgleich fehlender Sportstunden, den es zu nutzen gilt und der auch genutzt wird.

Die CDU-Fraktion hatte deswegen den von den Koalitionsfraktionen eingereichten Antrag grundsätzlich unterstützt. Uns ging er – ich habe das damals ausgeführt – nicht weit genug, denn er war vom Inhalt her lediglich ein Prüfungsauftrag an die Verwaltung, der leider nicht aufgezeigt hat, wie die hinlänglich bekannten Probleme einer geeigneten Flächenbereitstellung für einen Rundkurs gelöst werden können. Heute stellen wir fest, der Senat drückt sich anhaltend und hält krampfhaft an der schon 1996 geäußerten Auffassung fest, wonach offensichtlich Sperrungen von Straßen oder Sondernutzungen nur aufgrund von Initiativen ausrichtender Veranstalter erlaubt werden sollen. Die aber – das wissen wir, das ist nichts Neues – gibt es offensichtlich nur sehr eingeschränkt und vor allem nicht im organisatorischen Bereich des Hamburger Sportbundes. Wenn sie da sind, verfügen sie weder über finanzielle Mittel noch über hinreichende organisatorische Erfahrungen, um die Veranstalteranforderungen erfüllen zu können. Im übrigen ist das Problem ungelöst, daß der öffentliche Straßenraum den Vorschriften der Straßenverkehrsordnung unterliegt und Inline-Skating prinzipiell nur auf Gehwegen ausgeübt werden darf. Dies ist ein wichtiger Punkt, der dem Senat bekannt ist, weil er wiederholt darauf hingewiesen worden ist. Er nimmt dazu keine Stellung.

Ich frage deswegen den Senat heute ein weiteres Mal und hoffe, eine Antwort zu bekommen, ob er initiativ werden

(Volker Okun CDU)

- A will, um die Straßenverkehrsordnung zu ändern, oder ob er die Variante sucht, über die Änderung des Paragraphen 41 Straßenverkehrsordnung ein Schild „Skaten erlaubt“ aufzustellen.

(Jürgen Schmidt SPD: Warten Sie doch das Gutachten ab!)

– Herr Schmidt, mit dem Abwarten ist das so eine Sache. Der Senat ist ja ewiglich, aber wir sind nicht ewiglich, und auch die Skater können nicht ewig darauf warten, daß in dieser Frage endlich etwas passiert.

Die Legalisierung des Inline-Skating auf öffentlichen Straßen ist ein Punkt, mit dem sich der Senat befassen muß. Er muß dazu eine Stellungnahme abgeben, und davor drückt er sich. Er hatte lange genug Zeit – fast fünf Jahre –, darüber nachzudenken. Da muß man nun einmal zu Potte kommen.

Gemäß der Mitteilungsdrucksache, die heute zur Beratung ansteht, stelle ich fest, der Senat unterstützt prinzipiell gar nicht den Antrag der Bürgerschaft für einen Rundkurs. Ich frage mich, warum er nicht sagt, daß er keine Möglichkeit sieht, ihn dauerhaft zu etablieren. Er zieht sich dabei auf eine teilweise fadenscheinige Ablehnung zurück, zum Beispiel die Kostenschätzung. Warum ermittelt er nicht die Kosten? Er nennt sie nicht. Warum sagt er nicht, wie die Straßen gewidmet werden können? Warum macht er nur vage Andeutungen zu entsprechenden Verkehrseinrichtungen? Damit sind wir gegenüber 1999 leider keinen Schritt weitergekommen.

Die CDU bleibt bei ihrer Auffassung, die ich anlässlich der Debatte im November 1999 erläutert habe. Es wäre besser gewesen, der zuständige Sportausschuß hätte zusammen mit kompetenten Einrichtungen – zum Beispiel dem Hamburger Sportbund, der Hamburger Sportjugend oder auch der Hamburger Inline-Skating-Schule – Rundkursvorschläge beraten, um einen konkreten Vorschlag zu unterbreiten.

(Jürgen Schmidt SPD: Die Kurse gibt es doch!)

– Herr Schmidt, das haben Sie abgelehnt.

(Jürgen Schmidt SPD: Die Rundkurse gibt es doch!)

Deswegen sind wir heute nicht weiter. Sie hätten diesem Vorschlag folgen sollen, dann hätten wir möglicherweise dem Senat auch etwas vorschlagen können, zu dem er nach sorgfältiger Prüfung hätte ja sagen können. Sie haben das abgelehnt, obwohl ich Ihnen damals das Ergebnis der Senatsbehandlung prognostiziert hatte. Ich habe recht behalten. Ich sage das nicht, um recht zu haben oder recht zu bekommen, aber es war absehbar, daß der Senat uns mit seiner Mitteilung keinen Vorschlag unterbreiten wird. Das ist der Mangel dieses politischen Vorgehens. Wir haben viel Zeit bei der Umsetzung eines an sich unstrittigen Vorhabens verloren, nämlich eine möglichst hohe Vielfalt von Angebotsformen für Inline-Skating einschließlich eines verkehrsgünstig gelegenen Rundkurses von rund 8 bis 10 Kilometer Länge. Auch die von Ihnen zu Recht geforderte Einforderung wirtschaftlicher Beteiligung von Sponsoring, die ich nachvollziehen kann und die ich unterstütze, weil sie richtig ist, wird nur dann realistischere vernünftig umsetzbar sein, soweit wir auch in der Lage sind, ein entsprechendes Streckenangebot zu machen. Sie können nicht ernsthaft erwarten, daß sich ein Wirtschaftsunternehmen mit einer Sponsoring-Frage befaßt, wie es bei

„Teetje mit de Utsichten“ geht. Da bitte ich nun wirklich um Ihr Verständnis. C

Wir sind bereit, mit Ihnen zusammen im Sportausschuß neu darüber zu beraten, und bieten unsere Unterstützung an, erwarten aber, daß wir vernünftig und konkret über Streckenvarianten beraten. Die Entwicklung und das heutige Ergebnis dieser Mitteilungsdrucksache zeigen, mit diesen gutgemeinten Showanträgen kommen wir in der Sache nicht weiter. Nolens volens, last, but not least, verehrter Herr Kollege de Lorent, außer Spesen nichts gewesen. Keiner bedauert das so wie Sie. Das haben Sie deutlich gemacht.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Koppke.

Julia Koppke REGENBOGEN – für eine neue Linke:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Für mich als Nicht-Fachpolitikerin sind die gesamten Einlassungen des Senats zum Thema Inline-Skating dieser Großen Anfrage ziemlich verquast, verklausuliert und weltfremd. Wenn ich mir mit meinem ganz normalen Menschenverstand den Bereich Inline-Skating ansehe, stelle ich als erstes fest, daß Inline-Skates Fortbewegungsmittel sind. Das ist nach Auslegung des Senats verschiedener Gesetze gar nicht der Fall, sondern Skates seien statt dessen Sport- und Spielgeräte. Das heißt, Inline-Skates sind so etwas ähnliches wie Fußball oder Tennisschläger.

(Jürgen Schmidt SPD: Etwas anders sehen sie aus!)

Daraus folgt rechtlich, daß Inline-Skater und Inline-Skaterinnen wie Fußgänger und Fußgängerinnen anzusehen sind. Das ist ziemlich Blödsinn, weil Inline-Skates natürlich Fortbewegungsmittel sind und keine Tennisschläger, und natürlich sind Inline-Skaterinnen und -Skater allein schon tempomäßig keine Fußgänger. D

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Insofern ist diese Definition völlig praxisfern, führt aber dazu, daß Inline-Skaterinnen und -Skatern die Benutzung von Radwegen und Fahrbahnen grundsätzlich untersagt ist. Eine solche Regelung ist nicht nur praxisfern von ihrer Herleitung her, sondern sie wird in der Praxis auch nicht so durchgeführt, weil sie nicht mit der Realität vereinbar ist. Wie sollen Skaterinnen und Skater ständig zwischen Fußgängerinnen hindurchflitzen. Das macht kein Mensch, allein schon, um eine Unfallgefahr zu vermeiden. Insofern fahren Skaterinnen und Skater natürlich auf Radwegen und manchmal auf der Fahrbahn, wenn wenig oder gar kein Autoverkehr ist. Das kann man auch allorts sehen.

Insofern möchte ich mich an dieser Stelle eindeutig dafür aussprechen, das zu legalisieren, was ohnehin schon Praxis ist, nämlich das Skaten auf Radwegen und auf der Fahrbahn – zum Beispiel in einigen Tempo-30-Zonen – zu ermöglichen.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Was mir weiterhin im Bereich Inline-Skating aufgefallen ist, betrifft Inline-Skating als Freizeitsport, wozu auch die Idee der festen Rundstrecken gehört. Der Senat dröseln in der Großen Anfrage auf, weshalb die Rundstrecke Billwerder Bucht ungünstig ist, und nennt Alternativen für feste Strecken. Allerdings muß man feststellen, daß diese alternativen Strecken nur für Nutzungen an Wochenenden vor-

(Julia Koppke REGENBOGEN – für eine neue Linke)

- A gesehen sind. Die Wege müssen in der Regel ohnehin erst skategerecht umgebaut werden, und diesbezügliche Kostenschätzungen liegen überhaupt nicht vor. Insofern sind die Alternativvorschläge ziemlich halbherzig.

Besonders interessant ist das Thema Außenalster, weil da das größte Hickhack in Hamburg zu laufen scheint. Die Bezirksversammlung Hamburg-Mitte sagt, ein Kurs um die Alster solle unbedingt geprüft werden. Die Bauverwaltung sagt, die Mitbenutzung der Radwege um die Alster sei ausdrücklich ausgeschlossen. Der Senat unterstützt die Hamburger Inline-Skating-Schule im Unifachbereich Sportwissenschaften, die zweimonatlich einen Lauf um die Alster ausrichten will, mit dem Ziel, diese Strecke als herausragende feste Strecke zu etablieren. Was denn nun? Unabhängig von Routen nur für Skaterinnen und Skater wäre die Freigabe der Außenalster-Radwege für Skaterinnen und Skater ein geeigneter erster Schritt. Sie könnten so zentral skaten, und es würde legalisiert werden, was so wieso legalisiert werden muß, wenn man in der Gegenwart ankommen will, nämlich die Mitbenutzung von Radwegen für Skaterinnen und Skater.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Senatorin Dr. Nümann-Seidewinkel.

Senatorin Dr. Ingrid Nümann-Seidewinkel: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe mir die Frage gestellt, dürfen hier eigentlich Menschen reden, die nicht skaten? Wenn das so ist, dann höre ich gleich auf. Meine Geschwindigkeit beim Skaten ist maximal 5 Kilometer in der Stunde, und das auch nur, wenn es ganz gut geht. Das schwierigste beim Skaten ist für mich immer das Bremsen.

- B Es ist relativ einfach zu erklären, warum ich hier heute rede. Der Innen- und Sportsenator ist zur Zeit auf der Innenministerkonferenz, und das ist sehr wichtig.

(Jürgen Klimke CDU: Zum Skaten!)

– Nein, ich glaube nicht, daß die am Skaten sind.

Ich zitiere aus einem Vermerk, den ich von der Behörde für Inneres bekommen habe, in dem es heißt:

„Inline-Skates sind keine Fahrzeuge im Sinne der StVO, sondern als Sport- und Spielgeräte einzuordnen. Die Skater stehen damit verkehrsrechtlich den Fußgängern gleich.“

Dieses ist das Problem und schon von einigen Vorrednern angesprochen worden. Einerseits ist Inline-Skaten – wenn man es kann – ein sehr eleganter Sport. Das konnte jeder feststellen, der während der Marathon-Veranstaltung die Skater gesehen hat. Bedenkt man allerdings, daß Geschwindigkeiten von 40 Stundenkilometer erreicht werden können, möchte man Skater nicht zusammen mit Fußgängern auf den Fußwegen haben.

Wenn man erlebt hat, wie schwierig es ist, in kritischen Situationen zu bremsen, dann habe ich erhebliche Zweifel, ob es gut und sicher ist, auf der Straße zu skaten, Frau Koppke. Leicht kann es passieren, daß Skater hinfallen. Wenn dann der erste Skater überfahren wird, wird man von „Wahnsinn“ sprechen.

Die Lösung, Skaten auf Fahrradwegen zu erlauben, ist nur scheinbar eine Lösung. Wenn Sie jemals mit Inline-Skates auf Fahrradwegen gefahren sind, konnten Sie feststellen, daß diese wunderschönen roten Steine, die beim Fahrrad-

fahren sehr viel Sinn machen, wenn das Reifenprofil relativ dick ist, mit Sicherheit nicht für das Skaten geeignet sind.

(Beifall – Jürgen Schmidt SPD: So ist es!)

Es ist also ausgesprochen schwierig, eine Strecke für einen Rundlauf zu finden. Dieser soll attraktiv sein, Herr Okun, das haben Sie gesagt. Sie sollten sich mit Ihrem Kollegen Herrn Reinert einmal zusammensetzen. Mich interessiert, was er und betroffene Anlieger sagen, wenn irgendwelche Straßen auf Dauer gesperrt werden, um sicheres Skaten auf einer Rundstrecke zu ermöglichen.

Sie haben recht, Herr de Lorent. Herr Wrocklage ist – im Gegensatz zu mir – ein großer Fan des Skatens. Er sagt, daß diesbezüglich ganz viel passieren muß und er sich dafür einsetzen will. Ich bin auch davon überzeugt, daß es ausgesprochen attraktiv ist, Skating-Läufe durch die Stadt anzubieten. Ich bin aber der Auffassung, daß dieses nicht unter dem Mäntelchen „Demo“ laufen darf.

(Vizepräsident Berndt Röder übernimmt den Vorsitz.)

Denn es ist auch eine Frage der Kosten, die bei solchen Läufen entstehen und die von denen getragen werden sollten, durch die sie anfallen. – Danke.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Die Bürgerschaft soll Kenntnis nehmen. Das hat sie getan.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 14 auf: Drucksache 16/5780, Große Anfrage der Gruppe REGENBOGEN.

[Große Anfrage der Gruppe REGENBOGEN – für eine neue Linke: Armut trotz Arbeit in Hamburg – Umfang und mögliche Ursachen – Drucksache 16/5780 –]

Wird hierzu das Wort gewünscht? – Der Abgeordnete Hackbusch hat es.

Norbert Hackbusch REGENBOGEN – für eine neue Linke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es war sicherlich zu Recht so, daß wir uns schwerpunktmäßig in den letzten Jahren in der Arbeitsmarktpolitik vor allen Dingen um die Fragestellung der Arbeitslosigkeit gekümmert haben, da sie eine katastrophale Auswirkung hatte. Von daher war diese Schwerpunktsetzung richtig.

Es ist nicht das einzige wichtige Thema, mit dem man sich in der Arbeitsmarktpolitik auseinandersetzen sollte. Der neue Armutsbericht der Bundesregierung – dessen Erscheinen ich für sehr richtig und wichtig halte – stellt fest, daß fast 10 Prozent der Erwerbstätigen als arm gelten. Ihnen steht nur weniger als 50 Prozent des Durchschnittseinkommens zur Verfügung. Dieser Anteil ist bei Erwerbstätigen in einem Mehrpersonenhaushalt mit Kindern sogar noch höher. Das ist unerträglich. Man kann sicherlich lange darüber diskutieren, wie die Armut insgesamt zu bewerten ist, aber sie ist definitiv vorhanden.

Die Zahlen wurden nur durch indirekte Studien bekannt, weil nach allen Untersuchungen, die auch in diesem Armutsbericht der Bundesregierung enthalten sind, diese wenig verdienenden Erwerbstätigen diejenigen Personen sind, die nicht zum Sozialamt gehen. Sie treten aus verschiedenen Gründen den Gang zum Sozialamt nicht an,

C

D

(Norbert Hackbusch REGENBOGEN – für eine neue Linke)

A weil sie sich entweder schämen, sie es nicht wissen oder weil sie versuchen, irgendwie mit ihrer Situation zurechtzukommen. Darum ist es besonders notwendig und wichtig, für diese Gruppe politisch etwas zu tun.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke, bei *Helga Christel Röder CDU* und *Uwe Grund SPD*)

Der DGB und die Gewerkschaft ver.di in Hamburg haben dies als spezielle Aufgabe vorgenommen.

Die Schwierigkeit zeigt sich auch in den von uns allen gemachten Erfahrungen mit den vielen Menschen, die in der letzten Zeit ihre Arbeit aufgenommen haben oder schon länger beschäftigt sind. Die Arbeitsbedingungen auf dem Arbeitsmarkt sind um einiges härter geworden. Es gibt äußere Kennzeichen, zum Beispiel daß es mehr und mehr Leiharbeitsfirmen gibt, und Beschäftigte, bei denen der Tarif praktisch nicht mehr zur Diskussion steht. Zudem gibt es mehr und mehr Beschäftigungssituationen, die keinen Urlaubsanspruch beinhalten, sondern hier wird der Urlaub frei verhandelt.

Dieser nicht mehr organisierte Arbeitssektor, den wir nicht mehr als sozialpolitisch verantwortbar bezeichnen können, hat kräftig zugenommen. Jeder, der sich in der letzten Zeit dort umgehört hat, wird erschreckende Ergebnisse mitbekommen haben.

Die Auseinandersetzung damit ist deswegen auch so wichtig, weil es eine groß angelegte Diskussion auch zum Bereich Niedriglohnssektor gibt und das Bündnis für Arbeit Möglichkeiten sieht, etwas gegen die Arbeitslosigkeit zu unternehmen. Indem man die Löhne senkt und einen sogenannten Niedriglohnssektor einrichtet, meint man in der Lage zu sein, in diesem Bereich mehr Menschen Beschäftigung finden zu lassen.

(*Uwe Grund SPD*: Das ist Quatsch!)

Denn wenn sich die Löhne in diesem Bereich insgesamt senken, würde man in der Lage sein, mehr Beschäftigung aufzubauen. Dieser Weg ist fatal. Den Niedriglohnssektor als eine gesellschaftliche Chance zu sehen, halte ich auch für einen großen Fehler. Soweit zu meinen allgemeinen Überlegungen.

Wir haben in Hamburg eine Behörde für Arbeit, die sich in dieser Stadt um viele Fragen kümmert, aber um die von uns gestellten Fragen so gut wie gar nicht, denn ihre Antworten sind äußerst dürr. Die Behörde hat kaum Studien darüber gelesen und noch nicht einmal den Armutsbericht der Bundesregierung richtig studiert.

Sie wissen nicht, wie sich die prekären Beschäftigungsverhältnisse entwickelt haben. Sie sagen, daß es dazu wenig Daten gebe und daß Analysen über prekäre Beschäftigungsverhältnisse in den neunziger Jahren nicht notwendig gewesen seien, weil es dafür keinen Bedarf gab. Das ist ein beschämendes Zeugnis; das geht so nicht.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke und bei *Helga Christel Röder CDU*)

Die zweite wichtige Frage ist: Was kann die Stadt in diesem Bereich selbst an Aktivitäten leisten? Aus der Großen Anfrage gehen erschreckende Ergebnisse hervor.

Wir stellen fest, daß nicht nur die Behörde kaum eine Ahnung hat, was eigentlich geschieht, sondern Hamburg bei allen öffentlichen Unternehmen Vorreiter für die Tarifabsenkungen ist. In allen öffentlichen Unternehmen verdienen fast flächendeckend die neu eingestellten Mitarbeiter

weniger als die länger Beschäftigten. Besonders die jüngeren, die viel Geld brauchen, weil sie Familien oder anderes aufbauen, verdienen gegenwärtig weniger, weil die Tarife insgesamt abgesenkt wurden. Das ist fatal.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Es ist auch katastrophal, daß in bestimmten Bereichen der öffentlichen Unternehmen Niedriglohnbereiche neu eingeführt worden sind, was wir als Gewerkschafter immer abgelehnt haben. Sie sind mittlerweile vor allen Dingen im Bereich des Flughafens positioniert. Dort werden Löhne von 2400 bis 2500 DM brutto gezahlt. Es ist mittlerweile normal geworden, daß man dort für dieses Gehalt eingestellt wird. Diese Löhne halte ich für sozialpolitisch nicht tragbar. Zumindest ist es erkennbar, daß dadurch Krisen entstehen.

Ein Skandal ist, wenn dieser Senat vor allem die Löhne und Gehälter bei den Schwächsten dieser Stadt absenkt. Ein aktuelles Beispiel sind die Planungen im Bereich der Kindertagesstätten, in denen die Gehälter für sogenannte Haushaltshilfen von 3000 auf 2400 oder 2500 DM brutto abgesenkt werden sollen. Das ist ein sozialpolitischer Skandal, weil Sie damit die sozialpolitisch Schwachen treffen. Ich hoffe, daß es dazu von den politischen Parteien, die in dieser Stadt etwas zu sagen haben, eine Meinung gibt. – Danke.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Grund.

Uwe Grund SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es gibt die schöne Geschichte von Amerika, wo ein Journalist auf der Straße unterwegs ist und einen fleißig arbeitenden Menschen fragt, ob er nicht gehört habe, daß in den Vereinigten Staaten in den letzten Jahren über drei Millionen neue Arbeitsplätze entstanden seien. Der Mann stutzt zunächst, sagt dann: Jawohl, das ist völlig richtig, drei davon habe allein ich.

Ich glaube, einiges davon ist der Hintergrund dafür gewesen, was die Gruppe REGENBOGEN dazu veranlaßt hat, ihre Anfrage zu stellen. Ich behaupte nicht – Herr Mehlfeldt, weil Sie

(*Jürgen Mehlfeldt CDU*: Ja, ja!)

kritisch schauen –, daß wir bereits amerikanische Verhältnisse haben. Aber wir haben uns in den letzten Jahren ein Stück in diese Richtung bewegt. Es ist wirklich so, daß viele Menschen in dieser schönen, großen Stadt nicht in der Lage sind, von ihrem durch harte Arbeit erworbenen Einkommen real leben zu können.

Es gibt Tariflöhne, an denen auch meine Gewerkschaft beteiligt ist, die so niedrig sind, daß man davon allein in der Stadt nicht leben kann. Das ist Realität. Viele glauben das nicht und denken immer, alle diese Arbeitnehmer haben überzogene Vorstellungen, völlig überreizte Sozialeinkommen und bewegen sich in Gehaltssituationen, die in vielen Fällen traumhaft seien. Ich will Herrn Hackbusch ausdrücklich recht geben, daß sich dies in der Realität nicht widerspiegelt.

In der Großen Anfrage sind eine Reihe dieser sogenannten Niedriglohnssektoren in Tarifverträgen genannt. Es sind beileibe nicht alle. Ich habe zum Beispiel den Einzelhandel vermißt, Herr Mehlfeldt, wo eine gelernte Verkäuferin nach einer qualifizierten zweijährigen Berufsausbildung ein so

(Uwe Grund SPD)

- A niedriges Einstiegsbehold bekommt, daß sie dicht an der Sozialhilfegrenze liegt. Das ist Realität. Es gibt inzwischen Menschen, die deshalb einen zweiten oder dritten Job suchen; das ist wahr.

Auf der anderen Seite ist es so, daß die Mutmaßungen der Gruppe REGENBOGEN, wir befänden uns in der Situation, daß die Menschen zuhauf zusätzlich ergänzende Sozialhilfe beantragen müssen, durch die Daten der Umfrage nicht belegt werden können. Wir haben keine stark ansteigenden Zahlen im Bereich der ergänzenden Sozialhilfe in der Stadt.

(Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Warum wohl?)

Das sagt noch nichts darüber aus, Frau Sudmann – ich wußte, daß diese Bemerkung von Ihnen kommt –, wie die Lage wirklich ist. Ich bin durchaus bei Ihnen, daß es eine große Grauzone gibt.

(Helga Christel Röder CDU: Steht doch drin!)

Es gibt viele Menschen, die von diesen Möglichkeiten nicht Gebrauch machen. Das trifft bei den älteren Menschen nicht nur aufgrund von Armut, aus Versämtheit oder aus Unvermögen zu, sondern es war in der Vergangenheit häufig deshalb so, weil sie befürchteten, daß es einen staatlichen Durchgriff auf ihre Kinder und Enkel im Zusammenhang mit den entsprechenden Unterhaltungspflichtenleistungen geben würde, die sie nun einmal gegenüber ihren in Armut geratenen Eltern haben. Daran werden wir – so ist es vorgesehen – in absehbarer Zeit etwas ändern. Das sieht jedenfalls die strategische Planung hinsichtlich der Renten-debatte vor. Aber zurück zum Thema, denn es geht um Arbeit und nicht um Rente.

- B Ich muß Herrn Hackbusch eindeutig widersprechen. Es ist nicht Ziel des Bündnisses für Arbeit, einen Niedriglohnsektor zu schaffen, sondern dafür zu sorgen, daß wir vor allem in Dienstleistungsberufen und für einfache Tätigkeiten Menschen in Arbeit bringen. Die Frage lautet: Wie geschieht dies am besten und am intelligentesten? Hier gehen die Meinungen sehr auseinander.

Es gibt Modelle, die mit Lohnkostensubventionen zu tun haben, und Ideen, andere Lösungswege wie etwa die – in entsprechender Form – befristete Übernahme von Sozialversicherungsbeiträgen zu leisten. Wir reden über Dienstleistungsagenturen; dafür gibt es namhafte Beispiele in der Stadt. Wir wissen, Herr Hackbusch, daß zwar viel schlecht bezahlte Arbeit stattfindet, die aber unsere Steuerzahlerstatistiken nie erreichen, weil sie – wie wir wissen – schwarz ausgeübt wird. Sie kann nur deshalb schwarz stattfinden, weil die Menschen lieber 11 DM netto als 13 DM brutto verdienen

(Jürgen Mehlfeldt CDU: Lohnzusatzkosten herunter, Herr Grund!)

und viele andere Unternehmen, die diese Menschen beschäftigen, am Ende zu dem Ergebnis kommen, daß für sie die Rechnung besser ist, wenn diese Menschen für 11 DM netto als für 15 DM brutto arbeiten würden. Das ist die reale Lage.

Es ist die Frage, was dagegen zu tun ist. Als Gewerkschafter fühle ich mich in meiner Aufgabe bestätigt, weil es hier viel zu tun gibt. Für die Betroffenen ist das aber nicht erfreulich. Ich komme damit auf das Thema, auf das es Ihnen besonders angekommen ist.

Auch für mich ist es keine Freude, weder als Sozialdemokrat noch als Gewerkschafter, das zur Kenntnis nehmen zu müssen. Das haben wir schon länger getan, weil uns die wiedergegebenen Fakten bestens bekannt sind. Es ist weder erfreulich noch erstrebenswert, zur Kenntnis nehmen zu müssen – das sage ich ausdrücklich –, daß es in vielen Bereichen des öffentlichen Dienstes notwendig war, in freien Tarifverhandlungen sogar für Menschen, die dort schon arbeiten, die Einkommen zu verschlechtern und für diejenigen, die künftig dort beschäftigt sein werden, häufig schlechtere Bedingungen zu schaffen.

Es stellt sich die Frage nach der Ursache. Sind es die doofen Sozialdemokraten, die – wie die Gruppe REGENBOGEN unterstellt – zu Lasten der armen Bevölkerung sparen wollen?

(Jürgen Mehlfeldt CDU: Die Art der Besteuerung von Arbeit!)

Die Realität ist anders. Auf diese möchte ich doch noch einmal Ihren Blick lenken.

Vielleicht ist es an der Gruppe REGENBOGEN vorübergegangen – aber hoffentlich nicht am Rest des Hauses –, daß die Zeiten der Staatsmonopole, in der man als Staat alle Aufgaben allein erledigt, längst vorüber sind.

Wenn Sie die Liste der Unternehmen durchgehen – insbesondere im Verkehrsgewerbe, aber auch in anderen Dienstleistungsbereichen –, über die wir reden, dann gibt es beispielsweise bei dem von Ihnen genannten Bereich der Luftfahrt und der Luftfracht der Flughafen AG dafür Hintergründe, die wir nicht beeinflussen können. Unter anderem verfügen wir etwa im Bereich des Nahverkehrs als Staat über diese Monopolstellung überhaupt nicht mehr.

(Antje Blumenthal CDU: Und warum macht der LBK eine eigene Wäscherei auf?)

Diese Unternehmen sind inzwischen aufgrund von EU-Recht in den Wettbewerb gestellt worden. Dies geschieht auf Basis von zwei markanten Grundlagen: Erstens über die gebotene Qualität und zweitens über die Kosten, also die Preise, die für diese Produkte und Dienstleistungen verlangt werden. Das ist normal, das kennen wir von überall.

Die Gewerkschaften und auch der Senat haben in der Vergangenheit im Bereich der Tarife und Löhne in diesen Sektoren Außergewöhnliches geleistet, und zwar mehr, als es in der privaten Wirtschaft der Fall war. Das halte ich – damit wir uns richtig verstehen – für eine Errungenschaft.

Die heutige Realität ist, daß sich etwa die Hamburger Hochbahn oder die Flughafen AG mit ihren dort tätigen Versorgern vor dem Wettbewerb mit Privatunternehmen, die nach EU-Recht irgendwann auf den Markt treten werden, die Frage stellen müssen, ob sie in absehbarer Zeit mit ihren Konkurrenten erfolgreich konkurrieren können oder nicht.

Das kommt bei den Leiterinnen und Leitern dieser Unternehmen, bei den Gewerkschaften, den Personalräten und bei den betroffenen Beschäftigten in der Form an, indem der Druck immer größer wird, weil man Qualitätsverbesserungen erreichen will und trotzdem Kosten sparen muß. Das ist die Realität.

Die Alternative wäre, mit diesen Unternehmen keine Tarifgespräche mehr zu führen, sie aus dem staatlichen Bereich endgültig zu entlassen und vollständig zu privatisieren. Für sie gelten dann keine Tarifverträge, oder sie haben Lohn-

(Uwe Grund SPD)

A bedingungen, die noch deutlich schlechter sind. Diese Lösungen haben in der Vergangenheit weder der Senat noch die in den Unternehmen tätigen Verantwortlichen als akzeptabel empfunden. Von daher ist es richtig und korrekt, daß man nach Lösungen sucht, die sozial verträglich sind.

Ich bin nicht der Überzeugung – das sage ich hier ausdrücklich –, daß dies immer hinreichend gelungen ist. Aber das ist die Realität, die wir vorfinden. Sie müssen über die Alternativen diskutieren, wenn Sie solche Forderungen haben, die Sie vorhin äußerten.

Es kommt uns darauf an, gemeinsam in diesem Feld etwas zu tun. Ich bin der festen Überzeugung, daß wir dazu einen Schritt gehen werden. Ich weiß und bin sicher, daß im Bereich der Sozialhilfe Neuregelungen stattfinden werden. Die Berechnung der Sozialhilfe muß auf andere Beine gestellt werden; das wird passieren.

Wir werden im Bereich der Altersarmut und der Renten etwas tun. Ich hoffe, Frau Senatorin, daß die Grundsicherung wirklich kommt und wir uns hier schrittweise weiter nach vorne bewegen.

Armut durch staatliches Handeln völlig zu beseitigen, wird uns nicht gelingen. Jedenfalls dann nicht, wenn man davon ausgeht, daß Menschen, auch wenn sie Sozialhilfe bekommen, immer noch arm sind. Ich unterstelle, daß das der Fall ist.

Summa summarum, Herr Hackbusch und meine Damen und Herren von der Gruppe REGENBOGEN, hat Ihre Große Anfrage durchaus einen sehr kritischen und wunden Punkt angesprochen. Wir müssen uns – insoweit ist es verdienstvoll – der Frage weiter annehmen, wohin es geht, wenn Menschen hart arbeiten und trotzdem nicht in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt vernünftig zu bestreiten. Darum müssen wir uns gemeinsam kümmern. Dann helfen jämmerliche Debatten – das sei am Schluß in Richtung Opposition gesagt – über Lohnabstandsgebote im Zusammenhang mit Sozialhilfe und Tarifeinkommen wirklich nicht weiter. – Schönen Dank.

B

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Röder.

Helga Christel Röder CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! So jämmerlich sollte es gar nicht werden, Herr Grund. Ich wollte an der Stelle noch einmal ansetzen, an der Herr Hackbusch aufgehört hat.

Wir reden hier über einen großen Prozentsatz von Menschen in Hamburg. Ich habe aus der Antwort der Großen Anfrage entnommen, daß es im Bereich der Altersgruppe von 25 bis 45 Jahren 165 000 Menschen sind. Man rechnet in Hamburg mit einem Anteil von circa 16 Prozent der abhängig erwerbstätigen Menschen, die in diesen Niedriglohngruppen arbeiten. Im Bundesdurchschnitt sind es 10 Prozent. Ich frage mich, wie es eigentlich kommt, daß es in Hamburg 16 Prozent sind.

Mir ist bei den sehr hilfreichen und umfangreichen Antworten die Aussage aufgefallen, die sicherlich für unsere – hoffentlich nicht nur, Herr Grund – zukünftigen Diskussionen sehr nützlich sein könnte, daß auch Menschen, die beispielsweise den Beruf der Arzthelfer, Floristen oder Friseur erlernt haben, in diesen Lohnaufstellungen auftauchen, die bei 2500 DM und darunter liegen. Wissen Sie, daß dies überwiegend Frauenberufe sind?

Darüber haben wir auch zu reden, denn es ist enorm wichtig. C

(*Ingrid Cords SPD:* Die CDU müßte mehr Frauen in die Bürgerschaft bringen!)

Zu einem späteren Zeitpunkt meiner Rede werde ich hier noch einmal einhaken.

Mich hat, als ich die Behördenstatistiken betrachtete, die Tatsache sehr erschreckt, wie es mit den Geringfügigbeschäftigten in Hamburgs Behörden aussieht. Da wurde mir richtig schlecht.

(*Uwe Grund SPD:* Wieso das denn?)

Beim Bezirksamt Hamburg-Nord steht tatsächlich, daß glücklicherweise die Anzahl der Geringfügigbeschäftigten gesenkt wurde. Das hat doch was. Aber heftig ist, daß die Justizbehörde, BSJB oder die Behörde für Wissenschaft und Forschung gerade diese Beschäftigungsverhältnisse immens herauffahren. Sie wissen doch genau, was für die Menschen mit einem zweiten Beschäftigungsverhältnis in der Lohnsteuerklasse sechs übrigbleibt. Das kann es doch wohl nicht sein.

(*Doris Mandel SPD:* Das sind die studentischen Hilfskräfte!)

– Nein, das sind nicht nur Studenten. Lesen Sie sich die Antworten einmal genau durch, es sind auch viele andere dabei.

Diese Entwicklung ist sicherlich nicht gut. Wenn der Senat ehrlich sagt, daß er sich darüber keine Gedanken gemacht hat – wie es in der Antwort zu D.6.7 steht –, dann sollten wir intensiv darüber nachdenken, was das für uns bedeutet. Ich glaube, hier besteht Handlungsbedarf.

Diese Menschen, die als Alleinverdiener in einer Familie mit 2500 DM und weniger auskommen müssen, werden natürlich – das muß man auch realistisch sehen – von der Partizipation in vielen Lebensbereichen ausgeschlossen. Da gibt es dann eben keinen Bericht vom Kinobesuch und keinen tollen Urlaub, von dem man erzählen kann. D

(*Doris Mandel SPD:* Wie das auch bei Sozialhilfeempfängern der Fall ist!)

Man muß dabei wissen, daß Menschen, die so wenig verdienen, sehr wohl Anspruch auf ergänzende Sozialhilfe oder auf Wohngeld haben. Aber von diesen 165 000 Menschen in Hamburg machen 40 Prozent keinen Gebrauch. Bei diesem Punkt müssen wir dringend einhaken. Es ist auch unsere Pflicht, diesen Menschen Wege und Möglichkeiten aufzuzeigen, daß sie Hilfe bekommen können. Das ist wichtig.

Die Hälfte dieser 165 000 erwerbstätigen Menschen leben also faktisch unter dem Niveau der Sozialhilfe. Es sind häufig Familien mit Kindern, wo die Mütter zu Hause bleiben, weil es mit dem Kindertagesheimplatz, den sie vorhin so groß tönend angeboten haben, der in Hamburg so wunderbar zur Verfügung gestellt wurde und deren Zahlen in den letzten Jahren so toll angestiegen seien, nämlich nicht klappt und sie sich ihn finanziell nicht leisten können.

(*Doris Mandel SPD:* Aber viel weniger als in Baden-Württemberg!)

– Es ist klar, daß Sie, wenn Sie an der Regierung sind, darüber nicht fröhlich sein können, wenn dies jemand sagt.

Jetzt zu unseren Forderungen. Wir wollen erstens in jedem Fall die Erwerbsbeteiligung der Frauen fördern. Das setzt

(Helga Christel Röder CDU)

- A einerseits natürlich eine offensive Arbeitsmarktpolitik voraus, andererseits heißt dies aber für die CDU, den Ausbau von bezahlbaren Kinderbetreuungsplätzen

(Wolfgang Franz SPD: Deshalb habt ihr auch so viele Frauen in eurer Fraktion!)

mit flexiblen Öffnungszeiten zu intensivieren, die nämlich noch nicht vorhanden sind.

(Carmen Walther SPD: Warum haben Sie das denn nicht gemacht, als Sie an der Regierung waren?)

Wir wollen zweitens in jedem Fall die Erhöhung der staatlichen Transferleistungen –

(Petra Brinkmann SPD: Märchenstunde!)

die Erhöhung des Kindergeldes um 30 DM ist ja ganz nett, aber das kann doch nur ein Anfang sein –,

(Zurufe von der SPD)

des Erziehungsgeldes oder der steuerlichen Freibeträge.

Die Kindergelderhöhung ist für uns nur ein Anfang. Es gibt speziell im Steuerbereich noch wesentlich mehr zu tun.

(Zurufe von der SPD und von der GAL)

– Ja, damit sie Vorteile haben.

Wir fordern drittens eine Beratungsstelle für die Erwerbstätigen im unteren Einkommensbereich. Denn laut Mannheimheimer Studie „Arbeit trotz Armut“ könnten 40 Prozent unserer 165 000 Hamburger Niedriglohnerwerbstätigen Wohngeld und ergänzende Sozialhilfe beantragen.

(Doris Mandel SPD: Richtig! 28 Sozialdienststellen beraten in dieser Stadt!)

- B Das tun sie nicht. Warum, Frau Roth, haben Sie für diese Menschen keine Angebote, warum gehen Sie nicht auf sie zu? Sie hoffen, daß sie das nutzen, was vielleicht irgendwo vorhanden ist.

Es hat genügend Modellversuche gegeben. Ich denke, wir müssen jetzt handeln. Wir wollen nicht, daß Menschen durch ihre Armut ausgegrenzt werden. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU und REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Simon.

Heide Simon GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Röder, ich bin angesichts der Thematik Ihres Redebeitrages etwas erstaunt. Er ging in Richtung einer Aktuellen Stunde zur Familienarbeit und Berufstätigkeit. Sie plädieren für Beratungsstellen – die es im übrigen in der Stadt gibt –, um die Menschen vor der Armut zu bewahren und zu ergänzender Sozialhilfe zu ermuntern. Das habe ich so verstanden. Sie haben aber leider keine Lösungsansätze geboten, wie das zu finanzieren ist, beziehungsweise Sie haben wenig dazu gesagt, was den öffentlichen Dienst angeht.

Die Antworten des Senats auf die Große Anfrage haben mich tatsächlich in Erstaunen versetzt, weil nicht klar war, welches Ausmaß diese verdeckte Armut angenommen hat. Herr Grund hat schon gesagt: Wir wollen in Hamburg nicht dahin, daß wir uns alle von zwei, drei schlecht bezahlten Tätigkeiten ernähren müssen. Wir wollen das, was wir im Bündnis für Arbeit schon gut geschafft haben – auch mit Hilfe der Wirtschaft, die anfängt, mit uns auf die-

sen Weg zu gehen –, nämlich die Arbeitslosigkeit zu senken und – das sage ich speziell für die GAL, was aber auch für die SPD gilt – existenzsichernde Einkommen zu erzielen. Wir setzen nicht auf Tätigkeiten, die von vornherein in die ergänzende Sozialhilfe treiben. Das kann nicht der Weg sein.

Mit Erstaunen habe ich bei den Antworten dieser Großen Anfrage natürlich auch wahrgenommen, daß wir uns tatsächlich ein Stück in die falsche Richtung bewegen. Wir sollten nach wie vor davon ausgehen, daß der öffentliche Dienst auch arbeitsmarktpolitisch für uns einen Vorbildcharakter hat. Darauf haben wir in Hamburg von seiten der Koalition und des Senats tatsächlich Einflußmöglichkeiten. Wir können nicht sagen, daß wir davon nichts wissen – das sagte auch schon Herr Grund –, aber der Wettbewerb und der Markt dies schon regeln würden.

Ihr Beitrag, Frau Röder, hat mich auch erstaunt. Denn eigentlich hat die CDU immer darauf gesetzt, möglichst alles zu privatisieren

(Zuruf von der CDU)

und dies durch die Kräfteverhältnisse des freien Wettbewerbs ausloten zu lassen. Wir sehen letztendlich, was dabei herauskommt.

Ich bin der Ansicht, daß auch im öffentlichen Dienst gewisse Einflußmöglichkeiten genutzt werden müssen, um zu verhindern, daß weiterhin die Lohngruppen abgesenkt werden und daß es intern zum Teil bis zu 25 Prozent Abschlüge gibt. Das ist fatal. Wir werden – das hat auch Herr Grund gesagt – hier eingreifen, umsteuern und nach besseren Lösungen suchen müssen, denn Ausgründungen und Fremdvergabe können nicht die alleinseligmachende Lösung in Hamburg sein.

Ich bin auch der festen Überzeugung, daß die Verbraucherinnen und Konsumentinnen in der Stadt sehr wohl auch auf die Qualität der Dienstleistungen achten. Das gilt auch für den öffentlichen Dienst. Das heißt, nicht alles, was billig ist, dem Kostendruck unterliegt und sich auf dem Markt preiswert anbietet, wird tatsächlich auch goutiert. Da gibt es noch Unterschiede.

Die Antworten in der Großen Anfrage zeigen, daß wir auch berücksichtigen müssen, daß ein Einstiegsgehalt von rund 3000 DM brutto – das sagten Sie zu Recht, Frau Röder – bei vielen Frauentätigkeiten, die aufgelistet sind, nicht dazu dient, sich selbst, geschweige denn, unter Umständen eine Familie davon ernähren zu können. Das ist bei weitem nicht existenzsichernd. Wenn wir überlegen, daß in gewissen Bereichen weitere Abschlüge bis zu 25 Prozent geplant sind, dann ist das fatal, und da hilft auch die Beratung zur ergänzenden Sozialhilfe wenig. Ich halte das finanzpolitisch und arbeitsmarktpolitisch für kontraproduktiv. Vor allen Dingen ist das finanzpolitisch eine Milchmädchenrechnung, denn wir als Stadt Hamburg müssen auch die ergänzende Sozialhilfe bezahlen. Bei allen Schwierigkeiten, die die Studie auch zeigt, wäre es sehr viel besser, ein existenzsicherndes Einkommen für eine vernünftige qualitätsbezogene Arbeit anbieten zu können.

Zur Kita-Card, die so oft genannt wird, will ich sagen – das steht auch deutlich in der Großen Anfrage, Frau Sudmann und Herr Hackbusch –, daß der Senat die Beratungen bezüglich der Pauschalierung des Leistungsentgelts noch nicht abgeschlossen hat. Das heißt, wir sind auf dem Wege, das vernünftig auszuloten; soviel dazu.

C

D

(Heide Simon GAL)

A (Zurufe von *Heike Sudmann und Norbert Hackbusch, beide REGENBOGEN – für eine neue Linke*)

Wir sollten gemeinsam dafür sorgen, daß sich die Rahmenbedingungen im öffentlichen Dienst verändern. Statt einer Art von Niedriglohnsektor oder einer Tariffucht müssen wir – davon bin ich überzeugt – arbeitsmarktpolitisch gegensteuern. Das ist unsere Aufgabe. Wir können nicht guten Gewissens sagen, der Wettbewerb werde es schon regeln, und zusehen, wie die meisten Menschen dann doch mit den niedrigen Einstufungen der Lohngruppen von vornherein auf die ergänzende Sozialhilfe angewiesen sind.

Es gibt eine Reihe von Daten und Fragen, die im Rahmen der Großen Anfrage nicht beantwortet werden können. Wir wissen eigentlich noch sehr wenig über die Menschen, die hier in der Stadt Sozialhilfe beziehen, und können die Zusammenhänge zwischen Arbeit, Einkommen und Armut noch nicht konkret benennen. Da gibt es keine Querverknüpfungen.

In Zukunft wird es aber den Armutsbericht geben. Dieser Bericht sollte – so haben wir es zumindest mit der Senatorin besprochen – eine qualitative Erhebung beinhalten. Seitens der GAL gibt es einen Antrag dazu. Eine qualitative Erhebung muß es deshalb sein, weil wir vom Sozialamt schlecht verlangen können, die einzelnen Antragsteller genau zu befragen, wo und wie viele Wochenstunden sie arbeiten und ob sie tariflich bezahlt werden. Das gibt dann wieder datenschutzrechtliche Probleme. Daher müßten wir eine qualitative Erhebung in der Stadt anstreben, die genau diese Zusammenhänge, Herr Hackbusch, die Sie auch in Ihrer Großen Anfrage deutlich abgefragt haben, herstellen, so daß wir dann hoffentlich exakter beantworten können, wo es in der Stadt hakt und was Armut trotz Arbeit und ergänzender Sozialhilfe tatsächlich bedeutet. Ich bin sicher, daß wir gemeinsam in der Koalition und mit der Senatorin einen Weg finden, ihn finden müssen, um umzusteuern.

B

(Beifall bei der GAL und bei Uwe Grund SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt Senatorin Roth.

Senatorin Karin Roth: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die statistischen und empirischen Grundlagen für die Beurteilung des Themas Armut in dieser Stadt und Erwerbstätigkeit sind in der Tat nicht sehr gut. Deshalb beabsichtigen wir, einen umfassenden Sozialbericht, sowohl quantitativ als auch qualitativ, vorzulegen. Wir bereiten ihn zur Zeit vor und beziehen die Wohlfahrtsverbände und andere Gruppierungen mit ein.

Sie haben in der Großen Anfrage gesehen, daß das Armutsrisiko weiblich ist und vor allem Familien mit Kindern trifft. Da schließe ich an die Debatte an, die wir heute schon hatten, nämlich die Familie durch Vergünstigungen und Möglichkeiten der Finanzierung und der Unterstützung herauszuheben. Es ist keine Frage, man kann es nachlesen, die alleinerziehenden Mütter und die Familien mit zwei und mehr Kindern sind auf ergänzende Sozialhilfe angewiesen. Die Frage ist aber, wie man aus dieser Situation herauskommt.

Diese Große Anfrage hat aber auch gezeigt – dies insbesondere an die Opposition gerichtet –, daß das Thema Lohnabstandsgebot zwar immer im Zusammenhang mit Sozialhilfe diskutiert wird, eigentlich aber ein ganz anderes

Thema ist. Denn das Lohnabstandsgebot, das wird allein durch diese Darstellung deutlich, wird erreicht. Allerdings in der Weise, daß viele Tarifverträge so niedrig sind, daß sie tatsächlich bewirken, daß Sozialhilfe gezahlt werden muß. Dies muß wiederum bei der Frage berücksichtigt werden, ob das, was Sie immer fordern – eine stärkere Lohnabstandsgebotsregelung –, tatsächlich notwendig ist. Ich schließe daraus, daß das nicht der Fall ist, sondern umgekehrt: Die Tarifvertragsparteien müßten an dieser Stelle – insbesondere im Bereich der sogenannten weiblichen Beschäftigungsbereiche – stärker auf die unteren Einkommen einwirken, um hier eine stärkere Lohnerhöhung zu erreichen.

C

(Beifall bei *Andrea Franken und Heide Simon, beide GAL*)

Das ist allerdings eine Sache der Tarifvertragsparteien, das können weder der Senat noch die Bundesregierung ändern. Es ist aber ein eindeutiges Indiz dafür, das ist auch in dieser Anfrage deutlich geworden, daß hier nicht etwa zu viel gezahlt wird, wie es oft behauptet wird, sondern in vielen Bereichen zu wenig. Hinzu kommen die Teilzeitarbeit oder Arbeitszeiten, die geringer als die sogenannten regulären Arbeitsverhältnisse sind.

Das führt uns zu dem Thema Vereinbarkeit von Beruf und Familie. In der Tat bedeutet Teilzeitarbeit – auch richtig bezahlt – trotzdem am Ende weniger und daß ergänzende Sozialhilfe, insbesondere für Frauen mit Kindern, bezahlt wird. Daraus zu schließen, daß die Löhne zu niedrig sind, wäre falsch. Denn wenn es eine Vollzeitarbeit wäre, wären die Löhne höher. Insofern kommt es darauf an, strukturell einzugreifen. Die Politik hat in diesem Zusammenhang schon eine ganze Menge getan, insbesondere die Bundesregierung. Die Bundesregierung hat mit ihrer Steuerpolitik genau richtig angesetzt, indem sie versucht, das Armutsrisiko, zum Beispiel durch Erhöhung des Grundsteuerfreibetrages, zu reduzieren. Das ist eine Sache, die sehr wichtig ist. Darüber hinaus denken Sie an die Erhöhung der Freibeträge im Zusammenhang mit der Kindererziehung. Dieses alles sind Maßnahmen, die dazu führen, daß Familien mit Kindern in Zukunft nicht auf Sozialhilfe angewiesen sind, wenn die Maßnahmen greifen. Hinzu kommt das Kindergeld, das voraussichtlich um 30 DM erhöht wird.

D

(*Jürgen Mehlfeldt CDU:* Das geht doch mit der Ökosteuer wieder weg!)

Die Frage, wie wir die Armut in diesem Bereich beseitigen können, ist insbesondere auch aus steuerpolitischer Sicht zu lösen. Meine Meinung ist, daß wir in Hamburg eine Menge zusätzlich getan haben, zum Beispiel die guten Kinderbetreuungsangebote, die – auch finanziell – gut gestaltet wurden. Darüber hinaus ist auch die Verlässliche Halbtagsgrundschule, die heute bereits diskutiert wurde, eine Maßnahme, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu fördern. Dies gilt ferner für die geplante Ausweitung der Ganztagschulen und die Kinderbetreuung für Berufstätige.

Wir in Hamburg haben eine ganze Menge getan, darüber hinaus aber auch die Bundesregierung, beispielsweise die Neuordnung der geringfügigen Beschäftigung. Ferner unterliegen die 630-DM-Beschäftigungen der Sozialversicherungspflicht, was ebenfalls eine wichtige Maßnahme ist, um in Zukunft zu vermeiden, daß Frauen im Alter in Armut leben müssen. Weitere Dinge werden noch folgen müssen. Insbesondere geht es aber darum, deutlich zu machen, daß die Frage der niedrigen Stundenlöhne auch

(Senatorin Karin Roth)

- A eine Frage der Branchen und der Beschäftigungsverhältnisse in diesen Branchen ist. Das muß man einerseits bedauern, andererseits sollten dies die Tarifvertragsparteien für sich regeln.

Bezogen auf den öffentlichen Dienst gilt das gleichermaßen. Herr Grund hat schon deutlich gemacht, daß gerade die Unternehmen im öffentlichen Dienst, die sich hier am Markt bewegen, entsprechend wettbewerbsfähig sein müssen – insofern kann man nicht sagen, daß der öffentliche Dienst ein Schonbereich wäre. Die Europäische Union verlangt beispielsweise von öffentlichen Unternehmen mehr Wettbewerb und das Sichstellen im Wettbewerb. Dazu gehört die Frage, wie sich diese Unternehmen im Marktgeschehen behaupten können.

Diese Problematik ist in vielen Bereichen des öffentlichen Dienstes aufgegriffen worden. Die Tarifvertragsparteien haben sich in diesen Bereichen geeinigt; auch wenn Kritik aufgekommen ist, ist es akzeptabel. Die Verabredungen wurden zwischen den Tarifvertragsparteien getroffen. Insofern kann man nicht sagen, daß das der Senat zu verantworten habe, sondern es ist in der Vereinbarung mit den Gewerkschaften und den zuständigen Tarifvertragsparteien geschehen.

Wir müssen von Hamburg aus die Förderung von familienbezogenen Leistungen fortsetzen. Wir müssen die Qualifizierungs- und Beschäftigungsangebote in höher qualifizierten Bereichen, auch für Frauen, stärker forcieren. Ferner müssen wir dazu beitragen, daß Frauen sich stärker in regulären Arbeitsverhältnissen engagieren können. Darüber hinaus müssen wir der Schwarzarbeit den Kampf ansagen, denn auch illegale Beschäftigung ist ein Anreiz dafür, nicht in diese Verhältnisse einzutreten. Die Lohnrückerfunktion der Schattenwirtschaft ist, wie wir wissen, groß. Deshalb gehört der Bekämpfung der illegalen Beschäftigung Priorität.

B

Insgesamt haben wir das Thema im Blick. Wir haben die Aktivitäten koordiniert, werden aber im Rahmen unserer Sozialberichterstattung auf jeden Fall noch einmal darauf zurückkommen, welche Möglichkeiten und Notwendigkeiten wir in Hamburg sehen, um die Situation zu verbessern.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Hackbusch.

Norbert Hackbusch REGENBOGEN – für eine neue Linke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Roth, ich denke, Sie haben die Situation nicht im Blick. Das haben schon die Antworten von Herrn Grund wie auch von Frau Simon aus der GAL gezeigt, die über die Ergebnisse erstaunt waren. Das heißt, Sie haben es bisher nicht deutlich genug ausgeführt. Daher sollte man erstens eine gewisse Selbstkritik bei sich feststellen, indem man einräumt, daß man Dinge nicht so im Blick hat, wie man sie eigentlich haben sollte.

(Antje Blumenthal CDU: Ein Armutszeugnis!)

Zweitens: Auf die konkreten Forderungen, die Frau Röder meiner Meinung nach völlig zu Recht gestellt hat, und zu dem hohen Anteil von Beschäftigten, die arm sind und keine Sozialhilfe beziehen, haben Sie nichts gesagt, ebensowenig wie über deren Ansprüche, aufgeklärt zu werden. Es ist die Aufgabe Ihrer Behörde, es diesen Menschen zu sagen. Dementsprechend wäre es eine wichtige Aufgabe, darzustellen, wie Sie diese Aufklärung vornehmen wollen.

Statt dessen übergehen Sie es, freuen sich, daß keiner kommt, und sparen etwas Geld ein. Diesen Eindruck macht es, und das ist sozialpolitisch katastrophal.

C

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke, bei Helga Christel Röder und Dr. Joachim Brinkmann, beide CDU)

Ich möchte zunächst sagen, daß ich mich darüber freue, daß es so angenommen wird und daß gerade Herr Grund und Frau Simon gesagt haben, sie hätten in diesem Bereich selbst etwas gelernt.

Ich selbst habe auch noch etwas gelernt, und wir versprechen, daß wir bei diesem Thema noch weiterhin verweilen werden. Mir sind schon einige wichtige Anhaltspunkte dieser Großen Anfrage aufgefallen, bei denen wir weiter bohren werden. Wir versprechen, daß wir in den nächsten zwei, drei Monaten dazu ständig Kleine Anfragen stellen werden, weil viele Bereiche noch nicht erforscht sind. Davon möchte ich nur den ersten nennen.

Es stellt sich die Frage, warum diese Stadt eine Bewachungsfirma anstellt, die einen Stundenlohn von 11,63 DM zahlt. Der Senat wird sich darauf einstellen müssen, daß wir dazu viele Fragen haben werden.

Ich habe noch eine Anmerkung zur inhaltlichen Diskussion mit Herrn Grund. Ich möchte nicht die große Europa-Diskussion beginnen, das können wir zwar machen, aber ob das immer berechtigt ist, ist fraglich. Ich war lange genug Betriebsrat in einem Unternehmen, in dem die Konkurrenzsituation ständig dazu geführt hat, daß gerade die Schwächsten am schlechtesten und jedes Jahr möglichst noch etwas schlechter bezahlt wurden. Als Gewerkschafter hat man versucht, dagegen anzukommen. Demgemäß wiegen diese halben Totschlagsargumente im öffentlichen Bereich auch sehr schwer.

D

Bei den Faktoren, um die es in dieser Großen Anfrage geht, kann man es mit allgemeiner Konkurrenz überhaupt nicht begründen. Im Bereich der Hamburger Wasserwerke sind die Tarife bei Aushilfen und ungelerten Arbeitern von 3800 DM auf 2700 DM abgesenkt worden, das heißt um ein Drittel. Im Bereich der Hamburger Wasserwerke gibt es keine europaweiten Ausschreibungen und daher auch genau diese Konkurrenz nicht. Diese Situation gibt es bisher noch nicht.

(Wolf-Dieter Scheurell SPD: Noch nicht!)

Die gleiche Situation gibt es bei den Kindertagesstätten hinsichtlich der Planungen und Diskussionen. Da können Sie auch nicht mit der allgemeinen Konkurrenz kommen; es gibt diese Situationen bisher nicht. Frau Simon macht uns ja Hoffnungen, daß in diesem Bereich vielleicht nicht so kräftig abgesenkt wird, weil irgendein gütiger Mensch, der das aushandelt, ein Einsehen hat. In einer Demokratie muß die Frage lauten: Wie wollen diese Regierung und die Parteien vorgehen? Sie könnten darauf achten, daß beispielsweise die Haushaltshilfen nicht von 3000 DM auf 2500 DM abgesenkt werden. Diese Äußerung wäre gut und sehr erhellend für alle hier Anwesenden.

Ein Punkt ist mir bei der Antwort von Frau Roth aufgefallen, der im Zusammenhang mit Herrn Grund und Herrn Pumm sehr interessant ist. Frau Roth sagte: Wir können nichts für die Tarife, das machen die Tarifparteien, die Gewerkschaften, und die andere Seite, die sind Sie selbst. Die Gewerkschaften haben natürlich viel damit zu tun. Bei der Gewerkschaft heißt es aber zu Recht: Wir werden von der Regierung gedrängt. Ich möchte nicht, daß dieses Spiel-

(Norbert Hackbusch REGENBOGEN – für eine neue Linke)

A chen die ganze Zeit aufrechterhalten wird. Die Regierung wünscht etwas, sie fordert, daß die Tarife abgesenkt werden. Ich hoffe, daß sich die Gewerkschaften dagegen wehren werden; das geschieht aber auch nur dann, wenn sie deutlich sagen: Wir wollen diese Forderung der Stadt nicht. Normalerweise wäre es die Aufgabe der SPD, so etwas einzuführen. – Danke.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Grund.

Uwe Grund SPD: Frau Röder hat gefragt, wie es kommt – obwohl ich ihre Zahlenspiele nicht nachvollziehen kann –, daß in Hamburg

(*Helga Christel Röder CDU:* Dann müssen Sie das mal richtig durchlesen!)

– ich habe es gelesen, Frau Röder – wesentlich mehr Menschen mit niedrigen Einkommen leben als anderswo. Die durchschnittlichen Einkommen geben das insgesamt nicht her. Richtig ist aber, daß in Hamburg eine ungewöhnlich hohe Zahl neuer Dienstleistungsberufe entstanden ist, vor allem Unternehmen, für die gar keine Wirtschaftsverbände existieren. Denken Sie mal an die vielen schönen Call-Center-Beschäftigten, die wir bekommen haben. Auf diesem Sektor sind in den letzten Jahren etwa 10 000 Beschäftigungen entstanden. Sie sind zu einem großen Teil an keine tarifgebundenen Unternehmen und keine Arbeitgeberverbände gebunden. Die Bezahlung ist so, daß Ihnen die Tränen kommen. Aber es sind neue Arbeitsplätze, die haben in vielen Fällen geholfen, und das findet man zu Tausenden und Tausenden an anderen Stellen wieder.

B Viele dieser neuen Dienstleistungsbranchen haben hinsichtlich der Bezahlung ausgesprochen schlechte Bedingungen; das ist ein Teil der Antwort, wenn auch nicht die komplette.

(*Doris Mandel SPD:* Richtig!)

Zum Thema Pauschalbeschäftigung, Frau Röder, war das billig. Wenn Sie in die Antworten des Senats hineingeschaut hätten, hätten Sie gesehen, daß die Zahl der Pauschalbeschäftigten deutlich, fast 20 Prozent, gesunken ist.

(*Helga Christel Röder CDU:* Das brauche ich nicht, das habe ich getan!)

80 Prozent der Pauschalbeschäftigten sind studentische Hilfskräfte, überwiegend an der Universität beschäftigt. Das ist eine Debatte, die, wie ich finde, überflüssig ist.

Jetzt noch ein Wort an Herrn Hackbusch. Die Hauswirtschafterinnen – so heißen sie bei der „Vereinigung“ – sind mir persönlich sehr ans Herz gewachsen, und ich verspreche Ihnen, daß wir darauf einen ganz besonderen Blick werfen werden, um zu sehen, was da passieren wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – *Helga Christel Röder CDU:* Können sie Ihnen nicht noch mehr ans Herz wachsen?)

Vizepräsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann stelle ich fest, daß die Große Anfrage besprochen worden ist.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 22 auf, Drucksache 16/5880, Mitteilung des Senats zum Thema Informations-

und Telekommunikationsbranche, Greencard und Aus- und Weiterbildung sowie Engagement der Hamburger IT-Branche bei Aus- und Weiterbildung und die Konsequenzen der „Green-Card-Diskussion“ auf die Hamburger Weiterbildungspolitik.

**[Senatsmitteilung:
Stellungnahme des Senats zu den Ersuchen der Bürgerschaft vom 21./22. Juni 2000 (Drucksachen 16/4343 und 16/4404) – Informations- und Telekommunikationsbranche: Greencard und Aus- und Weiterbildung – Engagement der Hamburger IT-Branche bei Aus- und Weiterbildung und die Konsequenzen der „Green-Card-Diskussion“ auf die Hamburger Weiterbildungspolitik – Drucksache 16/5880 –]**

Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Die Abgeordnete Brockmüller hat es.

Brigitte Brockmüller SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der, wie ich finde, sehr lesenswerte Senatsbericht macht im wesentlichen dreierlei deutlich. Erstens wird Hamburg, wenn es seine Spitzenposition unter den IT-Standorten in Deutschland behaupten und noch weiter ausbauen will, seinen dringend benötigten Fachkräftenachwuchs selbst heranbilden müssen.

Zweitens: Weil die Jahrgangsstärken der jungen Generation in den nächsten Jahren drastisch abnehmen werden, wird dies nachhaltig nur über eine Verbesserung der Ausbildungsqualität und eine Erhöhung der Bildungsbeteiligung junger Menschen zu erreichen sein.

Drittens: Der geringe Anteil junger Frauen unter den Computerexperten, den Auszubildenden und den Studierenden zeigt, daß es hier offenbar noch Begabungspotentiale gibt, die bislang nur unzureichend erschlossen sind.

Die bisherigen Erfahrungen mit der Greencard zeigen, daß eine gesteuerte Zuwanderungspolitik für qualifizierte IT-Fachkräfte ein weiterer Pfeiler zur Versorgung der IT-Branche mit den dringend benötigten Fachkräften sein kann.

Bundesweit gingen bis Ende Dezember 2000 15 000 Bewerbungen ein. 6200 Interessenten aus anderen Ländern außerhalb der EU erhielten bis Ende März die Greencard. Damit konnte innerhalb der ersten acht Monate fast ein ganzer Absolventenjahrgang der deutschen Hochschulen vermittelt werden. In den ersten sechs Monaten wurden 174 ausländische Bewerberinnen und Bewerber nach Hamburg vermittelt.

Um gut qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland an Hamburg binden zu können, müssen wir vor allem unsere Hochschulen noch internationaler ausrichten. Eine Schlüsselrolle kommt hierbei der englischen Sprache zu. Angesichts der fortschreitenden Globalisierung ist die frühzeitige Orientierung auf Zweisprachigkeit erforderlich. Hier haben wir in Hamburg einen sehr guten Weg beschritten. Jetzt kommt es darauf an, Englisch als Fachsprache noch stärker auch an den Hochschulen zu verankern. Dies würde vielen ausländischen Studierenden den Weg nach Hamburg erleichtern.

Darüber hinaus halte ich Nachbesserungen bei der Greencard für erforderlich. Einiges ist bereits geschehen. Bei der zeitlichen Befristung der Arbeitsgenehmigung auf fünf Jahre, dem vorgeschriebenen Mindestverdienst von 100 000 DM pro Jahr bei Nicht-Hochschulabsolventen und den Beschränkungen beim Familiennachzug sind großzügigere Regelungen notwendig. Ich meine, mit entspre-

(Brigitte Brockmüller SPD)

- A chenden Lockerungen können deutlich mehr IT-Spezialisten aus Nicht-EU-Ländern nach Deutschland geholt werden.

Gerade weil auch andere Nationen, wie etwa die USA oder die Niederlande, die sich darum bemühen, Fachkräfte ohne Aufenthaltsbegrenzung ins Land zu holen, eine starke internationale Konkurrenz um heißbegehrte Spezialisten darstellen, macht dies insbesondere erforderlich, daß wir vor allem für den Fachkräftenachwuchs in diesem Bereich selbst sorgen müssen. Allein in Hamburg fehlen insgesamt 6000 Arbeitskräfte im IT-Bereich.

Der vorliegende Senatsbericht zeigt, daß wir hier auf dem richtigen Weg sind. Für den multimedialen Unterricht an den allgemeinbildenden Schulen investiert Hamburg pro Jahr etwa 13 Millionen DM in die technische Ausstattung und in die Fortbildung der Lehrkräfte. Hamburgs Universitäten und Fachhochschulen bieten ein äußerst breites Spektrum an Studiengängen im IT-Bereich an. Insgesamt sind in den relevanten Studienfächern rund 4500 Studierende eingeschrieben.

Besonders wichtig erscheint mir, daß die Studienangebote in enger Abstimmung mit der Internetwirtschaft derzeit weiterentwickelt werden. Auch die Hamburger Wirtschaft hat inzwischen erkannt, daß kein Weg an der eigenen Ausbildung und Qualifizierung von Computerspezialisten vorbeiführt. Die Gründung der Media-City-Academy, der ersten privat finanzierten internationalen Ausbildungs- und Weiterbildungsakademie im Medienbereich, zeigt, daß sich auch die Hamburger Unternehmen der neuen Herausforderung durchaus bewußt sind.

- B Besonders erfreulich ist die Situation auf dem Ausbildungsmarkt. Allein im vergangenen Jahr ist die Zahl der Ausbildungsplätze in den Informations- und Kommunikationstechnologien gegenüber dem Vorjahr um 519 – das sind 82 Prozent – gestiegen. Gegenwärtig bilden Hamburger Firmen 1151 Jugendliche in IT-Berufen aus. Unser Ziel ist es, die Anzahl der Auszubildenden in diesem Bereich in den nächsten Jahren zu verdreifachen.

(Beifall bei der SPD)

Weil die Jahrgangsstärken der jungen Generation in den nächsten Jahren aber drastisch sinken werden, werden wir wohl – und dies ist meine ganz persönliche Auffassung – auch nicht darum herumkommen, die Ausbildungszeiten insgesamt zu verkürzen. Kein anderes EU-Land leistet sich so lange Ausbildungszeiten wie wir.

Schließlich kommt es in Zukunft darauf an, verstärkt das Begabungspotential von Frauen und Mädchen für die neuen Berufe zu erschließen. Nur 10 Prozent der Jobs im IT-Bereich sind von Frauen besetzt. 13 Prozent der Auszubildenden und nur 17 Prozent der Studienanfänger im Fach Informatik sind weiblich. Ich wünsche mir, daß an den Schulen, der Universität und den Fachhochschulen konsequenter als bisher über spezielle Bildungsangebote für Mädchen und Frauen nachgedacht wird, um die Medienkompetenz zu stärken.

In der beruflichen Qualifizierung hat sich insbesondere der Multimedia-Führerschein als sehr erfolgreich erwiesen. Mit diesem Angebot ist es gelungen, Frauen mit einem Anteil von 54 Prozent zu erreichen. In der dualen Berufsausbildung ist der Anteil der Mädchen mit 13 Prozent noch deutlich zu niedrig. Die Schaffung von Ausbildungsplätzen ist vor allem Aufgabe der Wirtschaft. Deshalb begrüße ich die Initiative von Hamburger Unternehmen, der Handelskammer, den Gewerkschaften und dem Arbeitsamt, eine Aus-

bildungsoffensive zu starten. Ohne Computerexperten wird in Zukunft in den meisten Unternehmen nichts mehr gehen.

Wir werden den Senat in den nächsten Jahren unterstützen, in der Sache noch weiter voranzukommen. Nur wenn es gelingt, möglichst alle Begabungen frühzeitig und optimal zu fördern, werden wir uns im Wettkampf um die besten Köpfe behaupten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Drews.

Wolfgang Drews CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Den Stellenwert, den der Senat diesem Bericht und den Antworten zur Diskussion hier im Hause beimißt, sieht man dadurch, daß der Titel der Drucksache 16/4404 unter anderem lautet: „Konsequenzen auf die Hamburger Weiterbildungspolitik“. Sehr bedauerlich ist, daß es in diesem Zusammenhang die Schulsenatorin nicht ermöglichen konnte, an dieser Debatte teilzunehmen. Meine Damen und Herren, das ist mit Sicherheit kein Vorbild, wenn wir ernsthaft über die Auswirkungen der IT-Branche, Greencard und Aus- und Weiterbildung diskutieren wollen. Das als Vorbemerkung.

(Beifall bei der CDU)

Die Perspektiven des Wirtschaftsstandortes Hamburg – insofern darf ich Sie, sehr verehrter Senator Mirow, hier heute begrüßen – werden entscheidend dadurch geprägt werden, ob es zukünftig auch gelingt, den Spitzenplatz im Multimedia-Bereich zu behaupten und Hamburger Stärken im ergänzenden IT-Bereich auszubauen.

Doch, meine Damen und Herren, gerade in diesem letztgenannten Bereich hat Hamburg in den letzten Monaten einige Rückschläge durch Abwanderung von Unternehmen zu verzeichnen gehabt. Das größte Problem ist allerdings in dieser Branche nach wie vor ungelöst, und die Mitteilung des Senates macht dieses auch deutlich, nämlich der fehlende Fachkräftebedarf der Branche.

Die Bemühungen der Bundesregierung, mit der sogenannten Greencard-Regelung kurzfristig aktuelle Fachkräftebedarfe der Wirtschaft zu decken, sind in Hamburg gescheitert. Der Hamburger Bedarf wird in der Senatsmitteilung unverändert seit über einem Jahr mit circa 6000 Fachkräften alleine in der IT-Branche angegeben. Hinzu kommen noch die Bedarfe anderer Branchen, beispielsweise Banken und Versicherungen, so daß Schätzungen von 9000 bis 10 000 Fachkräften durchaus als realistisch einzuschätzen sind. Diese Zahl wird sich selbst nach Einschätzung des Senates gemäß der Mitteilung in den nächsten Jahren stark erhöhen.

Dem gegenüber stehen gerade einmal die von Ihnen, Frau Brockmüller, auch erwähnten 174 ausländischen IT-Experten, die über die Greencard-Regelung in Hamburg eine Arbeitserlaubnis erhalten haben. Meine Damen und Herren, das ist alles andere als ein Erfolg in diesem Bereich in den letzten Monaten.

(Beifall bei der CDU – Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt übernimmt den Vorsitz.)

Obwohl dem Senat von den rotgrünen Antragstellern eine reichlich bemessene Frist von zehn Monaten zur Beantwortung der Fragen eingeräumt wurde, fehlen bedauerlicherweise wichtige Aspekte in diesem Bericht, wenn wir

(Wolfgang Drews CDU)

A über dieses Thema reden wollen. Dieses liegt sicherlich auch an den etwas allgemein gehaltenen harmlosen Fragestellungen.

(Unmutsäußerungen bei der GAL)

Unter anderem bleiben unbeantwortet:

Erstens: Welche Gründe haben zu einer nur geringen Inanspruchnahme der Greencard-Regelung geführt? Wenn man sich mit dem Thema auseinandersetzt, wäre das sicherlich auch für Rotgrün von Interesse.

Zweitens: In welcher Weise soll konkret versucht werden, die heute trotz des Fachkräftebedarfs noch arbeitslosen Datenverarbeitungsfachleute, insbesondere die Älteren, die auch statistisch genannt werden, wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren? Diese Menschen liegen uns, der CDU-Fraktion, in besonderem Maße am Herzen.

Drittens: Welche Erfahrungen wurden beispielsweise mit den Multimedia-Führerscheinen für Einsteiger und Umsteiger gemacht? Auch hierzu fehlen die Ausführungen in Gänze.

Viertens: In welcher Weise wurde die Weiterbildungsberatung für Arbeitnehmer in Hamburg konkret intensiviert?

In weiten Teilen dieser Drucksache werden Maßnahmen und Angebote lapidar aufgezählt, ohne daß Teilnehmerzahlen, Kosten oder Erfahrungen dargestellt werden. Insofern ist diese wenig hilfreich.

Meine Damen und Herren, aber die Mitteilung ist auch in einem anderen Punkt kein Ruhmesblatt des Senates. Vielleicht ist es besser, die Zahlen, die hier genannt werden, nicht allzu genau zu betrachten, denn wenn wir dieses tun, dann können wir uns einmal auf Seite 4 die Tabelle 4 ansehen und an unseren Grundrechenarten und Fingern abzählen, daß hier in der Spalte aller Nationalitäten von insgesamt 174 ausländischen IT-Experten die Rede ist. Wenn Sie dann aber die Spalten durchgehen, dann steht in der fünften Spalte „Absolventen einer deutschen Hochschule“ 27 und in der Spalte danach „Absolventen einer ausländischen Hochschule“ 150.

B

Meine Damen und Herren! 27 und 150 sind 177. Der Senat gibt aber in Tabelle 4 insgesamt nur 174 an.

(Beifall bei der CDU und der SPD – *Thomas Böwer SPD*: Fordern Sie einen Untersuchungsausschuß!)

– Herr Böwer, da Sie ein Sesamstraßen-Freund sind, wo es ja darauf ankommt, daß man korrekt zählt, will ich Ihnen noch etwas sagen. Wenn Sie das, was der Senat in der Spalte der Absolventen der deutschen Hochschulen adiiert, einmal durchzählen würden, dann kommen Sie auf 29. Das heißt: Sowohl in den Zeilen als auch in den Spalten der Tabelle stimmt irgend etwas nicht. Ich denke, nach zehn Monaten müßten die Zahlenangaben, wenn wir über 174 Menschen reden, schon stimmen. Vor diesem Hintergrund, meine Damen und Herren, würden wir den Senat darum bitten, daß die Tabelle 4 noch einmal korrekt nachgeliefert werden könnte.

(Beifall bei der CDU, vereinzelt bei der SPD und bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Meine Damen und Herren! Kommen wir wieder zu der Sache und betrachten die zukünftige Entwicklung. Welche Wege gibt es nun, um den zukünftigen Fachkräftebedarf in Hamburg zu decken? Drei Bereiche.

Erstens: Studium Universität, Technische Universität oder Fachhochschule. Hier müssen wir feststellen, daß trotz der

Einrichtung einiger neuer Studiengänge die Anzahl der Studenten und Absolventen nicht signifikant erhöht worden ist. Dieser Bereich wird also allenfalls mittelfristig einen Beitrag zur Deckung des Fachkräftebedarfs leisten können.

C

Zweitens: Der Bereich der Weiterbildung. In der Drucksache wird eine Vielzahl von zum Teil neu eingerichteten Qualifizierungsmaßnahmen aufgezählt. Da vielfach allerdings die Teilnehmerzahlen und die Aussagen über die Qualifizierungserfolge fehlen, bleibt somit auch diese Frage, welchen Beitrag Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen zur Deckung des Fachkräftebedarfs leisten können, unbeantwortet.

Drittens: Der Bereich der betrieblichen Ausbildung. Erfreulicherweise hat sich in den letzten Jahren sowohl die Anzahl der Auszubildenden als auch die Anzahl der abgeschlossenen Verträge stetig erhöht. Diese erfreuliche Entwicklung ist den Bemühungen der Wirtschaft, mit Sicherheit nicht des Senates, zu verdanken, denn die erfreuliche Entwicklung ist eingetreten, obwohl sich der nach den Unternehmen aus Handel, Industrie und Dienstleistungen zweitgrößte potentielle Ausbilder in den IT-Berufen, die Freie und Hansestadt Hamburg, nicht angemessen an der Ausbildung beteiligt hat.

Wie den Antworten auf die Kleine Anfrage von mir, Drucksache 16/5901, kürzlich zu entnehmen war, hat sich nämlich die Ausbildungsleistung der Hamburger Verwaltung der Freien und Hansestadt Hamburg im Jahr 2000 zwar verdreifacht – ich denke, zunächst einmal Klasse für den geneigten Zuhörer –, aber während es im Jahr 1999 ein Auszubildender war, waren es 2000 schon drei. Meine Damen und Herren, diese „erfreuliche Entwicklung“ ist in der Tat dem Hamburger Senat zu „verdanken“.

D

Wie Sie allerdings mit drei Auszubildenden den gestiegenen Fachkräftebedarf decken und vor allem der Einschätzung der Experten gerecht werden wollen, die in der Mitteilung des Senates mit 250 Ausbildungsplätzen benannt wird, wie Sie überhaupt einen Beitrag bei einer Steigerung von einem Auszubildenden auf drei Auszubildende leisten wollen, die Frage müssen Sie sich auch stellen, und die bleibt ebenfalls in der Mitteilung des Senates unbeantwortet. Wenn Sie das hochrechnen, wieviel Jahre Sie dafür noch brauchen, um auf die 250 Ausbildungsplätze zu kommen, dann gute Nacht, Marie, einen schönen Tag noch.

Meine Damen und Herren! Die in dieser Drucksache dargestellten Maßnahmen des Senates machen deutlich, daß sie weder ausreichen, um den Fachkräftemangel noch den zukünftigen Fachkräftebedarf der IT-Branche in Hamburg zu decken. Zehn Monate sind verstrichen, ohne daß sich die Situation in Hamburg grundlegend verändert hätte.

(*Farid Müller GAL*: Stimmt doch gar nicht!)

Vom Senat, aber auch von der rotgrünen Mehrheit in diesem Hause sind in gleicher Zeit – außer diesem Ersuchen – politisch keine nachweisbaren Akzente gesetzt worden.

(*Wolfgang Beuß CDU*: So sind sie halt!)

Deshalb fordern wir als CDU-Fraktion den Senat auf, sich endlich seiner Vorbildfunktion, auch in der Ausbildung der IT-Berufe, bewußt zu werden und sich angemessen an der dualen Ausbildung zu beteiligen. Darüber hinaus hat der Senat in Hamburg ebenfalls Rahmenbedingungen zu schaffen, die es einer größeren Anzahl von Betrieben dieser Branchen ermöglicht, eine Ausbildung in diesen Beru-

(Wolfgang Drews CDU)

- A fen anzubieten. Denn die Mitteilung führt zu Recht aus, daß die Berufsbilder beziehungsweise die Bedürfnisse der Firmen und der Ausbildungsberufe naturgemäß in dieser Branche nicht deckungsgleich sind.

Unsere Vorschläge zu diesem Thema liegen seit fast einem Jahr auf dem Tisch. Deswegen fordern wir Sie, auch angesichts der nicht gelösten und nicht beantworteten Fragen, zu einem gemeinsamen Handeln auf, zu einem Beitrag zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes und vor allem damit auch zu einer Verbesserung der Situation des Ausbildungsstellenmarktes in Hamburg. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Müller.

Farid Müller GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Irgendwie glaubt man, wenn man die Reden von Herrn Drews und die vorherige von der SPD hört, daß wir hier zwei verschiedene Welten haben. Ich denke, es gibt nur eine in Hamburg, und die ist weit entfernt von dem, was Herr Drews hier geschildert hat.

(Beifall bei der GAL – *Wolfgang Beuß CDU:* Sie rücken das wieder zurecht!)

Meine Damen und Herren! Wir reden hier speziell über den IT-Bereich und Fachkräftemangel. Wir wissen alle, daß der Fachkräftemangel zur Zeit auch andere Branchen trifft. Wir haben uns hier mit einer Greencard-Debatte endlich einmal dem Thema angenähert, um das es bei dieser ganzen Fragestellung in Wirklichkeit geht, nämlich um die Einwanderung. Darauf komme ich später.

- B Die 174 Greencards – ob es nun zwei mehr oder zwei weniger sind, sei dahingestellt – sind sicherlich nicht im geringsten ausreichend, um das Problem, das die Hamburger Wirtschaft in diesem Bereich hat, zu lösen. Aber wenn wir von dem Bereich Aus- und Weiterbildung sprechen, dann kann man von einem sehr großen Erfolg reden, der schon innerhalb eines Jahres seit dem Berichtersuchen auf den Weg gebracht wurde. Es wurde schon gesagt, daß die Auszubildendenanzahl erheblich erhöht wurde. Ich habe ganz andere Zahlen herausaddiert. Wir haben zur Zeit um die 1800 Auszubildende im IT-Bereich. Es waren vor einem Jahr wesentlich weniger. Es waren weit, weit unter 1000. Wir haben in dem Bereich circa 3000 Studierende. Allein wenn man diese Zahlen zusammenzieht, kommt man annähernd auf knapp 5000 Auszubildende, die in Zukunft diesen Fachkräftebedarf von 6000 Auszubildenden, der im Raum steht, zu einem großen Teil decken. Wir haben doch inzwischen auch gelernt, daß wir den Arbeitskräftemangel in Zukunft weder in Hamburg noch in ganz Deutschland aus eigenen Ressourcen decken können. Das ist, glaube ich, von allen akzeptiert. Die Union hat inzwischen selber Vorschläge für ein Einwanderungsgesetz ausgearbeitet und vorgelegt. Die Kommission des Bundestages wird in Kürze – im Juli – folgen. Uns allen ist klar, daß es hier nicht darum geht, die Greencard nachzubessern oder fortzuentwickeln, sondern daß es um grundsätzlich neue Fragen geht, wie man dieses Problem löst.

Ich bin aber – im Gegensatz zu Herrn Drews – guter Dinge, daß wir gerade in Hamburg bei der Vielzahl von Studiengängen – es sind 14 Studiengänge, zwölf Ausbildungsberufe und eine unzählige Anzahl von Weiterbildungsbereichen und -angeboten – auf einem guten Wege

sind, gerade in diesem Bereich in Deutschland führend zu werden, sowohl was das qualitative als auch das quantitative Angebot betrifft. Ich kann insofern die Kritik überhaupt nicht nachvollziehen. Daß die Stadt sicherlich noch ein bißchen mehr ausbilden kann, ist ohne Frage, Herr Drews. Aber das ist doch nicht der Kern, den wir hier besprechen, ob die Stadt nun die Ausbildungszahlen in diesem Bereich erhöht, sondern es geht um die Gesamtsicht, was in Hamburg los ist. Da kann man doch jetzt schon sagen, daß die Wirtschaft aufgewacht ist und mehr Ausbildungsplätze anbietet und daß sich in den Hochschulen einiges getan hat. Es sind einige Studiengänge dazugekommen, die vor einem Jahr noch gar nicht zur Debatte standen. Ich bin guter Dinge, daß wir auch im Weiterbildungsbereich, was angesprochen wurde, zu einer Koordination kommen, denn es sind unheimlich viele Weiterbildungsangebote. Wir wissen aber nicht, wieweit sie zusammenfassend – sozusagen spitz – auf die Nachfrage in der Wirtschaft reagieren. Da würde uns erst einmal ein Weiterbildungsbericht weiterhelfen. Dann müßte man gucken, wieweit man das noch koordiniert. Aber, Herr Drews, das sind alles Aufgaben, bei denen man sagen kann, da muß optimiert werden. Wir arbeiten immer daran. Rotgrün ist dabei, das zu optimieren, aber das sind doch nicht die wahren Probleme, vor denen wir vor einiger Zeit standen, und es ist auch nicht momentan das zentrale Problem in Hamburg.

Ich möchte abschließend sagen, daß wir in den letzten Wochen zum Teil die Frage der Ausbildung in der Film- und Fernsehwirtschaft diskutiert haben. Der Senat hat eine Studie vorgelegt, die auch in diesem Bereich die zukünftigen Wege beschreibt, nämlich die Einrichtung einer Akademie. Ich finde, das rundet das Ausbildungsangebot nicht nur im IT-, sondern auch im Medienbereich in Hamburg ab. Ich bin ganz sicher, daß wir neben einer Multimedia-Hochschule damit auch eine Ausbildungshochschule für diesen Bereich werden. Das einzige, was ich mir noch wünsche, ist, daß die Menschen, die wir in Hamburg ausbilden, auch in Hamburg einen Job finden und nicht nach München und Berlin gehen. – Vielen Dank, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD – *Dr. Stefan Schulz CDU:* Das geht aber nur bei einer CDU-Regierung!)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Hackbusch.

Norbert Hackbusch REGENBOGEN – für eine neue Linke: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich weiß, daß die Opposition immer die Aufgabe hat, kritische Fragen zu stellen, aber anhand dieses Berichtes sollten doch auch den Regierungsparteien ein paar kritische Fragen einfallen, die zunächst einmal notwendig sind, um dieses Thema zu diskutieren.

Zum einen fällt auf, daß ganz kräftig gesagt wird, daß im IT-Bereich 6000 Fachkräfte in dieser Stadt verzeichnet gesucht werden. Das sind die Aussagen der Unternehmen. Dann stellen wir in diesem Bericht fest, daß es insgesamt immerhin noch 650 Datenverarbeitungsfachleute gibt, die arbeitslos sind. Als Erklärung wird uns dann innerhalb dieser Drucksache serviert, daß man das nicht so genau wüßte, aber hinsichtlich der Altersstruktur habe die Studie des Arbeitsamtes ergeben, daß gut die Hälfte dieser arbeitslosen IT-Kräfte über 40 Jahre alt ist. Was soll uns das sagen? Die Hälfte der Erwerbstätigen ist über 40 Jahre alt. Dementsprechend ist es ein normaler Durchschnitt. Ich

(Norbert Hackbusch REGENBOGEN – für eine neue Linke)

A finde, daß dies als Erklärung für mich als über Vierzigjährigen eine ziemliche Frechheit ist.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Ich denke, daß es durchaus vernünftig ist, ein paar kritische Fragen zu stellen, inwieweit diese 6000 Fachkräfte eigentlich wirklich eine realistische Zahl ist oder inwieweit dort nicht auch gerne mit irgendwelchen Zahlen jongliert wird nach dem Motto: Wir suchen Leute, die fertig studiert haben, phantastische Fachkräfte sind, mindestens 20 Jahre Berufserfahrung haben und nicht älter als 26 Jahre alt sind. Ich selber stamme aus solch einem Unternehmen und weiß, daß wir das auch immer gerne als Anforderung schreiben. Das zu dem einen Krisenbereich.

Der zweite Krisenbereich, der mir auffällt, ist der Universitätsbereich. Diese Universität fällt in gewisser Weise dadurch auf, daß es zwar eine Menge Studierende gibt, aber recht wenig Leute, die dort ihren Abschluß machen. Von 1700, 1800, 2000 vorhandenen Studenten machen hier 144 oder 120 den Abschluß. Das ist eine relativ geringe Zahl. Dementsprechend müßte uns doch normalerweise erklärt werden, wie dieses Problem eigentlich gelöst wird, denn es ist doch ein gewisses Problem. Es wird zwar in dieser Drucksache nicht richtig als Problem genannt, aber nur wenn man Probleme sieht, kann man sie auch angehen. Das wird aber lieber nicht gemacht, sondern immer gesagt, Hamburg ist deutsch, bunt, klug und sonstwas alles, und alles ist schön.

Dann wird in der Drucksache gesagt, daß eine hohe Zahl von Studierenden das Studium vielleicht nicht abschließt, sondern direkt irgendwelche Jobs annimmt. Das ist zu erwarten. Das habe ich mir so auch ungefähr gedacht. Dafür brauche ich keine Analyse zu machen. Das hätte ich auch so schreiben können, daß das ziemlich wahrscheinlich ist. Dementsprechend ist das auch eine Nichtaussage. Das ist ein Krisenbereich. Dazu müssen Sie sagen, warum diese Universität nicht in der Lage ist, dort mehr Leute auszubilden.

B

Der dritte Punkt, der einem auffällt, ist, daß ich zu diesem Bereich eine Anfrage von Herrn Erdem aus alten Zeiten gefunden habe, die eigentlich die gesamte Greencard-Diskussion ein bißchen auf den Kopf stellt. Das Problem ist, daß an dieser Universität und an diesem Fachbereich viele Personen und Menschen studieren, die nicht aus EU-Ländern kommen. Nach dem Gesetz, das in Deutschland existiert, dürfen diese während ihres Studiums noch nicht einmal normale Praktika an den deutschen Unternehmen machen, geschweige denn, daß sie, nachdem sie studiert haben, in Hamburg arbeiten könnten, was eigentlich doch nur vernünftig und klug wäre. Wir haben 200, 300 Menschen, die dort ausgebildet und danach wieder in ihre Länder, wahrscheinlich sogar mit Ihrer Hilfe, zurückgeschickt werden, und sind praktisch nicht in der Lage, das zu ändern.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Das ändert sich!)

Das ist eine Situation, wo man sagen muß, das ist doch verrückt. Wir haben diese Leute, die die Probleme lösen und hier arbeiten könnten. Das in einer solchen Drucksache mal zu sagen, daß das zu verändern ist – auch wenn der Senat das nicht gleich machen kann –, daß man dazu etwas machen sollte, daß diese Leute zumindest ihre Praktika in Deutschland machen könnten, wäre doch eine wichtige Aussage, damit in diese deutschümelnde Arbeitsmarktpolitik etwas Bewegung kommt. Dagegen ist diese Greencard-Diskussion wirklich klein und niedlich, weil

Greencard-mäßig viel weniger Leute kommen, als praktisch Nicht-EU-Länder dort im Fachbereich studieren. Das zeigt, daß diese Sache, auch aus Wahlkampfzwecken, eine etwas aufgeblasene Nummer ist. Es ist notwendig, das so zu lösen, daß die Menschen, die hier studieren, Praktika machen können und hier arbeiten können. Dann wären wir einen wichtigen Schritt weiter. – Danke.

C

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Senator Dr. Mirow.

(Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Haben Sie auch schon ein Praktikum gemacht?)

Senator Dr. Thomas Mirow: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich will einige wenige Bemerkungen zu Fragen und Hinweisen aus der Debatte machen und dann aus meiner Sicht eine zentrale zusätzliche Bemerkung im Hinblick auf das Thema machen.

Zunächst, Herr Drews, das sagt sich so leicht, da habe es in letzter Zeit aber auch Abwanderungen gegeben. Da hat es in letzter Zeit keine Abwanderungen gegeben. Jedenfalls keine, die in irgendeiner Weise bemerkenswert wären, sondern dies ist ein Bereich, in dem es in den letzten Jahren durchweg nur Zuwanderungen und Zuzug gegeben hat. Wenn Sie sich die Mühe gemacht hätten, im Vorgriff auf die heutige Debatte einen Blick in das „Hamburger Abendblatt“ zu werfen, dann hätten Sie festgestellt, daß eine jüngste Umfrage wiederum zu dem Ergebnis gekommen ist, daß mit ganz großem Abstand Hamburg von den Verantwortlichen in den Unternehmen in Deutschland als führende Metropole auf dem Gebiet betrachtet wird.

D

(Beifall bei der SPD und bei Farid Müller GAL)

Das „Hamburger Abendblatt“ lesen Sie doch auch immer so gerne. Genauso gerne wie ich.

(Wolfgang Beuß CDU: Hamburg ist wieder Spitze! – Michael Fuchs CDU: Die Frage ist, ob es so bleibt!)

– Ja, das ist immer die Frage, ob es so bleibt. Aber Herr Drews hatte die Bemerkung gemacht, was in den letzten Monaten passiert sei, und dazu darf ich ja etwas sagen.

Die zweite Bemerkung ist, daß Sie gebeten hatten, daß wir die Zahlen zum Thema Greencard in Hamburg präzisieren. Das kann ich gerne tun, weil es neue Zahlen gibt, und ihre Frage dahin gehend beantworten, daß wir per 4. Mai, also sehr aktuell, 244 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Hamburg haben, die eine Greencard erhalten haben. Ich will hinzufügen, daß von diesen 244 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern 111 aus Mittel- und Osteuropa kommen. Das, denke ich, ist deshalb ein wichtiger Hinweis, weil das deutlich macht, daß wir in Hamburg, wir in Deutschland insgesamt, aber vielleicht in Hamburg ganz besonders, mit Blick auf die anstehende Erweiterung der Europäischen Union, gerade bezogen auf die Arbeitsmarktentwicklung, auch erhebliche zusätzliche Chancen haben.

(Beifall bei Farid Müller GAL)

Drittens war danach gefragt worden, warum das mit den arbeitslosen Datenverarbeitungsfachleuten noch nicht besser geworden sei. Wenn Sie sich die Statistik auf der Seite 3 der Antwort ansehen, werden Sie feststellen, daß es deutlich besser geworden ist. Es hat einen Abbau der

(Senator Dr. Thomas Mirow)

- A arbeitslosen Datenverarbeitungsfachleute gegeben. Aber zu glauben, es wäre möglich, jeden, der Datenverarbeitung, sagen wir mal in den sechziger, siebziger Jahren oder auch in den frühen achtziger Jahren, gelernt hat, einzustellen und umzuschulen auf das, was heute gebraucht wird, der macht es sich, glaube ich, zu einfach. Man muß sich darum bemühen, aber in der Realität wird man eine hundertprozentige Erfolgsquote wohl leider nicht erzielen können.

Wichtig scheint mir festzuhalten, daß die Zahl der Ausbildungsstellen in dem Bereich innerhalb eines Jahres, nämlich bezogen auf den Ausbildungsjahrgang 01/02 im Verhältnis zu dem Ausbildungsjahrgang 00/01, in Hamburg von knapp 250 auf über 430 gestiegen ist, also um über 60 Prozent. Das kann sich sehen lassen. Wenn die öffentliche Hand einen relativ geringen oder einen sehr geringen Anteil daran hat, dann liegt das nicht zuletzt daran, daß die Ausbildungsaufwendungen in dem Bereich sehr, sehr hoch sind. Der öffentliche Dienst muß aber für Ausbildungen sorgen, die für seinen eigenen Bereich sinnvoll sind, und nicht in einer Zeit, in der wir an so vielen Ecken und Enden sparen müssen, Ausbildungen mit der abzusehenden Entwicklung bieten kann, daß die jungen Menschen dann sehr schnell aus dem öffentlichen Sektor in den privaten Sektor überwechseln. Trotzdem muß man sich mit der Thematik beschäftigen, ob man hier eigene zusätzliche Anstrengungen unternehmen kann.

Aber ich will zum Schluß eine Bemerkung machen, auf die es mir wirklich ankommt. Die jeweilige Opposition wird jeweils sagen – in Hamburg ist es immer dieselbe Opposition –,

(Heino Vahldieck CDU: Noch!)

- B warum habt ihr das in Hamburg nicht besser und schneller in den Griff bekommen?

(Zuruf von Antje Blumenthal CDU)

– Bisher war es immer dieselbe Opposition.

(Antje Blumenthal CDU: Danke!)

Wer sich ein bißchen in der Welt umschaute, weiß, daß dies alles andere als ein lokales Thema ist. Es ist ein grundlegendes Problem, das wir in allen Industriegesellschaften haben, daß im Bereich der qualifizierten Arbeitsplätze Menschen fehlen. Neben der nicht ganz einfachen Zuwanderungs- und Einwanderungsdebatte, die wir gegenwärtig führen, gibt es aus meiner Sicht ein zentrales Element der Vorsorge: Dieses zentrale Element der Vorsorge ist, daß wir uns – anders als bisher – nicht so sehr an dem gerade vorhandenen wirtschaftlichen Erfolg oder Nichterfolg orientieren. Jeder von uns kann sich doch noch erinnern, wie vor fünf Jahren die deutschen Unternehmen davor gewarnt haben, ein Ingenieurstudium zu beginnen. Es hieß, wer heute Ingenieur studiert, muß damit rechnen, daß er morgen Taxi fährt.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Ist auch so gewesen!)

Und das ist das, was junge Leute dann auch wirklich prägt. Deswegen ist es auch falsch, wenn wir an den Börsen und Kapitalmärkten mal eine Entwicklung nach unten haben, daß wir dann überzogene Überschriften in den Medien lesen, wie „Aufs falsche Pferd gesetzt“ oder „Jetzt geht es wieder abwärts“ oder „Es war nur eine Luftblase“. Das ist falsch. Wir müssen uns angewöhnen, über Höhen und Tiefen hinweg die jungen Menschen auf die Zukunftsbranchen hin zu orientieren, sei es die zivile Luftfahrt, sei es der

IT-Bereich, seien es andere Bereiche. Das ist unabhängig davon, in welchem Konjunkturzyklus man sich gerade befindet. Wenn wir das miteinander leisten, dann werden sich auch mehr junge Menschen und insbesondere, Frau Brockmüller, auch mehr junge Mädchen, die vielleicht eine noch größere Schwelle zu überwinden haben, um sich solchen Berufen zuzuwenden, für eine solche Lebensentscheidung aussprechen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Erdem.

Mahmut Erdem GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Hackbusch, Sie haben das Thema ausländische Studenten angesprochen und die Möglichkeit, in Deutschland Praktika zu machen und einen Arbeitsplatz anzunehmen. Ich denke, das ist ein richtiges Thema. Auch der Kanzler hat auf der CeBIT dieses Thema angesprochen. Da gibt es schon eine Entwicklung. Die rotgrüne Regierung auf Berliner Ebene blieb nicht da stehen, was die CDU im Jahr 1991 verbockt hat, nämlich, daß diese Studenten, die hier ihre Ausbildung bekommen, nicht die Möglichkeit haben, ihr Praktikum zu machen und Arbeit zu bekommen. Deswegen hat die rotgrüne Regierung auf Berliner Ebene im Rahmen der Süßmuth-Vorschläge einen Gesetzentwurf entwickelt, eine Reform, die ich auf Bundesebene mit Herrn Cem Özdemir ein wenig mitbegleitet habe, daß auch ausländische Studenten die Möglichkeit bekommen sollen, nicht nur ein Praktikum, sondern gleichzeitig ein Optionsrecht zu erhalten, ob sie in Deutschland bleiben oder in ihre Heimat zurückkehren wollen. Ich denke, daß da auf der rotgrünen Regierungsebene in Berlin einiges bewegt wird. Ich hoffe, daß diese Bewegung weiter vorangetrieben wird, und wir in Hamburg begleiten auch diese Bewegung.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Die Bürgerschaft soll Kenntnis nehmen, und das hat sie getan.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 54 und 55 auf, die Drucksachen 16/5941 und 16/5942. Das sind die Anträge der CDU-Fraktion zum finanziellen Leistungsanreiz im öffentlichen Dienst und Mobilität im hamburgischen öffentlichen Dienst.

**[Antrag der Fraktion der CDU:
Finanzielle Leistungsanreize im öffentlichen Dienst
– Drucksache 16/5941 –]**

**[Antrag der Fraktion der CDU:
Mobilität im hamburgischen öffentlichen Dienst
– Drucksache 16/5942 –]**

Beide Drucksachen möchte die GAL-Fraktion an den Innenausschuß überweisen.

Wer wünscht das Wort? – Herr Vahldieck, Sie haben es.

Heino Vahldieck CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Jeder Stammtisch, der auf sich hält, ist sich beim fünften Bier sicher, die Beamten sind faul und der öffentliche Dienst ist ineffizient.

(Dr. Hans-Peter de Lorent GAL: Schon beim zweiten! – Zuruf von Uwe Grund SPD)

(Heino Vahldieck CDU)

- A – Doch, doch, das ist so. Vielleicht nicht in Ihrer Anwesenheit, Herr Grund, weil man weiß, daß Sie auch öffentlich Bedienstete professionell vertreten müssen, aber mir gegenüber hat man da weniger Skrupel. Ein berühmter Politiker – der Name ist mir jetzt entfallen – hat mal einen ganzen Berufsstand als faule Säcke apostrophiert.

(*Ole von Beust CDU*: Faule Säcke hat Herr Schröder gesagt! – *Wolfgang Beuß CDU*: Das war Herr Schröder!)

Die öffentliche Meinung ist da relativ schnell bei der Hand, und der eine oder andere von uns wird sicher auch die Erfahrung gemacht haben, daß diese Charakterisierung zum Teil durchaus zutrifft. Es gibt derartige Beamte und öffentlich Bedienstete, die man als wenig effizient bezeichnen kann, aber es gibt zum Glück auch öffentlich Bedienstete, die diesem Klischee überhaupt nicht entsprechen.

(*Uwe Grund SPD*: Das ist die Mehrheit sogar!)

– Das sind sogar mehr. In der Tat, Herr Grund, schön, daß Sie das sagen. Insofern wird jeder von uns, die wir hier im Raum sind, Erfahrungen mit dem öffentlichen Dienst gemacht haben, und zwar mit solchen und mit solchen öffentlich Bediensteten, also mit Faulen und mit solchen, die wirklich sehr viel leisten, sehr engagiert sind und einen guten Job machen.

Unter Fachleuten ist völlig unbestritten, daß es notwendig ist, Leistungsträger zu motivieren. Das bedeutet, ihnen Anerkennung zukommen zu lassen, und das darf und soll sich gerne auch finanziell auswirken.

Das ist ein modernes Personalmanagement, das in der Wirtschaft gang und gäbe ist. Glücklicherweise besteht seit 1997 nach dem Bundesbeamtenrecht die Möglichkeit, dieses auch im öffentlichen Dienst durchzuführen.

- B Man kann für öffentlich Bedienstete – wenn sie Leistungsträger sind – Prämien auszahlen, auf ein Jahr begrenzte Leistungszulagen gewähren und auch dafür sorgen, daß sie in der jeweiligen Dienstaltersstufe schneller aufsteigen. Das ist für maximal 10 Prozent des betroffenen Personenkreises möglich.

Gegenfinanziert wird dies durch den Umbau der Grundgehaltstabelle, was schon seit einigen Jahren praktiziert wird. Insofern ist beim Bund und bei den Ländern inzwischen auch ein finanzieller Ertrag eingetreten, der für die Gewährung von Leistungsanreizen eingesetzt werden soll; in Hamburg ist dies noch nicht geschehen. Der Senat hat erklärt, er wolle derartige Leistungsanreize bis zum Jahr 2000 einführen. Allerdings ist davon derzeit noch nichts in Sicht.

Der Bund hat finanzielle Leistungsanreize eingeführt. Auch viele Länder wie Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Schleswig-Holstein handeln so. Sie gewähren den öffentlich Bediensteten Zulagen und finanzielle Leistungsanreize, die sich als Leistungsträger qualifiziert haben. In Hamburg ist es derzeit noch nicht der Fall.

Es ist unbestritten, daß dieses Vorgehen auch eine Vielzahl von Problemen mit sich bringt. Die Probleme stecken wie immer im Detail. Man muß eine Leistungsbewertung vornehmen, die im Einzelfall für Vorgesetzte schwierig ist. Denn wenn man dem einen eine Leistungsprämie zukommen lassen will, kann man dies im Umkehrschluß dem anderen nicht gewähren. Hier befinden sich die Vorgesetzten in einer großen Verantwortung.

C Gleichwohl ist es die Aufgabe der Politik, diese Probleme zu lösen. Andere Länder haben das schon getan. Wir sind der Auffassung, daß in Hamburg dies schnellstens geschehen muß. Ich bin froh, daß dieses Thema aufgrund der Initiative der GAL an den Innenausschuß überwiesen wird, denn dort können wir das alles erörtern. Wir würden dann gern vom Senat erfahren, warum derartiges in Hamburg noch nicht umgesetzt wurde.

Zum Thema Mobilität, das wir auch in einem Antrag angesprochen haben. Wir stellen fest, daß es immer schwieriger wird, die Durchlässigkeit für Bedienstete von einer Behörde in die andere zu gewährleisten. Bei Lehrern ist das sicherlich ein nicht so großes Problem, denn sie werden in der Regel als solche arbeiten. Aber innerhalb der allgemeinen Verwaltung ist es schon sinnvoll, wenn die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von einer Fachbehörde in die andere und vom Bezirksamt in die Fachbehörde wechseln können und umgekehrt. Das ist sinnvoll, geschieht in den letzten Jahren aber kaum noch.

Durch die Sparmaßnahmen im öffentlichen Dienst ist jede Behörde peinlich darauf bedacht, möglichst keine Bewerberinnen und Bewerber von außen aufnehmen zu müssen, weil jede einzelne Behörde im Rahmen der Haushaltskonsolidierung damit befaßt ist, ihre eigenen Probleme zu lösen. Trotzdem ist das auf Dauer keine Lösung. Die Immobilität im hamburgischen öffentlichen Dienst ist inzwischen so weit fortgeschritten, daß man von Erstarrung reden kann.

Deshalb wollen wir auch dieses Thema im Innenausschuß erörtern. Ich freue mich auf die Diskussion und hoffe, daß in diesem Jahr endlich etwas geschieht und wir zum einen finanzielle Anreize für Leistungsträger bekommen und zum anderen etwas für die Mobilität des öffentlichen Dienstes tun. Denn das sind moderne Personalmanagementinstrumente, die wir dringend brauchen. Ansonsten hinken wir der Wirtschaft hinterher, und das kann sich der öffentliche Dienst in Hamburg am wenigsten erlauben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei *Sabine Steffen GAL*)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Zuckerer.

Walter Zuckerer SPD: Meine Damen und Herren, Frau Präsidentin! Ich weiß nicht mehr, wann ich zum ersten Mal eine Debatte über leistungsbezogene Bezahlung im öffentlichen Dienst mitgemacht habe.

(*Ole von Beust CDU*: Vorm Krieg!)

Das war vor meiner Zeit im öffentlichen Dienst. Demnach muß es fast 20 Jahre zurückliegen.

(*Heino Vahldieck CDU*: Aber rechtlich geht es erst seit 1997!)

Von daher zeigt allein die Dauer der öffentlichen Debatte, daß wir uns auf einem bemerkenswerten, vielleicht komplexen Terrain bewegen.

Um Ihnen die Komplexität dieses Terrains deutlich zu machen, erlauben Sie mir einige historische Reminiszenzen. Sie reichen mehrere hundert Jahre zurück.

Wie wir alle wissen, wird gemeinhin in jeder Großorganisation und auch in jedem Unternehmen nach Funktionen bezahlt, die als Leitungsverantwortung und Aufgabenbeschreibung verstanden werden. Im öffentlichen Dienst wird aber eigenartigerweise nach Funktion und Dienstalter be-

(Walter Zuckerer SPD)

- A zahlt. Woher kommt diese bemerkenswerte Bezahlung nach dem Dienstalter?

Meine Damen und Herren! Sie können raten. Sie reicht zurück bis in die Zeiten des Absolutismus. Es ist – wenn wir nur Deutschland betrachten – ein Vermächtnis des deutschen Adels im preußischen Heer.

(Wolfgang Beuß CDU: Der olle Fritz!)

Bekanntermaßen wurde das preußische Heer von seinem Adel geführt. Offiziere waren Adlige, und der Adel war nach seiner eigenen Betrachtung die Elite des Volkes. In sich war er aber bemerkenswerterweise egalitär, nämlich gleich.

Der deutsche Adel hatte die Fiktion, daß nicht kognitive Fähigkeiten, sondern lediglich das Alter die Menschen unterscheidet. Und da das Alter Erfahrung bedeutete, war der jeweilige Kommandeur älter als seine Untergebenen. Es verwundert eigentlich nicht, daß das Anciennitätsprinzip des preußischen Adels aus der preußischen Armee auf das preußische Beamtentum übertragen wurde. Es ist verwunderlich, daß wir dies auch noch nach Hunderten von Jahren haben.

(Beifall bei Dr. Andrea Hilgers SPD)

Insofern kam die alte Bundesregierung, als sie beschloß, leistungsbezogene Anreize im öffentlichen Dienst einzuführen, in die Nähe von Revolutionärem. Da dies bei der alten Bundesregierung aber nicht zu vermuten ist, kam sie zumindest in einem ersten Schritt zu einem Systemwechsel. Lassen Sie mich das einfach so sagen.

Es ist relativ verständlich, daß jeder Systemwechsel – wie in diesem Bereich mit jahrhundertelanger Tradition – gewisse Widerstände und Schwierigkeiten aufwirft. Ich komme zunächst zu den Schwierigkeiten.

- B

Der öffentliche Dienst ist heute kein einheitliches Gebilde mehr, sondern eine ziemlich komplexe Organisation. Er erfüllt einerseits hoheitliche Aufgaben bis hin zu beratenden und fürsorglichen Tätigkeiten einer modernen Sozialstaatsverwaltung. Insofern stellen sich die Fragen, was eigentlich eine bewertbare Leistung ist – das ist sehr unterschiedlich – und ob wir nicht ein sehr differenziertes System brauchen.

Wie schwierig das ist, können wir bereits in der Praxis studieren. Es gibt nämlich ein Land, Herr Vahldieck, das Sie vergessen haben, nämlich Berlin. Ich erlaube mir, Ihnen über das System in Berlin aus einer hervorragenden Veröffentlichung – der „Informationen für Beamtinnen und Beamte“ – zu zitieren, die völlig unverdächtig ist. Die Überschrift lautete:

„Demotivation

Mit Ablehnung haben ÖTV, GEW und GdP auf den Beschluß des Berliner Senats reagiert, Leistungsstufen bei der Besoldung einzuführen. Die GdP befürchtet Demotivation und schlechteres Arbeitsklima. Die Polizei müsse intim arbeiten. Es sei unmöglich, einzelne für besondere Leistungen herauszupicken.“

Soweit die GdP. Diese kurze Illustration zeigt vielleicht, daß es schwierig ist, denn das, was die GdP sagt, hat einen harten Kern. Es wäre zweifellos schwierig, einzelne Beamte aus einer Hundertschaft auszuwählen und ihnen eine einmalige Leistungsprämie zu geben. Aber es spricht ausgesprochen nichts gegen eine leistungsbezogene Bezahlung. Es zeigt allerdings, daß wir ein sehr differenziertes

System benötigen, das auf die verschiedenen Bereiche des öffentlichen Dienstes zugeschnitten ist. Nun vielleicht ein Beispiel des Widerstandes.

C

Wir kommen zur GEW. Die GEW macht folgende Rechnung auf: Wenn man pro Leistungsbeurteilung nur fünf Stunden ansetze, seien in Berlin 400 Arbeitskräfte nötig, um alle Beamtinnen und Beamte zu beurteilen. Diese Argumentation hat zweifellos einen harten Kern. Wenn man nämlich leistungsgerechte Bezahlung einführen will, braucht man ein gutes Beurteilungssystem, jedoch kein Arbeitsbeschaffungsprogramm. Insofern würde ich dieses Zitat aus dem Bereich der GEW unter Widerstand und Verhinderung einordnen.

(Dr. Leonhard Hajen SPD: Nö, nö, nö!)

Schwierigkeiten sind nicht dazu da, um sie weiter auszubauen, sondern um gelöst zu werden.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD – Uwe Grund SPD: Was heißt hier Widerstand? Das ist Mathematik!)

Es ist zweifellos schwierig, ein solches System nach Hunderten von Jahren einzuführen, aber es gibt einfache Überlegungen, gegen die nichts spricht.

Wenn jemand im öffentlichen Dienst zweimal weit überdurchschnittlich beurteilt wurde, was spricht dagegen, diesen Menschen eine Dienstaltersstufe überspringen zu lassen? – Gar nichts. Es wäre auch kein revolutionärer Vorschlag. Es wäre nur anders, als es bisher war. Jene egalitäre Fiktion, daß das Alter und die Erfahrung Kompetenz erzeugt, würde damit etwas außer Kraft gesetzt. Von daher sind wir in der Pflicht, leistungsgerechte Bezahlung im öffentlichen Dienst durchzusetzen.

Der Senat hat das für das Jahr 2000 angekündigt; die SPD-Fraktion – das sage ich in Richtung des Senats – kann sich die Verzögerung eigentlich nur dadurch erklären, daß der rotgrüne Senat in seinem bekannten Perfektionismus immer noch an einem relativ ausgefeilten System arbeitet,

D

(Dr. Leonhard Hajen SPD: Fleißwerk!)

das vermutlich ein Gesamtkunstwerk werden soll.

Ich füge hinzu, daß ein Gesamtkunstwerk in diesem Bereich eher Schwierigkeiten aufwirft. Unsere Fraktion – und ich vermute, auch andere Teile des Hauses – wäre damit zufrieden, wenn es einzelne pragmatische Schritte geben würde, die die Anforderungen von Effizienz, Transparenz und wirklicher Leistungsbeurteilung erfüllten.

(Beifall bei der SPD, der GAL und der CDU)

Ich gebe der Erwartung meiner Fraktion Ausdruck, daß dies auch bald geschieht, und ich bin mir damit wahrscheinlich mit dem ganzen Hause einig.

Der zweite Antrag der CDU beschäftigt sich mit Mobilität. Aber nicht mit der Mobilität, die normalerweise Herr Reinertritt vertritt, sondern mit der des öffentlichen Dienstes.

Es ist richtig – darauf gibt es viele Hinweise –, daß die Mobilität im öffentlichen Dienst abgenommen hat. Die Frage ist: Hat dies strukturelle Gründe im System? Das ist wahrscheinlich, denn wir alle wissen, daß die betriebene Haushaltskonsolidierung unter anderem die Dezentralisierung der Personalverantwortung und die Personallbudgetierung beinhaltete.

Es kann dann zwischen dem Personalkreislauf und der Mobilität in einer Einzelbehörde einen Zielkonflikt geben. Wenn dieser Zielkonflikt sich ausweitet, dann sollten wir auch über mobilitätsfördernde Maßnahmen nachdenken.

(Walter Zuckerer SPD)

- A Da mag vielleicht eine Mobilitätsbörse sinnvoll sein, die es meines Wissens schon gibt. Es gibt auch mobilitätsfördernde Maßnahmen, aber sie setzen in der Regel die Eigeninitiative des einzelnen voraus. Wir müssen im Ausschuß darüber diskutieren, ob wir mehr als bisher institutionelle Strukturförderung zur Mobilitätsförderung im öffentlichen Dienst brauchen und uns nicht nur auf die Freiwilligkeit beschränken sollten. Freiwilligkeit im öffentlichen Dienst ist schön, aber wir wissen alle, daß man sich freiwillig eigentlich nur für besonders interessante Aufgaben bewirbt. Insofern ist – wenn ich das so sagen darf – die Wahrscheinlichkeit gering, daß die Freiwilligen in der Ausländerbehörde oder in gewissen Bereichen der Bezirksämter Schlange stehen. Trotzdem müssen wir hier etwas tun.

Lassen Sie mich aber in Ihre Richtung sagen, daß ich Ihren Mobilitätsbegriff als konservativ ansehe.

(Dr. Holger Christier SPD: ImmoBill)

Es geht nicht nur darum, Mobilität auf dieser Ebene zu fördern. Stellen wir uns doch einmal einige andere Fragen. Ist es zwangsläufig, in einem modernen öffentlichen Dienst, der in diesem Jahrtausend effizient und zukunftsfähig sein soll, daß die überwiegende Mehrzahl der Lehrer zeit ihres Lebens Lehrer sind? Was spricht eigentlich dagegen, daß sie in andere Bereiche der Verwaltung wechseln?

(Vereinzelter Beifall bei der SPD, bei Sabine Steffen GAL und Rolf Kruse CDU)

Sind eigentlich geschlossene Personalkörper das, was wir für zukunftsfähig im öffentlichen Dienst halten? Das gilt übrigens auch für Polizeibeamte; sie können genauso gut auch in anderen Verwaltungsbereichen arbeiten.

- B Von daher sollten wir das gemeinsam etwas grundsätzlicher und radikaler diskutieren; das lohnt sich.

(Beifall bei Dr. Dorothee Freudenberg GAL)

Ein abschließendes Wort. Die CDU hat zwei Anträge gestellt, den einen zu leistungsbezogenen Anreizen, den anderen zu Mobilität; beide Anträge sind zweifellos wichtig. Wir stehen aber, was den öffentlichen Dienst betrifft, nach meiner festen Überzeugung vor einer ganz anderen Herausforderung.

Der öffentliche Dienst wird im Wettbewerb um qualifizierte Mitarbeiter in den nächsten Jahren mit vielen anderen Bereichen konkurrieren müssen. Das bedeutet, daß wir ihn im positiven Sinne wettbewerbsfähig machen müssen.

Zur Kompensation und Ergänzung der Rationalisierung und Personaleinsparung des öffentlichen Dienstes haben wir aufgrund unserer knappen Kassen in den letzten acht Jahren zunächst die Modernisierung im Bereich der Prozeßsteuerung und der technischen Ausrüstung vorgenommen. Ich nenne das einmal die ökonomische Phase der Modernisierung des öffentlichen Dienstes.

In den nächsten Jahren brauchen wir als zweite Phase eine strukturelle Modernisierung. Dazu gehören für mich die Verbesserung der Personalplanung, die Qualitätssicherung und vor allen Dingen die Verbesserung der Ausbildung und auch mehr Frauen in Führungspositionen. Zu einer weltoffenen Metropole gehören im Hinblick auf eine Europäisierung und Internationalisierung unserer Apparate auch mehr Migrantinnen und Migranten.

(Rolf Kruse CDU: Europäer sind keine Immigranten!)

Wenn wir das gemeinsam angehen, haben wir viel zu streiten und zu diskutieren. Das lohnt sich, so daß wir dann keine Beamtenpolitik mehr zu machen brauchen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, der GAL und der CDU)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Hajduk.

Anja Hajduk GAL: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Zuckerer, das verspricht – sofern Sie zugegen sind –, eine sehr grundsätzliche Debatte im Ausschuß zu werden. Jedenfalls haben Ihre Worte zu hohen Erwartungen Anlaß gegeben; das freut mich.

Ich möchte zunächst auf den ersten CDU-Antrag zu finanziellen Leistungsanreizen eingehen. Es ist richtig, daß es entgegen einer Senatsplanung eine entsprechende Einführung der finanziellen Leistungsanreize im öffentlichen Dienst in Hamburg bisher nicht gibt. Ich will auch nicht verhehlen, daß wir diese Einführung in jedem Falle wollen und auch für nötig erachten. Deswegen ist die Tendenz des Antrags der CDU richtig.

Es ist sinnvoll, neben der Verwaltungsmodernisierung, die wir in den letzten Jahren betrieben haben, ausdrücklich auch den Modernisierungsgedanken in der Personalführung und -wirtschaft fortzusetzen. Dazu stehen die verschiedenen Modelle der Leistungsorientierung wie beispielsweise die Prämien, befristete Zulagen oder auch ein schnelleres Aufrücken in den Grundstufen zur Verfügung.

Ich habe dafür Verständnis, wenn die Findung von Kriterien, wie die Leistungszulagen vergeben werden sollen, so lange diskutiert werden, bis man geneigt ist, ein Gesamtkunstwerk herzustellen.

(Unruhe im Hause – Dr. Hans-Peter de Lorent GAL: Es ist zu laut! – Glocke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt (unterbrechend): Frau Hajduk, bitte einen Moment. Es ist im Raum viel zu laut. Die Gespräche sollten bitte nach draußen verlegt werden. Sie haben das Wort.

Anja Hajduk (fortfahrend): Ich gebe auch zu, daß es schwierig ist, ein kritikfreies Ergebnis hinzubekommen. Ich meine aber, daß die Findung von Kriterien oder – wie der Senat auf eine Kleine Anfrage von Herrn Vahldieck geantwortet hat – daß die Einführung der Leistungsanreize, gekoppelt mit einer grundlegenden Reform des Beurteilungswesens, kein ausreichendes Argument für die Verzögerung und die Nichteinführung im Jahre 2000 sein kann.

Vielmehr glaube ich, daß wir nur eines nach dem anderen machen konnten, womit ich folgendes meine:

Das Parlament hat in dieser Legislaturperiode die Priorität auf die Konsolidierung des Haushalts gesetzt. Damit sind wir ein ganzes Stück weitergekommen, so daß wir im Betriebshaushalt eine positive Entwicklung erzielt haben. Diese Entwicklung ist eine Bedingung dafür, um diese Leistungsanreize jetzt auch vollziehen zu können.

Entgegen dem vorhin gefallenem Argument, daß nämlich schon eine Vorfinanzierung gegeben sei, habe ich die praktische Auswirkung so verstanden, daß die auf Bundesebene 1997 im Beamtenrecht stattgefundenen Veränderungen noch nicht zu einer Einsparung geführt haben. Deswegen kann nicht die Rede davon sein, daß man diese

(Anja Hajduk GAL)

- A finanziellen Leistungsanreize schlicht und einfach hätte haushaltsneutral umsetzen können.

Ich gehe davon aus, daß es sich bei der Einführung dieser Leistungsanreize beim gesamten Hamburger Personalhaushalt um eine Größenordnung handeln kann, die sich unter Zugrundelegung der Zehnprozentmarke bei den Begünstigten locker im zweistelligen Millionenbereich befindet. Wenn ich dann konstatiere, daß unser Einsparvolumen im Personalhaushalt von 75 Millionen DM pro Jahr zusätzlich vielleicht noch einmal 20 Millionen DM oder mehr hätte erwirtschaften müssen, um die finanziellen Leistungsanreize zu bezahlen, dann erkenne ich an, daß dies auch ein Zielkonflikt für unser Konsolidierungsprogramm im Jahr 2001 gewesen ist.

Die Mehrheit dieses Hauses hat diese Form der Konsolidierung gewünscht. Wenn ich mir dann überlege, daß die Fluktuation des Personalkörpers in den verschiedenen Behörden immer eine ähnliche Größenordnung hat wie die Einsparquote, dann erkenne ich an, daß zumindest Schwierigkeiten für ein gleichmäßiges Verfahren über die verschiedenen Behörden hinweg bestehen, um diese Leistungsansätze auch verwirklichen zu können.

Ich komme zu der Zukunft. Ich glaube, es gibt keinen Grund, weiterhin auf die Möglichkeiten von Leistungsanreizen zu verzichten. Ich glaube, daß wir ab nächstem Jahr dringend eine solche Einführung brauchen. Ich hoffe auch, daß wir im Ausschuß über eine konkrete Umsetzung auch schon etwas hören werden, sonst wären wir natürlich selbst in der Pflicht; das muß man zugestehen.

- B Wir müssen bei der Situation des öffentlichen Dienstes – das ist das, was Herr Zuckerer am Ende seiner Rede gesagt hat – tatsächlich berücksichtigen, daß wir in Zukunft eine andere, schärfere Wettbewerbssituation auch im öffentlichen Dienst haben werden. Da sind solche Dinge wie die finanziellen Anreize nicht das einzige Argument, aber es ist eines, das dazu führt, den öffentlichen Dienst auch wettbewerbsfähig zu halten.

Ich will aber nicht verhehlen, daß es grundsätzlich noch weiter darüber hinausgehen kann. Von unserer Fraktion ist sehr begrüßt worden, finanzielle Leistungsanreize so zu verstehen, daß auch ein Weiteraufsteigen in Besoldungsstufen möglich ist. Zum Beispiel haben wir immer bei den Lehrern gefordert, daß der Übergang zu A 14 auch nicht einfach an das Dienstalder, sondern an die Übernahme bestimmter Aufgaben gekoppelt sein sollte. Ich glaube, wir müssen hier noch viel mutigere und radikalere Schritte unternehmen. Dafür sollte nicht nur ein geringer Anteil vorgesehen werden, sondern wir sollten uns grundsätzlich eine Änderung zutrauen, Beförderungen an Aufgabenerweiterungen und Leistungsmerkmale zu koppeln.

Noch kurz zu dem Antrag über die Mobilität. Dieser Antrag weist in fast allen Punkten in die richtige Richtung. Wir müssen sehr kritisch bedenken und beraten, welche Folgen die dezentrale Budgetierung der Personalkosten haben kann, indem sich beispielsweise Behörden abschnitten. Zum Beispiel haben behördeninterne Ausschreibungen einen Vorrang vor denen des gesamten öffentlichen Dienstes. Das sind keine wünschenswerten Effekte, die hier eingetreten sind.

Andererseits berührt es natürlich die von uns getroffenen grundsätzlichen Entscheidungen, daß wir gerade die dezentrale Ressourcenverantwortung wollten, weil wir daran die Konsolidierungsquoten gekoppelt haben.

Insgesamt weisen diese beiden Anträge in eine Richtung, um deren Beschlüßlagen oder Ergebnisse wir uns nicht werden herumdrücken können. Ich bin gespannt auf die Beratungen und auf die eventuellen Ergebnisse im Innenausschuß, die wir dort vielleicht schon als konkrete Planungen entgegennehmen können. Vielleicht können wir auch schon zu eigenen Beschlüssen kommen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksachen 16/5941 und 16/5942 an den Innenausschuß zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Die Überweisungen sind einstimmig erfolgt.

Wir kommen dann zum Tagesordnungspunkt 9: Drucksache 16/5702: Große Anfrage der GAL-Fraktion zum neuen Infektionsschutzgesetz und Konsequenzen für Hamburg.

**[Große Anfrage der Fraktion der GAL:
Das neue Infektionsschutzgesetz und
Konsequenzen für Hamburg
– Drucksache 16/5702 –]**

Wer meldet sich zu Wort? – Herr Zamory.

Peter Zamory GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Am 1. Januar ist das neue Infektionsschutzgesetz in der Bundesrepublik in Kraft getreten; es hat das alte Bundesseuchengesetz abgelöst.

Es gibt wichtige Neuerungen bei der Meldung von Krankheitserregern, von Krankheiten und von anonymen Krankheitsmeldungen wie beispielsweise Aids, die bundesweit direkt an das Robert-Koch-Institut weitergeleitet werden. Sie geben einen genaueren Überblick der Neuinfektionen, aber nicht unbedingt einen Aufschluß über die Neuerkrankungen wie den Ausbruch von HIV-Infektionen.

Eine Meldung erfolgt von zwei Seiten. Es wird jetzt doppelt gemeldet. Jetzt müssen sowohl die Ärzte als auch die Labore melden, und zwar 24 Stunden nach Kenntnisnahme. Ihre Meldungen erfolgen nicht nur als Informationen, sondern es ist auch die Krankheitsgeschichte des Patienten abzugeben. Dazu sind von den Ärzten 15 Fragen zu beantworten. Damit wird es möglich sein, epidemiologisch einen erheblich genaueren Überblick über den Stand der Infektionskrankheiten in unserer Stadt zu bekommen.

Wie wichtig das ist, kann man an der vor 20 Jahren geführten Diskussion ablesen, als die Illusion geschürt wurde, die wichtigsten Infektionskrankheiten seien besiegt. Wir mußten aber in den achtziger Jahren erleben, daß Infektionskrankheiten viralen Ursprungs – wie die HIV-Infektion, aber auch Hepatitis C – in der Bevölkerung immens um sich gegriffen haben und daß auch in Hamburg die Meldungen in der Vergangenheit nicht die realistische Situation abbilden konnten.

Deswegen ist es wichtig, daß in Hamburg jetzt die bei den einzelnen Gesundheits- und Umweltämtern der Bezirke eingehenden Meldungen beim Hygiene-Institut zusammenlaufen, dort aufgearbeitet werden, um dann präventiv verwertet zu werden. Das ist eine wichtige Konsequenz. Insofern stellt uns diese Antwort in unserer Großen Anfrage zufrieden.

(Peter Zamory GAL)

- A Es ist wichtig, sich nicht nur, was die HIV-Infektion angeht, einen epidemiologischen Überblick über Infektionskrankheiten zu verschaffen. In unserer Stadt gibt es auch Armut und Elend, so daß die Tuberkulose wieder im Ansteigen begriffen ist. Die Tropenerkrankungen durch Fernreisen nehmen ebenfalls zu. Darunter befinden sich auch Viruserkrankungen, die gemeldet werden müssen.

Für die Zukunft ist es wichtig für uns, mit der Reform des Gesetzes über den Öffentlichen Gesundheitsdienst und die damit verbundene Gesundheitsberichtserstattung sowie mit dem genauen epidemiologischen Überblick zu gezielten Präventionsmaßnahmen zu kommen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Dr. Petersen.

Dr. Mathias Petersen SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir befinden uns im Krieg. Unser Gegner ist klein, ja winzig, und seine Soldatenheere sind unermeßlich.

(*Helga Christel Röder CDU:* Und vermehren sich!)

Er ist heimtückisch, benutzt uns als Transportmittel und als Lebensmittelpunkt. Dieser Gegner ist insofern unerbittlich, als ihm Jahr für Jahr 20 Millionen Menschen zum Opfer fallen. Seine Soldaten heißen Viren und Bakterien, seine Bataillone Masern, Hepatitis, Polio, HIV und so weiter. Er greift nicht nur uns an, sondern auch unsere Nahrungsmittelvorräte. Hier heißen seine Bataillone zum Beispiel MKS.

- B Jedes Gegenmittel, das unsere Forscher erfinden, wird vom Gegner erkannt, unsere Waffen werden schnell stumpf. Jahr für Jahr sterben auch in Hamburg Menschen an Infektionen, deren Erreger gegen alle Antibiotika resistent sind.

Ist dieser Kampf nun völlig aussichtslos? Nein. Die von unserem Gegner gefürchtetste Waffe ist die Immunisierung, die Impfung. Seine Streitmacht Pocken konnten wir 1980 ausrotten, aber auf anderen Schlachtfeldern sind wir noch nicht konsequent genug. So sterben Jahr für Jahr fast drei Millionen Menschen an Masern, obwohl es eine Impfung gibt. Dies liegt sicher daran, daß die Impfung für viele Länder zu teuer ist und daß die Menschen leider viel mehr Geld für die gegenseitige Vernichtung als für die Bekämpfung von Infektionskrankheiten ausgeben.

(Beifall bei *Farid Müller GAL*)

Ich wünsche mir, daß Sie dieses kriegerische Szenario etwas sensibilisiert, und ich würde mich freuen, wenn Sie erstens Ihren eigenen Impfschutz hinterfragen und zweitens das Thema Impfen in Ihre politische Diskussion mit aufnehmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Jürs.

Vera Jürs CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die vorliegende Drucksache 16/5702 fragt ab, inwieweit das neue Infektionsschutzgesetz zum 1. Januar 2001 in Hamburg bereits umgesetzt wurde. Erfreulich ist, daß nicht nur in Diskussionen und Arbeitskreisen sehr viel geschehen ist, sondern auch damit, daß wir gemeinsam be-

reits eine Zuständigkeitsanordnung und eine Globalrichtlinie beschlossen haben, auch wenn es Mehrarbeit für die Meldepflichtigen bedeutet.

Ich vermisse allerdings in der Fragestellung – auch in der Antwort wird nicht darauf eingegangen – die Einbeziehung der Berufsgruppe der Heilpraktiker in die Meldepflicht. Es ist eine bedeutsame Neuerung dieses Gesetzes, daß Heilpraktiker seit dem 1. Januar 2001 verpflichtet sind, den Gesundheitsämtern meldepflichtige Krankheiten aufzugeben. Warum wurde das vergessen?

Aber es gibt für mich noch eine weitere Irritation. In Anlage 1 sind verschiedene Tabellen aufgeführt. Ich spreche jetzt von der Tabelle 5: Erkrankungen und Sterbefälle an humanen spongiformen Enzephalopathien, die nicht erbliche Form von CJK. Es ist mir unverständlich, warum darin für das Jahr 1998 in Hamburg zwei Sterbefälle an CJK in Eimsbüttel angegeben werden. In der Antwort auf meine Kleine Anfrage vom 3. März 2000 sind für Hamburg dagegen null Sterbefälle an CJK vermerkt. Ich fürchte, das bestätigt den Eindruck der CDU, daß Anfragen nicht mit der nötigen Sorgfalt beantwortet werden – frei nach dem Motto „wer kann das schon nachprüfen? Hauptsache, es hört sich gut an.“ An einer Aufklärung dieser Diskrepanz wäre ich äußerst interessiert. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt Senatorin Roth.

Senatorin Karin Roth: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Infektionsschutzgesetz, das das veraltete Bundesseuchengesetz ablöst, trat am 1. Januar 2001 in Kraft. Die Absicht des Bundesgesetzgebers, dem Infektionsschutz in der Bundesrepublik einen zeitgemäßen Stellenwert einzuräumen, wurde damit in die Tat umgesetzt. Das Gesetz trägt insbesondere den aktuellen Erkenntnissen über neue Risiken auf dem Gebiet des Infektionsschutzes Rechnung, so zum Beispiel bei der Tuberkulose, der Hygiene, und insbesondere auch im Bereich der Krankenhäuser wird hier genauer hingeschaut. Das Gesetz schneidet vor allen Dingen alte Zöpfe ab, zum Beispiel im Bereich der Pflichtuntersuchungen im Gaststättenbereich oder im Umgang mit Prostituierten. Dies gilt insbesondere im Bereich der Infektionsepidemiologie. Hier zeigt sich vor allen Dingen die Hamburger Handschrift. Die wesentlichen Neuerungen finden sich in folgenden Bereichen: neues Meldesystem, veränderte Meldeinhalte, neue Verfahrenstandards, Erweiterung von Pflichten und Befugnissen im Bereich der Krankenhaushygiene und der allgemeinen Hygieneüberwachung, neue Konzepte zur Risikominimierung im Lebensmittelbereich und in Gemeinschaftseinrichtungen. Hierzu finden Sie in der Großen Anfrage einige Details.

Für eine erste Bilanz ist das sicher noch zu früh. Gleichwohl war gerade in der letzten Woche auf einem Kongreß zum Öffentlichen Gesundheitsdienst zu hören, daß es aus den Ländern erfreulich wenig Klagen und Beschwerden aus der Praxis gibt. Gleichzeitig wurde berichtet, daß die Anzahl der Meldungen von meldepflichtigen Krankheiten aus dem Bereich der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte und der Labore erheblich angestiegen ist. Das heißt, das Meldesystem funktioniert besser als früher. Das sind die ersten positiven Anzeichen. Dies begründet auch die Erwartungen, die die Länder und der Bund hatten, dieses durch das Gesetz zu erreichen.

(Senatorin Karin Roth)

- A In Hamburg hat die Einrichtung einer Abteilung im Bereich des Hygiene-Instituts, die ebenfalls für das Impfwesen zuständig ist, bundesweit Beachtung gefunden. Der Abgeordnete Petersen hat darauf hingewiesen, wie wichtig das Impfen ist. Gerade diese Abteilung soll dafür Sorge tragen, daß insbesondere in Kooperation mit den niedergelassenen Ärzten und auch den Krankenkassen der Impfschutz in Hamburg verbessert werden soll. Wir haben dazu eine spezielle Vereinbarung mit den Krankenkassen getroffen, und wir führen zur Zeit Aktionen durch, zum Beispiel die Harburger Impftage, die gerade vor kurzem begonnen haben.

Insgesamt trägt dieses neue Infektionsschutzgesetz dazu bei, die Datenlage zu verbessern. Ich werde natürlich Ihren Hinweis aufnehmen, Frau Jürs. Ich gehe auch davon aus, daß sich die Zusammenarbeit zwischen Ärzten, Robert-Koch-Institut und Hygiene-Institut weiter verbessert, damit wir in Hamburg, bezogen auf diesen Bereich, bessere Daten bekommen. Hinzu kommt noch, daß wir im Bernhard-Nocht-Institut für besonders ansteckende Krankheiten ein Kompetenzzentrum eingerichtet haben. Auch das ist sehr anspruchsvoll. Hier werden wir – nicht nur für Hamburg, sondern für das ganze Bundesgebiet – insbesondere bei der Bekämpfung dieser Krankheiten einen entsprechenden Anteil leisten. Insgesamt wollen wir sehen, wie sich das Infektionsschutzgesetz entwickelt. Wir sind auf einem guten Weg.

(Beifall bei der SPD, der GAL und bei Vera Jürs CDU)

Vizepräsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Damit ist die Große Anfrage besprochen.

- B Ich rufe Tagesordnungspunkt 25 auf: Drucksache 16/5890, Mitteilung des Senats zum Thema Medienerziehung zu Medienkompetenz in Hamburger Schulen.

**[Senatsmitteilung:
Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen
der Bürgerschaft vom 7./8. Juli 1999
(Drucksache 16/2670) – Medienerziehung zu
Medienkompetenz in Hamburger Schulen –
– Drucksache 16/5890 –]**

Das Wort wird gewünscht? – Die Abgeordnete Schilling hat es.

Elisabeth Schilling SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben vorhin in der Mediendebatte gehört, wie entscheidend für eine erfolgreiche Ansiedlungspolitik das Vorhandensein qualifizierter Mitarbeiter ist. Nicht zuletzt deshalb investiert der rotgrüne Senat seit Jahren – und verstärkt in dieser Legislaturperiode – in die Medienkompetenz des Nachwuchses schon in der Schule.

Sozialdemokraten waren immer für Chancengleichheit und setzen sich deshalb auch um so mehr für einen gleichberechtigten Zugang zu den neuen Medien ein, denn Medienkompetenz ist nicht nur für die berufliche Karriere entscheidend, sondern sie wird überhaupt die Voraussetzung für eine gelungene Integration in unserer Informations- und Wissensgesellschaft sein.

(Beifall bei Wolf-Dieter Scheurell SPD)

Mehr und mehr dominieren die neuen Medien unsere Alltagskultur. Wenn Schule das Lernfeld für das reale Leben sein soll, müssen wir die virtuelle Welt noch konsequenter in die Schule hineinholen. Schule muß zum zielgerichteten

und selbstbestimmten Nutzen der Medienangebote befähigen und legt damit das Fundament für die Bereitschaft für lebenslanges Lernen. Deshalb ist die Medienerziehung in Paragraph 5 des neuen Schulgesetzes gezielt verankert. Zur Zeit wird, wie in anderen Fächern auch, der Bildungsplan überarbeitet. Computer sollen in allen Fächern, aber auch fächerübergreifend und projektbezogen, zum Einsatz kommen. Das wird die Lehr- und Lernprozesse verändern. Lehrerinnen und Lehrer werden sich von ihrer Rolle als Wissensvermittler zu Teamleitern selbstgesteuerter Schülerarbeiten entwickeln. Das wird nicht nur den Dialog miteinander anregen, sondern auch einen differenzierteren Umgang mit den individuellen Lernniveaus der Schülerinnen und Schüler ermöglichen. Wir sollten das also als Chance begreifen, neue Unterrichtsformen und -konzepte zu entwickeln.

(Dr. Stefan Schulz CDU: Das wäre toll!)

Beispielsweise tauscht sich die Profilklass „World in touch“ der Gesamtschule Bergedorf per E-Mail mit verschiedenen Schulen aus der ganzen Welt zu bestimmten Themen aus. Die Profilklass „Studio“ produziert Sendungen für das Schulradio und Schulfernsehen, andere nutzen die technischen Möglichkeiten für ihre Schülerzeitung oder die Gestaltung der schuleigenen Homepage.

Für den besten Internet-Auftritt hat im November letzten Jahres die Gesamtschule Allermöhe einen Preis beim „Multimedix School Award“ gewonnen.

(Wolfgang Beuß CDU: Schön ausgedrückt!)

Als beste Einzelleistung wurde eine Schülerin mit einer „Multimedia-Präsentation über das Vernichtungslager Sobibor“ ausgewählt. Das sind ermutigende Beispiele.

(Beifall bei der SPD und bei Wolfgang Beuß CDU)

Eigenen Arbeitsergebnissen und Interessen medial Ausdruck zu verleihen, Medienprodukte zu gestalten und zu veröffentlichen, ist das Ziel der Medienerziehung. Deshalb investiert Hamburg in den allgemeinbildenden Schulen jedes Jahr rund 13 Millionen DM für den multimedialen Unterricht. Ziel ist es, im bundesweit führenden LuK-Ausstattungsprogramm bis 2003 alle Klassenräume mit Medienecken zu versorgen und Computerfächeräume in jeder Schule einzurichten. Von den bis dahin geplanten 10 000 PCs sind bereits 80 Prozent installiert. Der Bestand hat sich damit in den letzten zwei Jahren verdoppelt.

Zur Erprobung im Unterricht kennen Sie das „SEMIK“-Programm, in dem an sechs Schulen alle Schülerinnen und Schüler der siebenten Klassen mit eigenen Laptops ausgestattet worden sind.

Im Rahmen der Initiative „Schulen ans Netz“ sind nahezu alle Schulen aller Schulformen ans Internet angeschlossen, die Hälfte davon auch ans Intranet. Für die Wartung und den Betrieb der PCs haben wir im letzten Jahr Mittel in Höhe von 1,5 Millionen DM und für dieses Jahr 2,5 Millionen DM beschlossen. Das sind 250 DM pro PC.

Ein technisches Support-Konzept hat die BSJB vom Fachbereich Informatik der Uni Bremen entwickeln lassen, das auf internationalen Erfahrungen basiert. Inhaltliche Unterstützung bietet allen Lehrerinnen und Lehrern der Hamburger Bildungsserver als zentrale Informations- und Kommunikationsplattform. Er bietet ein Portal zu vielfältigen Themen von A wie Auslandsjournal, über Berufsorientierung, ethnische Konflikte, Globalisierung, Hamburg, Klima, Ozean, Umwelt- und Verkehrserziehung. Eine spannende

C

D

(Elisabeth Schilling SPD)

- A Palette fertiger Unterrichtseinheiten kann – didaktisch aufbereitet – mit gebrauchsfertigen Materialien heruntergeladen werden.

Eine Projektagentur des Landesmedienzentrums berät zum sinnvollen Einsatz geeigneter Software im Klassenzimmer und ist bereits von 85 Prozent aller allgemeinbildenden Schulen angezapft worden.

Viel Bereitschaft und großes Interesse zeigten 8500 Teilnehmer – die Hälfte der Hamburger Lehrerinnen und Lehrer – an Seminaren des Instituts für Lehrerfortbildung zum Lernen mit neuen Medien, und bis zum Schuljahr 2002/2003 sollen Dreiviertel aller Pädagogen erreicht sein. Außerdem werden ein Multiplikatorenprogramm – Lehrer schulen ihre Kollegen –, ein Online-Lehrgang sowie eine zweijährige Zusatzqualifikation zur Lehrerweiterbildung aufgebaut, denn die Lehrer sind unser Hebel, an dem wir ansetzen müssen. Deshalb werden die Junglehrer im kommenden Schuljahr bereits im Referendariat mit einem persönlichen Laptop ausgestattet werden.

Die Hamburger Kommission für die Reform der Lehrerausbildung hat, wie wir uns gestern bei der Sachverständigenanhörung versichern konnten, das Lernen mit neuen Medien zum Schwerpunkt ernannt. Wir sollten deshalb nicht nur Kenntnis von der Drucksache nehmen, sondern die Empfehlungen der Kommission bei ihrer praktischen Umsetzung kritisch begleiten.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Beuß.

- B **Wolfgang Beuß** CDU: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Der Stellenwert des Themas Medien, IT ist sehr hoch. Um so bedauerlicher ist es, daß dieses Thema heute als letztes zur Debatte angemeldet worden ist – nicht im Sinne von das „Letzte“, sondern ganz zum Schluß –, weil die Aufnahmefähigkeit gegen Abend doch etwas nachläßt.

Die positiven Aspekte, Frau Schilling – das hatte ich auch nicht anders erwartet –, haben Sie aufgezeichnet und noch einmal dargestellt. Ich kann Sie nur unterstützen, weil dieses Thema herausragend, zukunftsorientiert und letztlich für unseren Export sehr wichtig ist, denn das Fitmachen in dieser Frage ist ein ganz entscheidender Wirtschaftsfaktor für das spätere Berufsleben der Jugendlichen frei nach dem Motto:

„Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr.“

Das Thema ist für die Schule wichtig, relevant für die Ausbildung, im Studium und im Beruf. Die Richtungsentscheidung des Senats, in diese neue Technologie zu investieren, war richtig. Der Schwerpunkt ist erkannt. Aber die Umsetzung, meine Damen und Herren, empfinde ich als lausig und als handwerklich in vielen Dingen falsch.

Für viel Geld wurden seit Mitte der neunziger Jahre die berühmten Kisten in die Schulen gestellt, aber es fehlte eine konzeptionelle Planung, die damit einherging. Die Technik macht ohne die sie beherrschenden Menschen und vor allen Dingen ohne eine grundlegende Konzeption überhaupt keinen Sinn. Das Ganze läuft in der Schulbehörde nach dem Hase-und-Igel-Prinzip:

„Ick bün all dor“,

aber eigentlich ist das nur ein Hinterherlaufen. Daran erinnert diese Drucksache fatal. Das Ersuchen ist zwei Jahre

alt, und wenn man die Senatsantwort liest, hat man den Eindruck, daß hier mit viel Hektik etwas zusammengewerkelt worden ist, denn deutlich wird folgendes:

Erstens: Es fehlte und fehlt nach wie vor an einer grundlegenden Konzeption, es fehlen nach wie vor die entsprechenden Lehr- und Bildungspläne, die jetzt lediglich in kleinen Ansätzen als Entwurf vorliegen.

Zweitens: Die Aus- und Weiterbildungseinrichtungen für Lehrer waren nicht auf die praktischen Erfordernisse eines guten Medienunterrichts vorbereitet.

Drittens: Die damit arbeitenden Lehrer – ausgenommen die, die sich vielleicht hobbymäßig für dieses Thema interessieren – waren überhaupt nicht auf die Herausforderungen vorbereitet, um mit diesem neuen Medium in den Schulen umzugehen.

Viertens: Die Legislaturperiode hätte angesichts dieses Ersuchens eher sechs als vier Jahre haben müssen. Dann hätte möglicherweise in der Ersuchensantwort des Senats auch mehr Konkretes gestanden. Statt dessen müssen wir uns mit relativ unausgegorenen Aussagen abspeisen lassen.

Ich greife ein paar Sachen heraus: Zur Lehrerbildung in der ersten Phase steht, daß seit Juni 2000 die Neukonzeption des Medienzentrums läuft.

Im Zusammenhang mit der zweiten Lehrerausbildungsphase liest man, die erste Einführung in neue Medien habe im Sommer 2000 stattgefunden. Sie läuft jetzt hoffentlich effizient an. Wenn man sieht, daß dieses Projekt der Weiterqualifikation der Kollegien mit den Master-Teachers und mit den Teamern jetzt erst in Gang kommt, dann ist das viel zu spät, um die Kollegien entsprechend vorzubereiten. Vielfach habe ich die Befürchtung, daß die Computer, die vor drei, vier Jahren angeschafft worden sind, angesichts der neuen Dinge, die die Lehrerkollegen jetzt endlich lernen, teilweise schon wieder veraltet sind, bekanntlich ist nichts vergänglicher als ein ein Jahr alter Computer.

(Dr. Leonhard Hajen SPD: So schlecht sind die auch nicht!)

Letztlich kommt die Qualifizierung der Lehrer viel zu spät. Ermutigende Versuche haben in einigen Schulen stattgefunden. Frau Schilling hat das im einzelnen dargestellt. Angesichts der Zeit will ich mir ersparen, darauf noch einmal einzugehen. Ich finde es großartig, was in den Schulen – von der Grundschule bis hin zum Gymnasium – an tollen Versuchen im Umgang mit den neuen Medien läuft. Aber das ist eher ein Verdienst engagierter Lehrer vor Ort und weniger das Resultat einer Behördenplanung, die in meinen Augen, was die Inhalte und die Konzeptionen angeht, viel zu spät kommt. Und ganz sicher ist es nicht das positive Produkt einer rotgrünen Schulpolitik, wie Sie es uns weismachen wollen. – Danke.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Goetsch.

Christa Goetsch GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Beuß, das Problem, das noch einige Jahre existieren wird, ist natürlich nicht mit einer Senatsdrucksache oder einer Großen Anfrage zu lösen. Insofern ist die Kritik ein bißchen zu kurz gesprungen. Es sieht im Augenblick so aus, daß die Referendare und Referendarinnen zum Schulanfang Laptops bekommen.

(Christa Goetsch GAL)

- A In jedem Klassenzimmer wird eine Medienecke eingerichtet. Die steht da auch, das kann ich aus meiner kleinen HR-Schule bestätigen. Viele Schulen sind inzwischen auch intranetmäßig auf dem Stand. Aber es gibt natürlich immer noch Situationen – das ist nicht unbedingt die Minderheit –, daß man nicht mit den Fortbildungen nachgekommen ist. Es gibt tatsächlich Kollegen, die fragen, ob es nicht reicht, wenn man ihnen zeigt, wie man den Computer an- und wieder ausstellt, und wie das mit dem Schlüssel ist. Und das ist es dann. Da möchte ich die Aussage der Senatorin bestätigen, daß allein die Tatsache, daß ein Computer im Klassenzimmer steht, noch nicht den Unterricht verändert. Das ist genau der Punkt, an dem angesetzt werden muß. Ich möchte einige Beispiele zitieren, die deutlich machen, um was es eigentlich geht.

Es gab im „Spiegel“ den Leserbrief eines Elftkläßlers, der sich über die reformierte Oberstufe ausläßt und sagt:

„Gott sei Dank geht an mir ein Kelch vorüber, denn wieder einmal wird die Lösung der freilich vorhandenen Bildungsmisere in Deutschland auf einen Aspekt verengt: den Computer. Doch nur weil man einen gelangweilten Bildungszombie mit möglichst sinnentleerten englischen Begriffen bombardiert und vor einen Bildschirm setzt, verwandelt der sich nicht in einen aufgeklärten und heutzutage besonders wichtigen wettbewerbsfähigen Bürger. Durch den Computer mag man lernen, sein erworbenes Wissen zielgerichteter einzusetzen. Doch wem gelingt das nur? Doch nur wer vorgebildet genug ist, ihn sinnvoll einzusetzen, kann davon profitieren.“

Das ist genau die Frage, daß es nicht nur um diese reduzierte Benutzung geht.

- B Heute ist von Grietche Bettin, der medienpolitischen Sprecherin der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen eine Studie vorgestellt worden, die sagt:

„Medienkompetenz umschreibt die grundlegende Fähigkeit, sich in einer von Medien geprägten Welt zu rechtzufinden und entsprechend zu handeln. Der einzelne soll befähigt werden, Wirkungen und Ziele von Medien zu verstehen und aus dem Spektrum der Angebote bewußt auszuwählen, statt der Flut medialer Eindrücke passiv ausgesetzt zu sein.“

Zum Schluß erlaube ich mir, aus einem Thesenpapier meiner Kollegin Bettina Kähler zu zitieren, das ich hervorragend finde und was auch manchmal gut tut, wenn Schulmeister und -meisterinnen selbst im Umgang mit neuen Medien im Lernen begriffen sind. Aber dazu gehören eben nicht nur die Computer. Medienkompetenz bedeutet mehr. Ich möchte die zentralen Fragen noch einmal zitieren, mit denen Bettina Kähler sich besonders befaßt. Sie faßt zum Beispiel ein Problem an, das ich sehr interessant finde, nämlich die Frage der Entstehung einer Generationenkluft. Diejenigen, die wie ich ein bißchen älter sind, merken es ganz deutlich, daß wir versuchen, soziale Kompetenzen an eine Generation mit Computerkompetenzen zu vermitteln. Diese Kluft zu überwinden und in einen Dialog zu kommen, ist zum Beispiel eine Frage, mit der ich mich noch nicht intensiv genug beschäftigt habe, die aber für die Zukunft sehr wichtig ist. Sie warnt außerdem, nicht den Fehler zu begehen, sich auf die neue Technik zu fixieren und von ihr Heilserwartungen zu erhoffen. Computerkompetenz beschränkt sich nicht nur auf das Gerät, das ist mehrfach gesagt, es geht um soziale, ökonomische und andere Veränderungen, auf die wir vorbereiten müssen. Das muß Schule, und es ist eine gute Möglichkeit, es dort zu ma-

chen. Es dürfen keine neuen Wissens- und Kompetenzklüfte entstehen und keine neue Eliten, weil die Zugänge nicht gesichert sind. Auch da hat Schule eine große Aufgabe, dieses auszugleichen, es muß also Zugänge in Schulen, aber auch in Bücherhallen und andere Einrichtungen geben.

Jetzt komme ich zurück auf meinen lieben Kollegen, der am liebsten überhaupt nicht mehr mit Computern anfangen würde, der zu Hause noch nicht einmal eine Schreibmaschine hat; das ist in unserem Metier keine Ausnahme. Es ist wichtig, auch eine Aufbruchsstimmung herzustellen, das heißt, Bildung und Schule dürfen sich nicht dagegen wehren. Ich will jetzt gar nicht die „Best-Practice-Beispiele“ nehmen. Die sind wunderbar, aber es gibt sie noch nicht in der Fläche. Wir müssen daran arbeiten, daß man sich nicht abwehrend und widerwillig daran begibt, sondern daß die Möglichkeiten der neuen Medien als vielfältig empfunden werden. Schule kann genau dies voranbringen. Daran werden wir in Zukunft und in der nächsten Legislatur mit aller Kraft arbeiten. – Danke.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt Senatorin Pape.

Senatorin Ute Pape: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will mich auf wenige Bemerkungen beschränken, weil der Inhalt unserer Senatsmitteilung schon ausreichend zur Sprache gekommen ist. Es ist deutlich geworden, daß der Erwerb von Medienkompetenz von allen hier vertretenen Fraktionen und Sprechern für außerordentlich wichtig gehalten wird und im Mittelpunkt steht.

Herr Beuß, wenn Sie beklagen, wir hätten zu spät angefangen, dann frage ich Sie: Warum haben wir eine Green-card-Diskussion in diesem Lande? Wir haben in diesem Land insgesamt alle zu spät angefangen. Das ist keine Entschuldigung, aber eine Feststellung.

(Beifall bei Farid Müller GAL)

In Hamburg sind wir aber keineswegs hintendran. Während andere Länder darum ringen, ihre Schulen ans Netz zu bekommen, sind in Hamburg Schulen seit dem vorigen Jahr am Netz. Woran messen Sie eigentlich Geschwindigkeit?

Alle fachlich wichtigen Auskunftgeber bestätigen Hamburg eine Spitzenstellung. Die Internet-Zeitschrift „Tomorrow“ hat gesagt, Hamburg hat eine Spitzenstellung. Die „Wirtschaftswoche“ hat uns bestätigt, daß in Hamburg doppelt so viel Geld wie in dem nächst nachfolgenden Bundesland Baden-Württemberg für die Ausstattung der Schulen mit Computern ausgegeben wird. Wir sind im dritten Jahr eines Ausstattungsprogramms, das sich sehen lassen kann. Wir sind nicht am Ziel, aber wir sind auf einem sehr guten Wege. Andere Länder beneiden uns um die Position, die wir uns hier erarbeitet haben.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Entscheidend ist, daß Schülerinnen und Schüler Medienkompetenz erwerben. Dafür wird es allerdings einer großen Kraftanstrengung bedürfen. Wir sind auf didaktischem Neuland, was die Implementierung angeht. Es stellt sich die Frage, wie Schüler in der Schule Medienkompetenz erwerben und dort von den Lehrern entsprechend unterstützt werden können. Das ist bis heute ein didaktisches Neuland, das wir betreten. Deswegen freue ich mich dar-

C

D

(Senatorin Ute Pape)

A über, daß wir sagen können, es gibt in Hamburg in den Schulen bei der Lehrerschaft ein Rieseninteresse daran, dieses Neuland zu beschreiten, zu füllen und sich am Entwickeln von didaktischen Konzepten zu beteiligen. Das messe ich daran, daß wir im vergangenen Jahr ein erstes Medienforum gemacht haben. Da war der Stadtteil rund um das Institut für Lehrerfortbildung zugeparkt.

(Glocke)

Vizepräsident Berndt Röder (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Die Aufmerksamkeit bei den Fraktionen ist unterschiedlich entwickelt.

Senatorin Ute Pape (fortfahrend): Wir werden dieses Jahr ein zweites Medienforum machen können. Das wird wegen des großen Interesses in den Messehallen stattfinden. Wir haben über 40 Schulen, die dort ihre „Best-Practice-Beispiele“ zeigen werden. Es ist ein ermutigendes Zeichen. Wir investieren massiv in Fortbildung. Die Lehrer sind sehr begierig, ihre Kompetenzen auszuweiten. Das sind gute Zeichen. Wir sind auf einem guten Wege.

Schule hat heute die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß alle Schülerinnen und Schüler, unabhängig von ihrer Herkunft, Medienkompetenz erwerben können. Schule hat hier in großem Maße eine kompensatorische Aufgabe, der wir nachkommen, indem wir eine Ausstattung für alle Schulen sicherstellen, so daß Lehrerinnen und Lehrer in Zukunft Medienkompetenz für Schülerinnen und Schüler

herstellen können. Das ist für unsere Schülerinnen und Schüler ganz besonders wichtig. Hamburg ist eine große Medienmetropole. Wir eröffnen damit den Schülerinnen und Schülern hervorragende Berufs- und Zukunftschancen. Das ist gut für Hamburg, das ist gut für unsere Schülerinnen und Schüler, das ist eine gute Situation für alle. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Die Bürgerschaft soll Kenntnis nehmen. Das hat sie getan.

Den Fußballfreunden wünsche ich einen spannenden, Ihnen allen einen guten Abend. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß: 20.29 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Wolfgang Baar, Axel Bühler, Sonja Deuter, Werner Dobritz, Barbara Duden, Ulf Lafferenz, Antje Möller, Ralf Niedmers, Bernd Reinert, Dr. Roland Salchow, Helga Weise.

B

D